Lukaschenko mit dem Rücken zur Wand S.7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

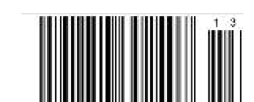
Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 13 – 31. März 2012

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Menetekel für seine gesamte Partei: Saarlands FDP-Spitzenkandidat und krachender Wahlverlierer Oliver Luksic Bild: Thomas Wieck/dapd

Verloren im Einheitsbrei

Nach der Saar-Wahl: Bürgerliche Wähler wissen kaum noch, wohin

Mit dem Untergang der FDP an der Saar ist CDU-Chefin Angela Merkel ihrem Ziel wieder ein Stück näher: der Rückkehr zur Mitte-Links-Koalition mit den Sozialdemokraten.

Verzweifelt versuchte FDP-Generalsekretär Patrick Döring den Eindruck wegzuwischen, die Liberalen seien nach dem Debakel an der Saar in Schockstarre verfallen. Mit den Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen am 6. und 13. Mai komme die Wende, beschwor Döring den erlahmten Kampfgeist seiner Mitglieder und möglichen Anhänger.

So reden Feldherren am Vorabend ihrer finalen Niederlage. Dabei könnte den Liberalen am Rhein tatsächlich noch der Wiedereinzug ins Parlament gelingen. Verantwortlich hierfür wäre CDU-Spitzenkandidat Norbert Röttgen, der durch sein eitles Taktieren um seine künftige Rolle nach einer Wahlniederlage die FDP in den Umfragen von zwei auf vier Prozent hinaufkatapultierte.

Trotz dieses fahlen Hoffnungsschimmers ist es für die Liberalen Zeit, tief in sich zu gehen: Offenkundig setzt die Kanzlerin alles daran, den kleinen Koalitionspartner unter Wasser zu drücken. In der Rückschau wird sichtbar: Die Koalition mit den Liberalen war nie ihre Wunschehe, auch wenn die Blaugelben sich das eingebildet hatten. Merkel will zurück ins Bündnis mit der SPD, mit der sie ohnehin viel größere inhaltliche Schnittmengen verbinden als mit den Liberalen. Damit die Sozialdemokraten ihr aber nicht in eine „Ampelkoalition“ mit FDP und Grünen entwischen können, sollen die Liberalen aus dem Bundestag verschwinden. In einem Parlament ohne FDP bliebe den Sozialdemokraten schon rechnerisch nichts anderes übrig, als sich erneut in ein Bündnis mit Merkel zu fügen, sofern es für Rot-Grün allein nicht reicht.

> Merkels Ziel ist klar: Sie will zurück zur Großen Koalition

Für die bürgerlichen Wähler gestaltete sich ein solches Parlament noch trostloser: Die nach links gewendete Union säße da mit der SPD, den Linken, den Grünen und den diffusen Piraten – ein gigantischer mitte-linker Einheitsbrei mit kommunistischen Einsprengseln, in dem ein paar nationalliberale und konservative Unionsabgeordnete nur noch für die Illusion von Meinungsvielfalt herhalten müssten, ohne etwas bewegen zu können.

Dabei wird den meisten Bürgerlichen nicht einmal klar sein, ob und warum sie der FDP nachtrauern sollten. Zu einem wenig r e s p e k t e i n f l ö ß e n d e n Führungspersonal gesellt sich hier ein historisches Versagen: Mit einem Nein zum Euro-Hasard hätten sich die Liberalen wieder in ihre Rolle als Fürsprecher der Sparer und Leistungsträger einsetzen können. Doch mit einer an Manipulation grenzenden Beeinflussung des Mitglieder-Entscheids hierzu gelang es der FDP-Führung vergangenen Herbst, dies zu verhindern. So könnten es am Ende das Versagen der Liberalen und das Kalkül von Angela Merkel sein, die ungewollt einer neuen bürgerlichen Formation das Feld bereiten. *Hans Heckel*

JAN HEITMANN:

Rabenschwarz

Und noch ein gebrochenes Versprechen. Mit ihrer Bereitschaft, den vorläufigen Rettungsfonds ESFS zusätzlich zu dem dauerhaften Stabilitätsmechanismus ESM weiterlaufen zu lassen, hebt die Bundesregierung die Deckelung des ESM auf und lässt die Haftung Deutschlands in einem Umfang steigen, den noch niemand zu beziffern vermag. Wenn es um den Euro geht, scheint es für Bundeskanzlerin Angela Merkel keinerlei Tabus mehr zu geben. Gefasste Beschlüsse sind für sie offensichtlich, frei nach Adenauer, nicht mehr als Geschwätz von gestern. Wie war das noch? Erst hieß es, kein Euro-Land dürfe für ein anderes haften. Dann wurde auf automatische Sanktionen für die Schuldenländer gepocht. Auch eine Einmischung des IWF sollte es nicht geben – denn Europa könne seine Probleme allein lösen. Und, und, und…

Alles längst Makulatur, so wie auch die neuesten Beschlüsse schnell wieder hinfällig sein werden. Die Euro-Krise ist Merkel längst entglitten. Deutschlands Haftung übersteigt die vom Bundestag festgesetzte Grenze schon jetzt bei weitem. Eine Lösung der Euro-Krise ist trotz der vielen Rettungsmaßnahmen und Tabubrüche nicht in Sicht.

Klaus-Peter Willsch, einer der wenigen Kritiker dieser Politik innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sagt voraus, was am Ende dieser fatalen Entwicklung stehen wird: die Vergemeinschaftung aller Schulden im Euro-Raum. De facto heißt das, dass die Steuerzahler und Unternehmen in den starken Ländern, voran Deutschland, die Schulden der schwachen werden schultern müssen. Eine rabenschwarze Aussicht.

Ehrenmal vor Abriss

Stadt Sedan will deutsches Kriegerdenkmal verschwinden lassen

Im symbolträchtigen Städtchen Sedan in den Ardennen soll eine der letzten erhaltenen deutschen Gedenkstätten des Ersten Weltkriegs abgerissen werden. Von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hatte die Stadt bereits vor längerem beschlossen, das Gefallenenehrenmal von 1915 wegen Baufälligkeit abreißen zu lassen.

Die Nekropole wurde während des Krieges von deutschen Truppen für ihre gefallenen Kameraden errichtet und gehörte zu einem Soldatenfriedhof, der an den städtischen Friedhof Saint-Charles angegliedert war. Nach dem für Deutschland verlorenen Krieg ebneten die Franzosen den Kriegerfriedhof ein. Heute ist das monumentale und sowohl kunst- wie kulturhistorisch wertvolle Ehrenmal in einem jämmerlichen Zustand, die deutschen Inschriften sind teilweise abgefallen oder verwittert, das Betreten lebensgefährlich. Derweil weist die Netzseite der Stadt das Kriegerdenkmal als historische Sehenswürdigkeit aus.

> Pietätloser Skandal vor dem Jubiläum

Um Angelegenheiten der Kriegsgräber im Ausland kümmert sich das deutsche Auswärtige Amt. Die pflegerische Arbeit vor Ort nimmt in gesetzlichem Auftrag der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wahr. Mit Frankreich besteht seit 1956 ein Abkommen über die deutschen Kriegsgräber auf französischem Hoheitsgebiet. Da die eigentlichen Soldatengräber auf besagtem Friedhof nicht mehr bestehen, fühlt sich der Volksbund aber nicht zuständig.

Vor dem Hintergrund des baldigen Gedenkjahrs 2014 zum 100. Jahrestag des Kriegsausbruchs 1914 und den im Zuge des verfehlten Euro-Abenteuers aufgekommenen antideutschen Stimmungen jenseits des Rheins wirkt die pietätlose Entscheidung der Stadt Sedan dennoch unsensibel und nicht durchdacht. *CR*

EU erleichtert Schwarzarbeit

Sozialkommissar will deutsches Kontrollsystem aushebeln

Die Europäische Union plant, den Kampf gegen Schwarzarbeit in Deutschland erheblich zu erschweren. Dahinter steht EU-Sozialkommissar László Andor. Als Ungar kommt Andor aus einem jener Ost-EU-Staaten, aus denen ein Großteil der grenzüberschreitenden Schwarzarbeiter in Deutschland stammen. Er machte Karriere unter dem sozialistischen Ministerpräsidenten Ferenc Gyurcsány, der 2009 sein Amt verlor, nachdem ihm das ungarische Parlament infolge von Korruptionsvorwürfen die Immunität entzog.

Konkret will Andor nun erreichen, dass die Behörden ein Unternehmen nur noch dann auf Schwarzarbeit kontrollieren dürfen, wenn „die nötigen Informationen nicht auch vom Arbeitgeber entsandter Arbeiter oder von dessen Herkunftsland erhalten werden können“. Damit würde es noch schwerer, den schwarzen Schafen auf die Schliche zu kommen, glauben deutsche Experten.

> Leichtes Spiel für Gesetzesbrecher

Die Übersetzung solcher Dokumente sollen die deutschen Behörden künftig zudem nur noch fordern dürfen, wenn die Schriftstücke „nicht übermäßig lang sind“. Soll heißen: Der ausländische Entsender mutmaßlicher Schwarzarbeiter muss die Verträge nur hinreichend lang gestalten, und die deutschen Behörden dürfen keine Übersetzung mehr verlangen. Deutschland hatte wegen der Übersetzungspflicht gegen die EU 2008 erfolgreich geklagt. Daher versucht die EU-Kommission nun, ihre Vorstellung im Verordnungswege durchzusetzen.

Deutsche Politiker wie der hessische EU-Abgeordnete Thomas Mann (CDU) wehren sich noch gegen die geplante Verordnung aus dem Hause Andor. Mann bezeichnete die geplante EU-Verordnung des Sozialkommissars laut „Welt“ als „völlig unverständlich“. *H.H.*

Zwischenruf

Weidmann

Der Präsident der Bundesbank, Jens Weidmann, zeigt Mut und Rückgrat. Unsere Einschätzung war richtig. Zu seiner Amtseinführung Ende April 2011 schrieb diese Zeitung, dass der neue Mann an der Spitze der Bundesbank ein Hoffnungsträger sei (siehe *PAZ* Nr. 18/2011, S. 1). Bei seiner Bestallung wandte er sich direkt an den anwesenden Finanzminister: „Ich werde, lieber Herr Schäuble, in Berlin bei der Bewertung des Haushaltsentwurfes ein besonderes Augenmerk darauf richten, dass die sehr günstige Konjunktur- und Haushaltsentwicklung für eine zügige Defizitrückführung genutzt wird.“ Nun hat sich Weidmann zu dem eben vom Parlament verabschiedeten Haushalt geäußert, den die „FAZ“ als „scheinsolide“ bezeichnet hat. Das Zahlenwerk sei hinsichtlich der Rückführung der Verschuldung nicht ambitioniert. Es werde davon ausgegangen, dass die gute Konjunktur weiterhin steigende Steuereinnahmen zur Folge haben wird. Dies sei nicht sehr realistisch und deshalb mit erheblichen Risiken verbunden. Freunde macht sich Weidmann in Berlin mit dieser nüchternen Warnung nicht.



Der Bundesbankpräsident hat allen Grund zu warnen, denn die weitere Verschuldung des Bundes wird 2012 etwa doppelt so hoch sein wie 2011.

Auch gegenüber der EZB hält Weidmann mit seinen Sorgen nicht zurück. Mahnend hat er jetzt EZB-Präsident Draghi daran erinnert, dass die Überflutung des Geldmarktes durch die Zentralbank einen Plan erfordere, wie der Geldumlauf auch wieder zurückgeführt werden könne, um die ohnehin am Rande des Zumutbaren sich bewegende Inflationsrate zu bremsen. Weidmann: „Wenn wir als Bundesbank eine Meinung haben, dann sagen wir sie. Es kann nicht immer nur darum gehen, die Märkte zu stabilisieren.“ Chapeau! Finanzminister Schäuble wird mit seinem wachstumsabhängigen Entschuldungsprogramm ebenso scheitern wie seine Vorgänger Steinbrück und Eichel. *Wilhelm v. Gottberg*

Die Schulden-Uhr:

Erstaunliche Prioritäten

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble hat sich vom Bundestag einen Nachtragshaushalt genehmigen lassen, sodass er nun mit 34,8 Milliarden Euro doppelt so viele Schulden machen darf wie 2011. Bemerkenswert ist dabei seine Prioritätensetzung. So spendiert er dem ESM für Schuldenstaaten zusätzliche 8,7 Milliarden Euro. Dem deutschen Verkehrsminister enthält er jedoch von den bis 2015 nötigen Investitionsmitteln 8,4 Milliarden Euro vor. *M.R.*

2.039.432.094.785 €

Vorwoche: 2.038.646.874.430 €
Verschuldung pro Kopf: 24.932 €
Vorwoche: 24.922 €

(Dienstag, 27. März 2012, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Vatikanbank erneut im Visier

Europarat droht dem Vatikan mit Aufnahme in die schwarze Liste der »Geldwäsche-Staaten«

Nach den Vorfällen der Vergangenheit sollte die Vatikanbank endlich „sauber“ werden. Trotz der Bemühungen von Papst Benedikt XVI. um Ordnung in dem Hause gerät das Institut nun aber erneut in die Schusslinie internationaler Ermittler.

Nach zahlreichen Skandalen ist das Ansehen der Vatikanbank „Institut für religiöse Werke“ (IOR) ohnehin angekratzt. Kaum bessern dürfte sich der Ruf des IOR durch eine nun angekündigte Aufkündigung eines Kontos bei der US-Großbank J. P. Morgan in Mailand. Vorausgegangen war die erfolglose Aufforderung durch J. P. Morgan an das IOR, zu einigen verdächtig erscheinenden Kontobewegungen weitere Informationen zu liefern.

Für das 1942 gegründete „Istituto per le Opere di Religione“, so der italienische Originaltitel des IOR, ist die Kontoschließung in Mailand derzeit nicht das einzige Hindernis, endlich den schlechten Ruf in Bezug auf Geldwäsche loszuwerden: Im jährlichen Strategiebericht des US-Außenministeriums zum Kampf gegen Drogenkriminalität wird erstmals auch der Vatikan erwähnt. Die Amerikaner bemängeln unter anderem, dass sich der Vatikan an bestimmten internationalen Abkommen entweder gar nicht oder nur unter Vorbehalt beteilige.

Und die peinliche Schelte aus Übersee kommt nicht allein: In Europa droht ebenfalls die Gefahr, dass der Vatikanstaat auf die Liste der „Geldwäsche-Staaten“ gesetzt wird. Bis zum Juni will eine Expertengruppe des Europarates, die „Moneyval“-Kommission, die sich mit Maßnahmen zur Unterbindung von Terrorfinanzierung und der Geldwäsche beschäftigt, über die Aufnahme des Vatikanstaates in jene schwarze Liste befinden. Verbunden sind die harschen Vorwürfe gegen den Kirchenstaat stets mit den Aktivitäten der IOR-Bank: Noch immer gilt das Geldhaus als eine der geheimsten Einrichtungen der Weltfinanz.

Die Geheimhaltung förderte offenbar dunkle Geschäfte

Der Sonderstatus des Vatikanstaats und des Heiligen Stuhls ermöglichte es für lange Zeit, dass Bilanzen des Instituts für religiöse Werke nur in sehr allgemeiner, kaum aussagekräftiger Form veröffentlicht werden mussten, sodass man über den Umfang der Finanzgeschäfte der Vatikanbank auf Schätzungen angewiesen war. Aktuell schätzen Experten die Zahl der IOR-Kunden auf etwa 44 000 und die Rücklagen auf rund fünf Milliarden Euro. Der Grad an Geheimhaltung um das IOR wird daran deutlich, dass im Jahr 2009 überhaupt erstmals bekannt wurde, wie viel die Bank an Gewinn „zu den religiösen Tätigkeiten des Heiligen Vaters“ beigesteuert hatte: 50 Millionen Euro, im darauffolgenden Jahr 55 Millionen.

Die über lange Zeit betriebene Geheimhaltungspolitik um das IOR hat es offenbar gefördert, dass die Vatikanbank immer wieder für zwielichtige Aktivitäten missbraucht wurde. Legendär sind die Aktivitäten des Instituts für religiöse Werke in den 80er Jahren, als unter der Leitung des Erzbischofs Marcinkus die Vatikanbank in zwei betrügerische Bankpleiten verwikkelt war.



Unklare Finanztransaktionen unbekannter Auftraggeber: Vatikanbank unter Geldwäscheverdacht Bild: mauritius

Danach glaubte man, die Zeit der Skandale überwunden zu haben. Daher waren neue Meldungen aus den letzten Jahren, als das IOR erneut wegen Geldwäsche in die Schlagzeilen geriet, umso erstaunlicher:

Benedikt XVI. steuerte gegen mit Schaffung einer Finanzbehörde

Im September 2010 beschlagnahmte die italienische Finanzpolizei 23 Millionen Euro von einem Konto des IOR und leitete Ermittlungen gegen den Präsidenten und eine weitere Führungskraft der Bank ein. Beide sollen bei Finanztransaktionen die wahren Namen von Auftraggebern verschwiegen und damit gegen ein Gesetz gegen Geldwäsche verstoßen haben.

Neun Monate dauerte es, bis die italienischen Behörden die beschlagnahmten Gelder wieder freigaben. Parallel dazu wurde bekannt, dass italienische Bauunternehmer Schwarzgelder – unter anderem für beabsichtigte Bestechungen – in der Vatikanbank versteckt hatten. Eines der verwendeten Konten firmierte bezeichnenderweise bei den Beteiligten unter dem Namen „Don Bancomat“.

Für Papst Benedikt XVI. waren die damaligen Ermittlungen Anlass, im Vatikan eine Finanzbehörde zu schaffen, die Geldwäsche unterbinden soll.

Für die Reputation der Vatikanbank sind die Untersuchungen von US-Behörden und des Europarates umso ärgerlicher, als nach den Vorwürfen des Jahres 2010 von Seiten des Vatikans ausdrücklich die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit internationalen Kontrollbehörden erklärt worden war. Fragwürdig erscheint damit auch der vom Vatikan erhobene Anspruch, eines der härtesten Gesetze gegen die Geldwäsche auf den Weg gebracht zu haben.

Erheblich schneller als das „Istituto per le Opere di Religione“ scheint sich die älteste Bank der Welt, das Bankhaus „Monte dei Paschi di Siena“, auf neue Realitäten einzustellen. An die Spitze der 1472 gegründeten Bank, in der für Jahrzehnte lokale Politiker eine wichtige Rolle gespielt haben, soll im Gegensatz zu früher kein Politiker, sondern ein Bankfachmann gelangen, um das Überleben der in Schwierigkeiten geratenen Bank zu sichern. *Hermann Müller*

Doppelpass für Südtiroler?

Unmut in Bozen über Italiens Finanzmisere und Ignoranz

Südtirol war für internationale Medien lange Zeit kein politisches Thema mehr. Wohlstand diesseits und jenseits des Brenners hat die schmerzliche Vergangenheit aber nur scheinbar vergessen lassen: die Abtrennung von Österreich 1918, die Italianisierung, die Preisgabe Südtirols im Hitler-Mussolini-Pakt 1939, enttäuschte Hoffnungen 1945, das Autonomie-Abkommen 1947, das von Italien weitgehend sabotiert wurde – was später Südtirol-Aktivisten zu Bombenanschlägen veranlasste und Österreich zum Gang vor die Uno – und das „Zweite Autonomiestatut“ 1972 mit jahrzehntelang verzögerter Umsetzung.

In jüngerer Zeit mehren sich aber Gründe für neue Unrast. Dass die Südtiroler pro Kopf gerechnet gewaltige Nettozahler in Italien sind, ist angesichts der enormen Staatsverschuldung schon lange ein Ärgernis. Und dieses wird durch das Sparpaket noch verschärft, denn es stellt Teile der Autonomie in Frage – das „Experten-Kabinett“ von Premier Mario Monti hat eben von der komplexen Materie keine Ahnung und ignoriert, dass Änderungen die Zustimmung Österreichs erfordern.

Die Südtiroler Volkspartei (SVP), die lange Zeit Sammelpartei aller deutschen und ladinischen Südtiroler war, hält zwar mit 18 von 35 Sitzen im Bozener Landtag die absolute Mehrheit, hat aber längst Konkurrenz: die Freiheitlichen (5 Sitze), Süd-Tiroler Freiheit (2) und BürgerUnion für Südtirol (1). Während die SVP am autonomen Verbleib in Italien festhält, wird alternativ auch die Wiedervereinigung mit Österreich oder ein Freistaat gefordert.

Doppelstaatlichkeit für Süd-Tiroler leicht machbar

Die Doppelstaatsbürgerschaft für Südtiroler wird in Österreich nur von FPÖ und BZÖ unterstützt. Für die SPÖ war Südtirol nie ein Hoffnungsgebiet, ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger hat das Anliegen im November abgelehnt, weil man „Staatsbürgerschaften nicht wie Briefmarken sammeln“ könne, und die Post verweigerte eine Sonderbriefmarke zur Werbung für die Doppelstaatsbürgerschaft – obwohl jeder gegen Entgelt „Meine Marke“ bestellen kann. Neue Hoffnungen brachte aber vorige Woche im Parlament die Anhörung von Rechtsexperten, die einhellig die Auffassung vertraten, dass die Doppelstaatsbürgerschaft unilateral und durch nur kleine Änderungen im Staatsbürgerschaftsgesetz machbar wäre.

Anscheinend als Ablenkung von der Finanzmisere regen sich in Italien zuletzt auch wieder nationalistische Geister. So wird in Rom gerade ein Gesetz verabschiedet, das ab 2012/13 den Unterricht über die Nationalhymne vorschreibt – auch für Südtiroler und obwohl der Text aus dem 19. Jahrhundert klar antiösterreichische Passagen enthält. Viel brisanter sind aber die Ermittlungen von Staatsanwalt Guido Rispoli gegen Funktionäre der Laurin-Stiftung, die Bergbauern und Brauchtumsvereine unterstützt. Denn damit wird fatal an die einstigen politischen Prozesse gegen Südtiroler erinnert. Der Südtiroler Schützenbund hat für den 14. April zum „Freiheitsmarsch Bozen“ aufgerufen. *R. G. Kerschhofer*

Lehrreiche Fatwa

Christliche Naivität: Beihilfe zum Dschihad

Mehr noch als die Meldung selbst befremdet ihre weitestgehende Nichtbeachtung in Europa: Sheikh Abdul Aziz al-Sheikh, Großmufti von Saudi-Arabien und höchste wahhabitische Autorität, hat in einem islamischen Rechtsgutachten („Fatwa“) erklärt, dass es auf der arabischen Halbinsel keine Kirchen geben dürfe. Angefragt hatten kuwaitische Parlamentarier, die den Bau weiterer Kirchen verhindern wollen. Zwar hat Kuwait die Fatwa zurückgewiesen, doch wo endet für Fanatiker die „Halbinsel“? In Syrien werden wohl bald Kirchen brennen, wenn der Westen auch dort im Namen von „Demokratie“ und „Menschenrechten“ den Islamisten zur Machtergreifung verhilft.

In Syrien werden bald Kirchen brennen

Die Wiener Tageszeitung „Die Presse“ hat zu der Fatwa beim Außenministerium nachgefragt. Im Oktober war ja der Gründungsvertrag für das „König-Abdullah-bin-Abdulaziz-Zentrum für interreligiösen und interkulturellen Dialog“ in Wien unterzeichnet worden. Die Antwort des Ministeriums lautete in etwa, dass „der Dialog nun umso wichtiger“ sei. Das saudisch finanzierte Zentrum wird auch von vielen Muslimen abgelehnt, allen voran vom Scheich der Al-Azhar-Universität in Kairo oder von einem kürzlich zu Besuch weilenden irakischen Minister. Alle warnen davor, der „wahhabitischen Sekte“ eine Tribüne zu geben.

Dazu passt, dass der französische Kardinal Jean-Louis Tauran im Interview mit Al-Dschasira „Islamophobie“ mit „Ignoranz“ (der Nichtmoslems) erklärt hat. Unbeabsichtigt erinnert er damit an die wahre Bedeutung von „Phobie“ – „Angst“. Und er übersieht, dass man ohne diese angebliche Ignoranz noch viel mehr Grund zur Angst hätte. Aus Naivität kann eben leicht Beihilfe zu Dschihad und Christenverfolgung werden. Islamophobie, von „Soziologen“ fälschlich als „Islamfeindlichkeit“ gebraucht, wurde übrigens in Anlehnung an das ebenso irreführende Wort Homophobie von einem islamischen „Think Tank“ namens IIIT in den USA erfunden. *R.G.K.*

Vergesst Auschwitz!

Von Vera Lengsfeld

Die Räume einer feinen Rechtsanwaltskanzlei am Kurfürstendamm sind eher selten der Ort für eine Buchpräsentation. Für dieses Buch war es aber eine passende Umgebung. Der Anwalt von Henryk M. Broder präsentierte an ihrem Erscheinungstag die neueste Streitschrift seines Mandanten: „Vergesst Auschwitz“.

In seiner Einführung verwies er auf die vielen Prozesse, die Broder und er meist erfolgreich geführt hatten. Schon der Titel des neuen Werkes legt nahe, dass es zu neuen Prozessen kommen könnte. Entsprechend groß war die Spannung unter der handverlesenen Gästeschar, hauptsächlich aus der Publizistik, darunter in der ersten Reihe: Thilo Sarrazin.

Bevor er mit der Lesung begann, erklärte Broder, dass dies sein letztes Buch zum Thema Antisemitismus sei. Er hätte damit einen Schlusspunkt in einer endlosen Debatte setzen wollen. Das war ernst gemeint, doch durchhalten wird Broder das nicht können.

Die Deutschen litten an Hitler wie an einer Schuppenflechte. Aus ihrem Versuch, sich gegen die eigene Geschichte zu immunisieren, sei eine Autoimmunerkrankung geworden. Bei allen Entscheidungen fordere das Nazi-Menetekel seinen Tribut: Ob es um den Militäreinsatz in Afghanistan gehe, um Atomausstieg, Gentechnik, Stammzellenforschung oder Sterbehilfe.

Es gibt über 120 Holocaust-Gedenkorte in Deutschland, aber das ritualisierte Gedenken hat nicht zum Verschwinden des Antisemitismus beigetragen, im Gegenteil. Es ist zu einer Art Schutzschild geworden, hinter dem sich allzu häufig ein neuer Antisemitismus breit macht, der als Israelkritik daherkommt.

Heute ist es möglich, wie der linke Bundestagsabgeordnete Norman Päech dem Auschwitz-Komitee anzugehören und auf einem Hamas-Schiff unter „Vernichtet Israel“-Rufen gen Gaza zu schippern. Dass Päech kein Einzelfall, sondern ein Symptom dafür ist, wie sehr sich der moderne Antisemitismus in der Gesellschaft festgesetzt hat, belegt Broder an vielen Beispielen. Haarsträubend ist, dass die Kölner Staatsanwaltschaft in einem Poster, auf dem ein kopfloser Mann mit Israel-Lätzchen sich über ein vor ihm auf dem Teller liegendes Palästinenserkind aus Gaza mit Messer und Gabel hermacht, keinen Antisemitismus erkennen kann. Es fehle die „Krummnase“.

Wer meint, Broder male Gespenster an die Wand, wird immer wieder eines Schlechteren belehrt: Die erste Reaktion der EU-Außenkommissarin Ashton auf das Massaker in einer jüdischen Schule in Toulouse war, dass es den Kindern in Gaza ebenso erginge. Damit setzte sie den Antiterrorkampf Israels mit den Morden eines Terroristen gleich. Das Thema wird Broder nicht loslassen.

Sieg für linke Gewalttäter

Berlin: Guggenheim-Stiftung und BMW sagen Projekt nach eindeutigen Drohungen ab



Die Staatsmacht auf den Kopf gestellt: Gewalttätige Linksradikale verderben mit Randale und Zerstörungswut das Ansehen Berlins als Wirtschaftsstandort

Bild: laif

Drohungen aus dem linken Milieu haben dazu geführt, dass die renommierte New Yorker Guggenheim-Stiftung auf einen Veranstaltungsort in Berlin-Kreuzberg verzichtet. Den Ruf Berlins als Wirtschaftsstandort könnte der Vorgang ernsthaft beschädigt haben. Schon in wenigen Wochen droht eine Eskalation der Sicherheitslage.

„Wir befürworten eine lebhafte Diskussionskultur, können aber das Risiko gewalttätiger Übergriffe nicht eingehen, wie sie von einer kleinen Minderheit angedroht wurden.“ So lautet die Absage der New Yorker Solomon-R.-Guggenheim-Stiftung für ein Veranstaltungsprojekt, das zusammen mit dem Unternehmen BMW auf einer Brachfläche im Berliner Bezirk Kreuzberg geplant war. Unter Einbeziehung der Berliner Bevölkerung sollten von Mai bis Juli Probleme der Stadtentwicklung diskutiert und nach Wunsch der Stiftung eine Art von „urbaner Ideenschmiede“ geschaffen werden.

Schon im Vorfeld des Projekts hatte indes die linksextreme Szene Berlins deutlich gemacht, was sie von solcher Diskussionskultur hält: „Wir unterstützen alle Versuche, das geplante ‚Lab‘ im Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner zu verhindern“, schrieben Gegner des Vorhabens in einem Aufruf.

Wer nur ein wenig mit den Berliner Gepflogenheiten vertraut ist, erkennt an der gebrauchten Formulierung „Wir unterstützen alle Versuche“, dass das Guggenheim-Projekt in der linken Szene damit für „vogelfrei“ erklärt und zum Abschuss freigegeben war. Ähnlich muss die Einschätzung der Sicherheitslage durch das Berliner Landeskriminalamt (LKA) ausgesehen haben: Zwar hat der Pressesprecher des LKA offiziell verneint, dass Angriffe auf Personen zu befürchten seien, Sachbeschädigungen und Störungen hält das LKA aber für wahrscheinlich.

Für BMW und die Guggenheim-Stiftung war die abgegebene „Gefährdungsbewertung“ des Landeskriminalamts ausreichend, um auf den Veranstaltungsort im Bezirk Kreuzberg zu verzichten. Auch wenn anfangs bewusst die „Herausforderungen in der zentrumsnahen Peripherie“ gesucht wurden, ist die Guggenheim-Stiftung auf die Suche nach einem alternativen Veranstaltungsort gegangen, der mehr Sicherheit verspricht.

Imageverlust für die Hauptstadt

Der Etappensieg der linksextremen Szene über das Guggenheim-Projekt könnte zum Auftakt weiterer Auseinandersetzungen werden. Konfliktpotenzial kündigt sich bereits an. Nachdem krisenbedingt für einige Jahre Stillstand bei vielen Bauprojekten geherrscht hat, holen nun immer mehr Investoren ihre Pläne wieder aus den Schubladen. Gerade für das Gebiet Friedrichshain-Kreuzberg kündigen sich zahlreiche Veränderungen an, die der linken Szene als willkommene Ziele für weitere Attacken auf das „System“ dienen könnten. Entlang des 3,5 Kilometer langen Spreeufers zwischen Elsen- und Jannowitzbrücke – wo auch der ursprünglich von der Guggenheim-Stiftung ins Auge gefasste Veranstaltungsort lag – sollen zahlreiche Bauprojekte für Wohnungen, Büros und Hotels umgesetzt werden.

Der jetzt bekanntgegebene Rückzug von Guggenheim und BMW aus Kreuzberg dürfte als Signal verstanden werden, wie sich in Zukunft Projekte verhindern lassen, die nicht ins linke Weltbild passen.

Die Entgegnung des Senats wirkt dagegen kraftlos: „Diese Stadt wird geprägt nicht durch einige wenige, die das verhindern wollen, sondern sie wird geprägt durch einen Geist der Offenheit“, kommentierte der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) die Vorgänge um das Guggenheim-Projekt. Trotz der wohlgesetzten Worte Wowereits bleibt die Tatsache, dass wegen kaum verhüllter Gewaltandrohungen ein Vorhaben wie das Guggenheim-Projekt zur Stadtentwicklung in Kreuzberg scheinbar nicht mehr umsetzbar ist.

Etwas entschiedener werden die Vorgänge von der Berliner CDU bewertet: Innenpolitiker Kurt Wansner (CDU) bezeichnet die linksradikalen Drohungen immerhin als „ein Alarmsignal für alle Rechtschaffenen der Stadt“. Bei den derzeitigen politischen Machtverhältnissen innerhalb der rotschwarzen Koalition ist mit ernsthaften weiteren Schritten des Innensenators Frank Henkel (CDU) allerdings kaum zu rechnen. Momentan scheint nicht einmal sicher zu sein, ob statt der versprochenen 250 zusätzlichen Polizeistellen nicht bis 2016 sogar 249 Stellen im vollzugsnahen Polizeidienst (Gefangenentransporte, Objektbewachung) wegfallen werden.

Vieles spricht dafür, dass sich die Sicherheitslage schon bald weiter verschärfen könnte: Innerhalb der linksextremen Szene wird derzeit darüber diskutiert, die traditionell in Gewalt ausartende 1.-Mai-Demo erstmals von Kreuzberg aus ins Berliner Regierungsviertel ziehen zu lassen. Für den 27. April rufen linksautonome Gruppen unter dem Motto „Insurrection Days“ (Tage des Aufstands) zu „Regelbrüchen“ und „offenen Aktionen“ wie etwa Besetzungen auf. Selbst wenn die angedrohte Randale rund um den 1. Mai dieses Jahr ausbleiben sollte, haben die Vorgänge um das Guggenheim-Projekt deutlich gemacht, das der von zahlreichen Gruppen ausgehende gewaltbereite Linksextremismus in Berlin zum politischen Machtfaktor geworden ist.

Norman Hanert

Fusion der Schrumpfenden

Am Pfingstsonntag präsentiert sich die neue Nordkirche

Am kommenden Pfingstsonntag werden die Landeskirchen in Mecklenburg, Pommern und Nordelbien (Hamburg und Schleswig-Holstein) zur Nordkirche mit 2,3 Millionen Mitgliedern fusionieren. Die neue Nordkirche wird sich dann mit einem Festgottesdienst im Ratzeburger Dom und einem vielfältigen Kulturprogramm für Jung und Alt rund um den Dom sowie in der Ratzeburger Innenstadt konstituieren.

Mecklenburg bringt mit seinen 13 Kirchenkreisen nur 190 000 Mitglieder in die Fusion ein. Die Pommersche Landeskirche verfügt gerade mal über 94 000 Mitglieder. Der niedrige Anteil von Kirchenmitgliedern ist eine Langzeitfolge der Kirchendiskriminierung in der DDR.

Die bescheidene Zahl der Gemeindemitglieder schlägt sich auch im Verhältnis Pfarrer zu Gemeindemitgliedern nieder, das bei der pommerschen Landeskirche eins zu 856 beträgt, während es beim Rest der Evangelischen Kirche in Deutschland bei eins zu 1723 liegt. Dieser hohe Betreuungsgrad zieht einen sehr hohen Kostenaufwand nach sich.

Trotz dieses sehr hohen Personalaufwandes ist es der evangelischen Kirche in den vergangenen 20 Jahren nicht gelungen, die Zahl der Kirchensteuerzahler zu steigern. Der Anteil der evangelischen Christen an der Gesamtbevölkerung liegt in Vorpommern unter fünf Prozent und hat damit schon fast Seltenheitswert – und er sinkt noch weiter. Auch in Mecklenburg verlor die Kirche im vergangenen Jahr nochmals rund 3000 Mitglieder.

Kritiker: Zu viel Politik hat die Mitglieder vergrault

So gab es zur Fusion für die beiden ehemals in der DDR liegenden Landeskirchen keine ernsthafte Alternative. Kritiker führen den schwindenden Mitgliederstand auch darauf zurück, dass dort – ebenso wie in der Nordelbischen Kirche – der Politisierungsgrad sehr hoch sei, worunter die religiöse Kernorientierung leide.

Als Beispiel dafür könnte die eineinhalbstündige, multimediale Show herhalten, mit der aus Anlass der Fusion ein Rückblick auf die Geschichte der Kirche Nordelbiens gegeben wird. Themenschwerpunkte: Frauen in der Kirche, Lebensformen, Weltgerechtigkeit, Asyl, Migration und andere gesellschaftspolitische Fragen. Die Nordelbische Kirche war erst am 1. Januar 1977 aus vier bis dahin selbstständigen Landeskirchen (Hamburg, Lübeck, Schleswig-Holstein, Eutin) und dem zuvor hannoverschen Kirchenkreis Harburg gebildet worden.

H.L.

S-Bahn zu teuer

Studie: Zwei Milliarden zu viel bezahlt

Laut dem Interessenverband der Privatbahnen „Mofair“ bezahlen Berlin und Brandenburg bis zum Jahr 2017 zwei Milliarden Euro zu viel an die Deutsche Bahn. Grund: Die Kosten bei der S-Bahn wurden bei Vertragsabschluss zu hoch angesetzt. „Mofair“ hat dies anhand des nun veröffentlichten Vertrags zwischen dem Land Berlin und der Bahntochter Berliner S-Bahn nachgerechnet.

Danach geht die Kostenexplosion beispielsweise darauf zurück, dass die Einnahmen durch den Fahrkartenverkauf im Vertrag mit einer Pauschale angesetzt wurden. Mehreinnahmen durch zusätzliche Fahrgäste kann die Berliner S-Bahn also behalten, ohne dass dies auf die Zahlungen von Berlin und Brandenburg angerechnet wird. Zudem wird die S-Bahn trotz anhaltender Probleme bei der Vertragserfüllung auch von der für den Sommer geplanten Preiserhöhung profitieren.

Nach dem Willen von Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) sollen die Tariferhöhungen künftig sogar automatisch an die Inflationsrate gekoppelt werden. Offen bleibt, wie es ab 2017 nach dem Auslaufen des derzeitigen S-Bahn-Vertrags weitergeht: Während sich Berlins SPD trotz leerer Kassen für einen landeseigenen Betrieb ausspricht, will die CDU eine Ausschreibung, bei der auch neue Anbieter eine Chance erhalten.

Vertrag benachteiligt öffentliche Hand

Dass nicht einmal dies eine Garantie auf angemessene Preise ist, zeigt die „Rail Value for Money“-Studie von 2011: Danach ist der privatisierte Bahnverkehr in Großbritannien um 40 Prozent ineffizienter als etwa der der Schweiz mit ihrem Staatsbahnmodell.

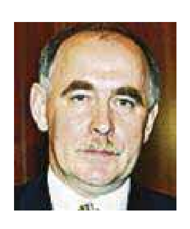
N.H.

Autofahrer zur Ader gelassen

Die Berliner Polizei hat die Zahl ihrer Tempokontrollen 2011 deutlich erhöht. Die 22 zivilen Radarwagen der Polizei blitzten 802 000 Autofahrer, das sind 21 Prozent mehr als 2010. „Wir haben den Überwachungsdruck erhöht“, freut sich der Leiter der Verkehrspolizei, Markus van Stegen. Zusätzlich verfügt die Polizei über 62 Lasergeräte. Zudem schrieben die Mitarbeiter der Ordnungsämter 3,2 Millionen Bußgeldbescheide für Falschparker, die durch die Ausweitung der sogenannten Parkraumbewirtschaftung zugenommen haben. Im vergangenen Jahr spülten Berlins Autofahrer 57,7 Millionen Euro in die Kassen der klammen Stadt. Ob diese Maßnahmen der Verkehrssicherheit dienen oder nicht, ist höchst umstritten, denn 96 Prozent der „Raser“ überschritten die Höchstgeschwindigkeit nur um bis zu 20 Kilometer pro Stunde. Auf gut ausgebauten Ausfallstraßen wurde die erlaubte Höchstgeschwindigkeit von 70 auf 50 km/h gesenkt.

H.L.

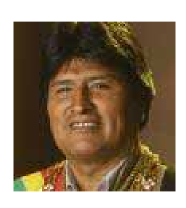
Zeitzeugen



Viktor Petrowitsch Iwanow – Der 62 Jahre alte Chef der russischen Anti-Drogenbehörde schätzt Afghanistan als Hauptlieferanten für Opium ein. Das habe weltweit seit 2000 mehr als einer Milliarden Menschen das Leben gekostet. Er kritisiert, dass bei der Nato zur Zerschlagung des globalen Drogenhandels jedwedes Konzept fehle und fordert eine Anti-Drogen-Strategie für die östliche Hemisphäre. Dazu gehöre die Vernichtung der Schlafmohnfelder.



Dick Marty – Der Tessiner Ständerat und Schweizer Europaabgeordnete fordert die weltweite Legalisierung von Drogen. Das Rauschgiftverbot sei ähnlich erfolglos wie seinerzeit die amerikanische Alkohol-Prohibition. Nur so könne der Drogenmafia das ungeheure Gewinnpotenzial entzogen werden. Marti hatte als Tessiner Staatsanwalt 15 Jahre mit dem Problem zu tun. Er schließe sich Mexikos Expräsident Vicente Fox in dieser Frage an, der angesichts von 28000 Toten in den letzten Jahren ebenfalls eine Freigabe gefordert hatte.



Juan Evo Morales Ayma – Der 53-jährige Präsident Boliviens mit indigenen Wurzeln und glühende Bewunderer von Kubas Fidel Castro gehörte vor seiner Wahl der Kokainbauernbewegung an und wehrt sich gegen den massiven Druck der USA, den Anbau von Koka-Sträuchern ganz zu unterbinden. Koka-Blätter dienten nicht nur als Rohstoff für Kokain, sie seien in der gesamten Andenregion ein weitverbreitetes Genussmittel und Bestandteil der Kultur sowie eine Existenzgrundlage für viele Kleinbauern, so der Präsident.



Otto Perez Molina – Der 62-jährige Präsident von Guatemala gibt den USA die Hauptschuld an der Drogenkriminalität, da es ihr nicht gelinge, den Konsum zu drosseln. Er ist gegen die Pläne seines Amtskollegen aus El Salvador, Mauricio Funes, den Drogenkonsum zu legalisieren, um so der organisierten Kriminalität durch drastische Reduzierung der Gewinnspannen den Boden zu entziehen.

Vom Opium durchseucht

Afghanistan: Vor allem Drogenproduktion und -handel florieren

Vor den Augen der Bundeswehr blühen die Mohnfelder, die die Soldaten nicht zerstören dürfen. Mit den Einnahmen aus dem Drogengeschäft finanzieren die Taliban dann später ihre Waffenkäufe.

Folgende drei Aussagen des früheren kanadischen Diplomaten und Universitätsprofessors Peter Dale Scott kennzeichnen die Lage in Afghanistan besser, als alle Aussagen deutscher Politiker: 1) Der afghanische Staat unter der Führung von Hamid Karzai ist ein korruptes Gemeinwesen, in dem ein Viertel des Haushaltes für Bestechungsgelder ausgegeben wird, etwa 1,9 Milliarden Euro je Jahr. 2) Die afghanische Ökonomie basiert auf Drogen. Allein 2007 produzierte das Land 8200 Tonnen Opium, was 53 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 93 Prozent des Weltverbrauchs an Heroin entspricht. 3) Militärische Optionen, mit dem Problem umzugehen, sind nicht effektiv und sogar konterproduktiv.

Die Bundeswehr, die 2001 zusammen mit den anderen Truppen der Internationalen Schutztruppe Isaf ausgerückt war, um „unsere Freiheit am Hindukusch zu verteidigen“ (Ex-Verteidigungsminister Peter Struck), hat im Kampf gegen die Krake – so sehen es die Russen – kläglich versagt.

Außer Blut und Spesen nichts gewesen: Ein Aufmarsch von 42 Nationen, 100000 Soldaten, zum Teil vergeudete Milliarden, 1370 tote alliierte Soldaten – eine düstere Bilanz kurz vor dem endgültigen Abzug der Truppen und dem erwarteten Wiedereinzug der Taliban in Umarmung mit Präsident Karzai – eine Allianz von Pakistan, Afghanistan und dem Iran zu Lasten des Westen eingeschlossen.

Europas Drogenkonsum wird am Hindukusch verteidigt

Dieses Szenario findet vor dem Hintergrund statt, dass unter den Taliban die Produktion von Opium nahezu zum Stillstand kam, von 3000 Tonnen auf 185 Tonnen sank. Seit dem Einmarsch der Alliierten stieg ab 2002 die Erzeugung wieder auf ihr altes Niveau an. Über Pakistan und den Iran gelangt der Stoff nach Russland und Resteuropa. Selbst afghanische Militärpiloten sollen an dem Handel beteiligt sein. Waren laut UN-Quellen die Anbauflächen unter den Taliban von zuletzt 82000 Hektar auf 8000 Hektar geschrumpft, so stiegen sie nach Ende ihrer Herrschaft schnell wieder an. 2006 waren es schon, wie Satellitenbilder beweisen, 165000 Hektar – unter den Augen der deutschen Bundeswehr. Denn gerade in der von ihr kontrollierten Provinz Badakshan wird ein Großteil des Stoffes hergestellt.

Experten weisen darauf hin, dass der Name von Karzais inzwischen in Kandahar ermordeten Halbbruder Ahmed Wali, einst auf der Liste der Hauptdrogenverantwortlichen geführt, plötzlich aber aus dieser Tabelle verschwand. Er soll in den Drogenhandel verwikkelt gewesen sein, galt als korrupt und Handlanger des US-Geheimdienstes CIA, dessen Rolle in Sachen Drogenhandel ohnehin immer wieder ins Zwielicht gerät.

Eine Studie der Berliner Wissenschaftlerin Citha Maaß von der Stiftung Wissenschaft und Politik stellt fest, dass die Regierung in Kabul keineswegs den festen Willen habe, gegen die florierende Drogenindustrie vorzugehen, weil etliche Politiker selbst in diese Schmutzgeschäfte verwickelt sind.

Die Bundesrepublik wird in einem Bericht des US-Außenministeriums von 2009 als ein führendes Konsum- und Handelsland für Drogen bezeichnet, müsste also ein gesteigertes Interesse an der Bekämpfung der Quellen haben. Stattdessen halten sich die Deutschen ganz aus der Bekämpfung heraus. Die Soldaten haben lediglich den Auftrag, die öffentliche Ordnung zu gewährleisten (was auch kaum mehr gelingt), sie dürfen die Mohnfelder vor ihren Augen nicht zerstören. Und da die Taliban die ursprüngliche Bekämpfung des Mohnanbaus aufgegeben haben und das Opium zur Finanzierung von Waffenkäufen brauchen, passt also die Bundeswehr gewissermaßen auf die Geldquellen auf, mit deren Hilfe sie später unter Beschuss gerät – ein weiteres Paradoxon deutscher Politik.

Joachim Feyerabend

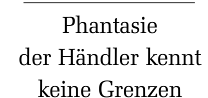


Foto: pa

Unter den Taliban war der Anbau von Opiumpflanzen verboten: Inzwischen profitieren diese von den neu erblühten Landschaften

Per U-Boot zum Kunden

Sie wurden inzwischen auch vor europäischen Küsten gesichtet, die kleinen, selbst gebauten Unterseeboote der lateinamerikanischen Drogenbarone. Seit die ersten Exemplare dieser in den Mangrovensümpfen Mittel- oder Südamerikas zusammengebastelten Fahrzeuge aufgebracht werden konnten, wissen die Ermittler, wie die skurrilen Unterwasser-Fahrzeuge aussehen. Inzwischen wurden an Kolumbiens Küsten 71 solcher Tauchboote beschlagnahmt. Die ersten Mini-U-Boote waren nur halbtauchend, näherten sich im Dunkel den Küsten des Abnehmerlandes und waren schwer auszumachen. Sie können den Stoff, aus dem die schlechten Träume sind,



Phantasie der Händler kennt keine Grenzen

gleich tonnenweise transportieren.

Allerdings, die Kokain-Mafia lernte dazu, heuerte Spezialisten an und setzt mittlerweile auch ganz abtauchende U-Boote ein. In acht bis neun Tagen erreichen sie untergetaucht von Kolumbien aus Mexiko.

Über die Straßen des in Anarchie versinkenden Staates rollen derweil Panzerfahrzeuge der Marke Eigenbau, die den Transport der heißen Ware gegen Fahnder und rivalisierende Banden schützen. Riesige Lagerhallen wurden entdeckt, in denen bis zu 250 Tonnen Marihuana auf den Abtransport warteten.

Das Drogengeschäft verspricht das große Geld und weltweit werden hier Milliarden Euro illegal verdient. Drogen reisen als Diplomatengepäck, in Militärjets, jagen in Schnellbooten über das Mittelmeer, sie werden in ausgehöhlten Tropenholzbalken transportiert, die Phantasie kennt keine Grenzen und die Zöllner sind täglich neu gefordert.

J.F.

Im Griff der Drogenbarone

Lateinamerika: Es geht um den lukrativen Rauschgiftmarkt der USA

Der abgetrennte Kopf des Polizeichefs von Praxedis in Mexiko lag bereits fünf Tage nach seinem Amtsantritt in einer Tiefkühltruhe, Massengräber im ganzen Land dokumentieren, dass Mexiko in Anarchie versinkt. Die Pressefreiheit ist wegen Attentaten und massiven Drohungen bereits eingeschränkt.

Der brutale Drogenkrieg hat bis Ende 2011 rund 47500 Mordopfer gefordert. Einem Aufgebot von 50000 Soldaten und 35000 Bundespolizisten steht eine bestens, selbst mit Granatwerfern ausgerüstete Söldnerarmee der mexikanischen Drogenkartelle von etwa 300000 Mann gegenüber.

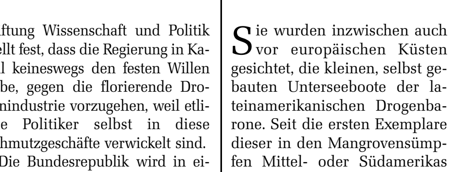
Im sogenannten Drogenkrieg geht es um die Vorherrschaft im Rauschgiftschmuggel für den Milliardenmarkt der USA. Inzwischen warnte die Uno sogar vor Drogenhandel über das Internet. Allein 2010 wurden 12000 internationale Postsendungen mit Drogen beschlagnahmt. Das Gewaltmonopol von Staaten wie Mexiko ist längst außer Kraft gesetzt. Der von Präsident Felipe Calderón entfesselte Krieg zwischen Staat und Kartellen erschüttert ein Land, in dem kaum jemand mehr seines Lebens sicher ist. Selbst von den Amerikanern entsendete geheime Kommandos sind nicht in der Lage, den Tsunami der Gewalt zu stoppen. Die mächtigen Kartelle sind nur einige, der sich immer wieder neu formierenden Truppen im Bann von Geld, Marihuana und Kokain. Der Erlös des Schmuggels in die USA wird auf jährlich zwischen 19 und 39 Milliarden Dollar geschätzt. Marihuana wird im Land selbst erzeugt, die weltweit auf 700 Tonnen geschätzte Produktion von Kokain kommt aus Bolivien, Peru und Kolumbien. Transitland ist neben Mexiko auch El Salvador. Inzwischen wird sogar Schlafmohn, Domäne des fernöstlichen Drogenhandels, zur Erzeugung von Heroin angebaut. Hier dominiert Kolumbien den Markt.

Wiedereinführung der Todesstrafe überlegt

Die Regierung versucht, mit der s„Kingpin-Strategie“ gegenzuhalten, der gezielten Verhaftung der Bosse. Es wird zudem über die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert. Edgardo Buscaglia, Experte für organisierte Kriminalität, meint: „Nicht genug. Es gilt an Vermögenswerte und Besitztümer zu gelangen und zudem Teile von Justiz und Politik zu säubern, die längst von der organisierten Kriminalität unterwandert sind.“

Noch liegt auf Betreiben der USA der Schwerpunkt bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität in dem Versuch, den Anbau der narkotischen Pflanzen sogar mit Attacken aus der Luft und der Besprühung mit Vernichtungsmitteln, die aber auch das Gemüse der Kleinbauern vergiften, auszumerzen. Versuche, den Anbau von Nutzpflanzen durchzusetzen, sind solange wenig erfolgreich, wie die großen Lebensmittelkonzerne die Preise zugunsten der Verbraucher drücken, der Anbau der Rauschkräuter lukrativer erscheint.

Und solange der Konsum in den Abnehmerländern nicht eingedämmt werden kann, ist auch der Produktion nicht beizukommen. Deshalb werden immer wieder politische Forderungen laut, die Drogen freizugeben und so den lukrativen, kriminellen Markt von weltweit immerhin über 250 Milliarden Euro afür Investoren uninteressant zu machen. *J. Feyerabend*



Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Leserbriefe:** Christian Rudolf; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **2365**

Mit Zwang zum Renten-Glück

Bundesarbeitsministerin prescht vor Wahlen mit Eckpunktepapier vor – Vorsorgepflicht für Freiberufler

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) ist entschlossen, den Sozialstaat weiter auszubauen. Niedrige Renten sollen in Zukunft aufgestockt, Selbstständige zur Altersvorsorge gezwungen werden. Bei CSU, FDP und Arbeitgebern stoßen die Pläne der Ministerin auf scharfen Protest.

Doch die Ministerin will sich – wie schon früher bei ihren Krippenplänen – nicht bremsen lassen. Nach 35 Beitragsjahren soll eine Rente, die unter 850 Euro liegt, bis zu diesem Betrag aufgestockt werden. So solle verhindert werden, dass Menschen „aufs Amt“ müssen, die „ein Leben lang fleißig gearbeitet haben, Geringverdiener sind und vorgesorgt haben“, so die Ministerin. Auf wenig Verständnis stieß sie mit diesen Plänen bei der CSU. Dadurch würde eine nur in Teilzeit tätige, kinderlose Ehefrau eines gut verdienenden Ehemannes eine höhere Rente erhalten, kritisierte die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU).

Auch bei den Arbeitgebern stößt Frau von der Leyen mit ihren eher linkspopulistischen Vorstellungen auf Gegenwehr. Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt gefällt nicht, dass Ministerin von der Leyen die zusätzlich benötigten Mittel von Beitragszahlern kassieren will. „Es wäre nicht nachvollziehbar, weshalb Versicherte und Arbeitgeber mit ihren Beiträgen eine neue Leistung subventionieren sollen, die ausgerechnet denjenigen nicht zusteht, die in besonderem Umfang Beiträge geleistet haben“, monierte Hundt.

Warum die Ministerin in ihrer bekannt forschen Art ihre Pläne nicht mit den Koalitionspartnern abgesprochen hat und sie dadurch vor den Kopf stößt, lässt breiten Raum für Vermutungen. Sachlich besteht kaum ein Grund für die Aufstockung der Renten auf 850 Euro monatlich. Derzeit erhalten nur 52000 Personen eine solche Aufstockung und somit weniger als ein Prozent der Rentner. Daher ist der aktuell notwendige Betrag von 90 Millionen Euro pro Jahr auch relativ niedrig. Nach Hochrechnungen ihres Ministeriums soll nun aber die Zahl der Aufstocker bis zum Jahr 2030 auf 1,4 Millionen Rentner ansteigen.

Verantwortlich für den sagenhaften Anstieg um das 27-Fache sollen Änderungen am Rentensystem und die demografische Entwicklung sein. So unbestätigt die vom Ministerium genannten Zahlen sind, so durchsichtig scheint den Kritikern der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Eckpunktepapiers. Zwei wichtige Landtagswahlen stehen in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein bevor. Die Christdemokraten wollen offenbar ihr soziales Profil schärfen. Von der Leyen, vermuten die Kritiker, will das soziale Füllhorn aus wahltaktischen Motiven weiter öffnen, anstatt in Zeiten von sprudelnden Steuereinnahmen und Sozialbeiträgen zu sparen.

Einmal mehr sozialdemokratisiert sich die CDU

Die viel beschworene Altersarmut gibt es derzeit nur auf dem Papier. Rentner, die wegen zu geringer Beitragszahlungen oder anrechenbarer Studien- und Kindererziehungszeiten eine geringe Rente erhalten, bekommen zusätzlich Beträge durch die Grundsicherung bis zur Höhe von 800 Euro. Deren Bezieher müssen sich allerdings sämtliche Ersparnisse, eventuelle Erbschaften oder Hinzuverdienste anrechnen lassen. Das wäre bei einer aufgestockten Rente nach dem Modell der Bundessozialministerin nicht der Fall.

Hier tut sich eine Gerechtigkeitslücke auf, wie am Beispiel der erwähnten kinderlosen Ehefrau eines gut verdienenden Mannes deutlich wird. Obwohl diese Person kaum von Altersarmut bedroht wäre, würde sie dennoch auf Kosten der Beitragszahler ihren Lebensstandard noch erhöhen können – ohne Ersparnisse oder Erbschaften anzutasten.



Für die Liberalen hat von der Leyen einige Zugeständnisse in ihr Rentenpaket gepackt, die die sogenannte Kombi-Rente betreffen. So sollen die niedrigen Hinzuverdienstgrenzen von 400 Euro für Rentner ab dem 63. Lebensjahr gelockert werden, was der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der FDP im Bundestag, Heinrich Kolb, unbefriedigend findet. Er kritisierte, dass die Ministerin „Bürokratie pur“ aufbauen will. Die Liberalen fordern eine komplette Streichung der Hinzuverdienstregeln. Beim Renteneintritt solle es mehr Flexibilität geben: Wer arbeiten wolle und könne, solle auch arbeiten dürfen und nicht durch starre Altersgrenzen oder umständliche Anträge und Voraussetzungen gegängelt werden.

Das dritte Element des Reformpapiers der Ministerin sorgt bisher für weniger Wirbel. Da immer mehr kleine Gewerbetreibende im Alter in die Grundsicherung rutschen, will die Union zunächst alle Solo-Selbstständigen, die nicht Mitglied in einer berufsständischen Alterssicherung sind, in die gesetzliche Rentenversicherung zwingen. Die FDP dringt hingegen auf nur eine Versicherungspflicht für Selbstständige und will es dem Einzelnen überlassen, ob er privat etwa über eine Lebensversicherung vorsorgt oder in die gesetzliche Kasse geht. Nach ersten Schätzungen sind dazu Beträge von 250 bis 300 Euro, zusätzlich etwa 100 Euro für die Berufsunfähigkeitsversicherung, notwendig. Für Selbstständige, die etwa einen Gemüseladen oder eine Dönerbude betreiben, ein nicht unerheblicher Beitrag von rund 4500 Euro jährlich.

Hinrich E. Bues



Selbstständige sollen sich so für später absichern, dass sie eine Zusatzrente erreichen, die oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt: Bundesarbeitsministerin erklärt im Bundestag ihre Rentenpläne Bild: pa

MELDUNGEN

Sarrazin sorgt für neue Unruhe

Hamburg – Mit seinem neuen Buch, das am 22. Mai erscheinen soll, sorgt Thilo Sarrazin schon im Vorfeld für wachsende Unruhe. Der Band trägt den Titel „Europa braucht den Euro nicht“ und zeichnet laut Verlag DVA nach, wie politisches Unvermögen in die derzeitige europäische Währungskrise geführt habe. Die „Zeit“ polemisiert (ohne das Buch bisher kennen zu können), dass Sarrazin wohl gegen „Migranten“ hetzen wolle, diesmal eben gegen den Euro als „neuen Migranten“. Dabei legt ihm das Blatt gleich ein paar Südeuropäer-feindliche Floskeln in den Mund. Sarrazins Buch „Deutschland schafft sich ab“ war das erfolgreichste deutsche Sachbuch seit Jahrzehnten und hat 2010 beträchtliche Aufregung ausgelöst. *H.H.*

Gelbe Schilder gegen Neonazis

Leipzig – Die Grünen im Leipziger Stadtrat haben Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) aufgefordert zu prüfen, ob auch in der Messestadt an öffentlichen und privaten Gebäuden Blechschilder mit der Aufschrift „Kein Ort für Neonazis“ angebracht werden könnten. Vorbild ist Kiel, wo bereits 150 der gelben Schilder auf Betreiben des Oberbürgermeisters und SPD-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Torsten Albig, angeschraubt worden sind. In der öffentlichen Debatte, etwa im Internetportal der „Kieler Nachrichten“, ist die Maßnahme überwiegend auf harsche Kritik gestoßen. Die Gegner der Maßnahme fühlen sich an die Praxis deutscher Dikatoren erinnert. Der in Kiel lebende DDR-Widerständler und Ex-Stasi-Häftling Roland Woldag fragt im Internet-Blog „Die Freie Welt“: „Die Schilder zeigen schwarze Symbolik auf gelbem Grund. Fehlt dem Mann (Albig) jeder Instinkt?“ *H.H.*

Handschuhehe adé

Fern- und Zwangsheirat auf dem Prüfstand

Das Oberlandesgericht der Pfalz in Zweibrücken hat unlängst einen Begriff in den Fokus gerückt, der vielen nicht geläufig ist: die „Handschuhehe“. Die Richter gaben einem Ehepaar Recht, das am Telefon nach pakistanischem Recht die Ehe geschlossen und sich erst Monate später zum ersten Mal gesehen hatte. Um diese Praxis ist eine Diskussion entbrannt. Vor allem der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach stemmt sich gegen die derzeit noch übliche Anerkennung und setzt sich damit von der FDP-Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger ab. Nach Ansicht des Querdenkers begünstigt die liberale deutsche Haltung Zwangsehen und Missbräuche meist durch islamische oder hinduistische Familien, wie etwa die trickreiche Anwendung bei Asyl- und Nachzugsverfahren.

Er brachte dies auch in einem Briefwechsel mit der Justizministerin zum Ausdruck. Sie dagegen verweist auf das Bürgerliche Gesetzbuch, wonach Ehen formwirksam geschlossen sind, wenn sie „den am Eheschließungsort geltenden Regeln entsprechen“. Das Wort „Handschuhehe“ stammt aus dem vom Libanon über Syrien bis Pakistan üblichen Brauch, wonach der Ehemann einer ihm nicht bekannten Ehefrau einen Handschuh schickt. Dabei kann ein in Deutschland lebender Mann einen Verwandten in der Heimat bevollmächtigen, ein Mädchen für ihn stellvertretend zu ehelichen, wenn der Brautvater dazu seine Zustimmung gibt. In Europas Vergangenheit wurde das Prinzip bei adligen Verheiratungen angewendet, etwa bei der Eheschließung von Marie Antoinette mit dem späteren König Ludwig XVI. Dem sollte Ende 2010 durch einen Gesetzesentwurf ein Riegel vorgeschoben und einer solchen Verbindung grundsätzlich die personenstandsrechtliche Anerkennung verweigert werden. Doch noch gilt die Akzeptanz „Handschuh statt Ring und Unterschrift“ in Anwesenheit beider Parteien beim Standesbeamten.

Als Trick bei Asylverfahren üblich

Die Handschuhehe ist in Italien, Kolumbien, Mazedonien, den Niederlanden, Mexiko sowie in einigen US-Bundesstaaten zulässig, mit Ministererlaubnis auch in Polen, Portugal und Spanien, darüber hinaus in einigen islamischen Staaten. *Joachim Feyerabend*

Solidarpakt II im NRW-Wahlkampf

Gleich mehrere Kommunen des Ruhrgebiets sitzen in der Schuldenfalle

Pünktlich zum Wahlkampf haben SPD-Stadtkämmerer im Ruhrgebiet ihre Zahlungen für die neuen Bundesländer als Mitgrund für ihre finanzielle Misere entdeckt. Sollten die Zahlungen wegfallen, würde sich an der Lage vieler NRW-Kommunen allerdings kaum etwas ändern: Geht es nach dem Dortmunder Oberbürgermeister Ullrich Sierau (SPD), dann müssten die Dortmunder Zahlungen im Rahmen des Solidarpaktes II an die neuen Bundesländer sofort beendet werden.

Ein „perverses System“, bei dem arme Städte im Ruhrgebiet sich verschulden müssten, um ihren Beitrag leisten zu können, ist nach Ansicht Sieraus der seit 2005 bestehende Solidarpakt II. Dass sich dem Vorwurf auch Sieraus Parteifreunde aus Essen, Oberhausen und Gelsenkirchen angeschlossen haben, ist kein Zufall – es herrscht Wahlkampf.

Angesichts leerer Kassen eignet sich der Aufbau Ost wie kaum ein anderes Thema, um von eigenen Versäumnissen im jahrzehntelang von der SPD regierten Bundesland abzulenken. Wo die eigentlichen Probleme der Ruhrgebiet-Kommunen liegen, hat Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes am Beispiel Gelsenkirchens deutlich gemacht: Die Stadt hat einen Haushalt von 845 Millionen Euro, lediglich 10 Millionen Euro werden für den Solidarpakt fällig – 170 Millionen Euro allerdings für Gelsenkirchens Sozialausgaben. Die Aufkündigung des Solidarpaktes würde an der Situation Gelsenkirchens nichts Wesentliches ändern. Ähnlich sieht es in Oberhausen aus: Stadtkämmerer Apostolos Tsalastras musste inzwischen einräumen, dass die Stadt bei Wegfall des Solidarpaktes nur 6,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung hätte – weniger als ein Prozent des Haushaltes. Interessant ist das Beispiel Oberhausen allerdings noch aus einem anderen Grund: Bereits 1986 – fünf Jahre vor der Wiedervereinigung – musste die Stadt bei der Düsseldorfer Landesregierung erstmals einen Sanierungsplan für ihre Finanzen vorlegen. Mittlerweile kann sie ein unrühmliches Jubiläum vorweisen: 25 Jahre Sanierungsfall. Ähnlich wie in anderen Ruhrgebiets-Kommunen wird immer stärker auf sogenannte Kassenkredite zurückgegriffen. Eigentlich sind diese Kredite nur zur kurzfristigen Überbrückung gedacht, für viele NRW-Kommunen haben sie sich aber zum Dauerinstrument entwickelt. Bundesweit gehen inzwischen 50 Prozent aller kommunalen Kassenkredite an NRW-Städte. Die Aufnahme weiterer Kredite wird allerdings immer mehr zum Problem: Wichtige Kommunalfinanzierer wie die HRE, West LB oder Dexia haben sich weitgehend vom Markt zurückgezogen, andere Banken schauen immer öfter auf ein mögliches Ausfallrisiko.

Solidarpakt macht nur ein Prozent des Gesamthaushalts aus

Auch wenn die derzeitige Wahlkampfstrategie der NRW-SPD einen anderen Eindruck vermitteln will, die Probleme der Ruhrgebiets-Kommunen sind zu einem erheblichen Teil hausgemacht: Klientelpolitik hat den öffentlichen Dienst im Vergleich zu anderen Bundesländern über Jahrzehnte aufgebläht. Immense Kosten sind zusätzlich entstanden, weil zu lange versucht wurde, den Strukturwandel der Region mit Geld aufzuhalten, anstatt Neues zu entwickeln. Ebenso kostspielig wie ineffizient war die „Kirchturm-Politik“ vieler Städte im Ruhrgebiet. Trotz räumlicher Nähe werden bis heute Kommunalbetriebe parallel zueinander betrieben, statt sie kostensparend zusammenzulegen. Anstatt sich als zusammengehörender Wirtschaftsstandort zu begreifen, wird immer noch ein Konkurrenzkampf untereinander betrieben. Den Rest geben den überstrapazierten kommunalen Finanzen dann noch Spekulationsgeschäfte an den Finanzmärkten. Auf derartige Zinswetten, die häufig mit herben Verlusten enden, haben sich etwa 160 NRW-Kommunen eingelassen – pikanterweise häufig mit der West LB als Gegenpartei.

Klientelpolitik verantwortlich für die Misere

Dass die allzu populistische Wahlkampf-Strategie der nordrhein-westfälischen SPD überhaupt Beachtung findet, hat viel mit Begriffsverwirrung zu tun: Der Unterschied zwischen dem Solidarpakt II, den die NRW-Kommunen abgeschafft haben wollen und dem Solidaritätszuschlag („Soli“), der als Zuschlag auf die Einkommen- und Körperschaftssteuer erhoben wird, ist in weiten Teilen der Bevölkerung kaum bekannt. *Norman Hanert*

MELDUNGEN

Tuberkulose durch Mgration

Moskau – Auf die Initiative der Weltgesundheitsorganisation hin wurde der 24. März zum Tag des Kampfes gegen die Tuberkulose erklärt. Aus diesem Anlass berief das russische Gesundheitsministerium eine Konferenz ein, auf der Gesundheitsminister Gennadij Onischenko einen Bericht über die beunruhigende Zahl der Neuerkrankungen abgab. 2011 gab es vor allem unter Immigranten viele Erkrankungsfälle, insgesamt waren es 2600 Fälle. Vor allem aus den Regionen um Krasnodar im Kaukasusvorland und Swerdlowsk am Uralgebirge würden Zugereiste die Krankheit einschleppen, so der Minister. Bei Russen sei die Krankheit weitaus seltener. *MRK*

Preis für Wasser zu niedrig

Brüssel– Spanien nutzt EU-geförderte Wasseranlagen nicht. Lediglich 16,45 Prozent betrug im Vorjahr der Auslastungsgrad von 17 Meerwasserentsalzungsanlagen, die mit Hilfe von EU-Geldern entstanden sind. Für die Errichtung der Anlagen hatte die EU 1,5 Milliarden Euro der Gesamtkosten von 1,6 Milliarden Euro übernommen. An die Öffentlichkeit gelangten diese Informationen durch einen Bericht der Zeitung „El Pais" anlässlich eines Briefwechsels zwischen dem spanischen Minister für Landwirtschaft und Umweltschutz, Miguel Arias Cañete, und der EU-Kommission. Bemängelt wird von Brüssel, dass die vom europäischen Steuerzahler finanzierten Anlagen nicht genutzt werden und dass die spanischen Wasserpreise – durch Wasserentnahmen an Flüssen und hochsubventionierte Weiterleitungen über große Entfernungen – zu niedrig sind, um Anreiz für einen sparsamen Umgang zu sein. Im EU-Vergleich hat Spanien die niedrigsten Wasserpreise, während es beim Verbrauch weltweit an der Spitze liegt. *N.H.*

Mullahs wollen die ganze Macht

Der iranische Präsident Ahmadinedschad gerät selbst im eigenen Land immer mehr in die Isolation

Als Erfüllungsgehilfe einer „abweichenden Strömung" wird der Präsident vom konservativen Klerus abgelehnt. Nun wendet sich selbst das Parlament von ihm ab, woran Ahmadinedschad eine große Mitschuld trägt.

Kurz vor dem iranischen Neujahrsfest Newrooz am 20. März hat sich der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bei seiner Anhörung vor dem Medschlis, dem Parlament des Landes, über das höchste politische Gremium des Landes lustig gemacht. Mit Arroganz und hochtrabenden Floskeln verhöhnte er das Parlament. „Eure Fragen sind nicht gut durchdacht", entgegnete der Präsident den Abgeordneten mit höhnischem Ton. Es war das erste Mal, dass ein iranischer Präsident seit der Islamischen Revolution 1979 sich vor dem Parlament des Landes verteidigen musste. Die Fragen drehten sich um die Wirtschaftspolitik, die Loyalität des Präsidenten gegenüber dem Revolutionsführer Ayatollah Ali Chamenei, und auch um einige umstrittene Personalentscheidungen.

Die meisten konkreten Fragen versuchte Präsident Ahmadinedschad durch ironische Anspielungen zu entkräften, für den schlechten Zustand der Wirtschaft und den Verfall der einheimischen Währung machte er die Sanktionen des Westens verantwortlich und bezüglich seiner Loyalität zum Obersten Führer betonte er, dass sein ganzes Leben beweise, dass er die Revolution treu verteidigt habe. Damit wollte er auf seine Rolle bei der Besetzung der US-Botschaft 1980 anspielen.

Die peinlichsten Fragen drehten sich um die zwielichtigen Personalentscheidungen von Präsident Ahmadinedschad. 2011 hatte der Streit um die Ab- und Wiedereinsetzung des Geheimdienstministers Heydar Moslehi tiefe Gräben zwischen Ahmadinedschad, dem klerikalen Establishment um Ayatollah Ali Chamenei sowie der konservativ-technokratischen Opposition im Parlament offenbart. Ahmadinedschad hatte elf Tage lang gegen den Willen der Geistlichkeit versucht, Esfandiar Rahim Mashaei, dessen Tochter mit seinem Sohn verheiratet ist, zum Geheimdienstchef zu machen. Rahim Mashaei, dem von konservativen Hardlinern vorgeworfen wird, mit Hilfe schwarzer Magie die islamische Herrschaft untergraben zu wollen, steht zurzeit auch im Zentrum eines Korruptionsverfahrens, bei dem es um die Unterschlagung von umgerechnet fast drei Milliarden Euro öffentlicher Mittel geht. Mashaei wurden auch Ambitionen nachgesagt, 2013 für das Präsidentenamt zu kandidieren, wenn Ahmadinedschad nicht mehr antreten darf.

Der Abgeordnete Mostafa Reza Hosseini gab die Stimmung des Hauses mit den Worten wieder: „Das Parlament ist nun sehr stark gegen den Präsidenten, weil er die Würde des Hauses nicht respektierte." Der Abgeordnete Ghodratollah Ali Khani sagte: „Hoffentlich kommt als nächstes Ahmadinedschads Amtsenthebung." Gemeinsam mit anderen Abgeordneten möchte er beim Parlamentschef Ali Laridschani Protest gegen den Staatschef einlegen.

Kurz nach diesem peinlichen Auftritt des Staatspräsidenten kam es am Vorabend des Neujahrsfestes zu einem nicht weniger peinlichen Auftritt des Starjournalisten Claus Kleber mit dem iranischen Präsidenten im Zweiten Deutschen Fernsehen. Kleber hatte die Gelegenheit, den im eigenen Lande in die Defensive geratenen Präsidenten eine Dreiviertelstunde lang zu interviewen, aber die Fragen drehten sich alle um die Außenpolitik des Iran und sein Atombauprogramm. Als ob Kleber nichts von der Anhörung im Parlament gehört hätte, stellte er ihm dazu keine Frage. Kein Wort auch zu den Schauprozessen und den Hinrichtungen von Oppositionellen, kein Wort zu den Hausarresten seiner politischen Gegner Mehdi Karrubi und Mir Hussein Mussawi, die bei der Präsidentschaftswahl 2009 gegen ihn angetreten waren. Kein Wort auch über den syrischen Verbündeten Baschar al-Assad oder über Khalid Mash'al, der Chef der palästinensischen Hamas, der bereits die Seiten gewechselt hat und jetzt auf die arabischen Potentaten am Golf hört.

Amtsenthebung wird herbeigesehnt

Am 2. März war im Iran ein neues Parlament gewählt worden, bei dem die Anhänger des Präsidenten massive Stimmenverluste erlitten hatten, auch seine eigene Schwester hatte ihr Mandat verfehlt. Die Partei von Parlamentspräsident Laridschani konnte eine komfortable Zweidrittelmehrheit erringen. Der Machtkampf zwischen Präsident Ahmadinedschad und der konservativen Geistlichkeit geht jetzt in eine nächste Runde. Wahlsieger bei den Parlamentswahlen war die Partei „Koalition der Prinzipientreuen" von Parlamentspräsident Ali Laridschani, der als Intimfeind von Ahmadinedschad gilt. Reformorientierte Kräfte um den ehemaligen Präsidenten Mohammed Chatami boykottieren die Wahl. Wenn die zweite Runde der Parlamentswahl durchgeführt ist, für die es noch kein Datum gibt, könnte das neue Parlament eine Verfassungsänderung durchsetzen und den neuen Präsidenten selbst wählen, statt dieses wie bisher dem Volk zu überlassen. Mit einer Zweidrittelmehrheit gegen den aktuellen Präsidenten könnte das Parlament diesen absetzen lassen, bevor seine derzeitige Amtszeit im nächsten Jahr abläuft. Dies würde auch dem Willen des obersten Führers Ajatollah Chamenei entsprechen, der seinen Sohn Modjtaba Chamenei, bislang die rechte Hand seines Vaters, für dieses Amt in Position bringen möchte. In den letzten Monaten nimmt der 73-jährige oberste Führer, obwohl er als kränkelnd gilt, immer mehr die politischen Zügel selbst in die Hand, und so hat er Ahmadinedschad schon das ein oder andere Mal vorgeführt.

Im konservativen Klerus, der im Iran mehr und mehr die Macht an sich reißt, ist Ahmadinedschad umstritten. Hardliner sehen in ihm den Erfüllungsgehilfen einer „abweichenden Strömung", welche die Autorität der Geistlichen untergraben wolle. Er verehrt den „verborgenen zwölften Imam" als Erretter („Mahdi") und glaubt an dessen unmittelbar bevorstehende Wiederkehr. Das Fundament der islamischen Republik ist jedoch nach schiitisch-islamischer Lehre der Grundsatz der Stellvertreterschaft (Velayat-e Faqih), das heißt ein Wächterrat aus ausgewählten Ajatollahs (Zeichen Gottes) hat bis zur Wiederkehr des zwölften Imams das Recht und die Pflicht, auch die politische Macht auszuüben. Da der zwölfte Imam bereits im 8. Jahrhundert verschollen ist, hat man sich auf eine lange Zeitfrist der Stellvertreterschaft eingerichtet. *Bodo Bost*

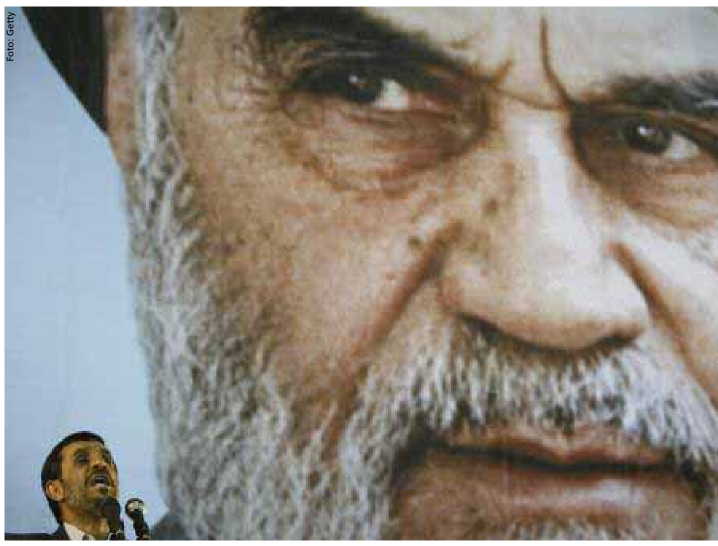


Foto: Getty

In Ungnade gefallen: Ahmadinedschad untergrabe das Fundament der islamischen Republik

Wüsten-Spionage

CIA will Haushaltsgeräte durchleuchten

Schenkt man den wenigen bisher bekannt gewordenen Details Glauben, dann entsteht derzeit im US-Bundesstaat Utah ein Spionagezentrum der Superlative. Unweit des Ortes Bluffdale sollen bis zum Jahr 2013 zwei Milliarden Dollar verbaut werden, um die National Security Agency (NSA), den großen, eher unbekannten „großen Bruder" der CIA, fit für das Internet-Zeitalter zu machen. Der für die Überwachung und Entschlüsselung elektronischer Kommunikation zuständige US-Geheimdienst, dessen bloße Existenz über Jahrzehnte geleugnet wurde, will mit dem im Bau befindlichen Spionagekomplex zukünftig weltweit das Internet, die E-Mail- und Telefonkommunikation überwachen. Die durch Anzapfen von Telekommunikationsanbietern und durch eigene Spionagesatelliten gewonnene Datenflut soll auf vier 2300 Quadratmeter großen Serverfarmen gespeichert werden. Zur Auswertung der Daten und vor allem zur Entschlüsselung von chiffrierten Dokumenten fremder Regierungen soll bis zum Jahr 2018 zusätzlich auf dem Gelände noch ein Supercomputer in Betrieb gehen.

Sollten Angaben über einen im Aufbau befindlichen Exo-Flop-Computer zutreffend sein, dann würde es sich um die derzeit leistungsfähigste Anlage handeln. Mit dem Spionagekomplex scheint sich die NSA auf die steigende Zahl von Internetnutzern einstellen zu wollen: Aktuell wird die Zahl der Menschen, die Zugang zum Internet haben, weltweit auf etwa zwei Milliarden geschätzt, bereits für das Jahr 2015 wird von einer Zahl von 2,7 Milliarden Internetnutzern ausgegangen. CIA-Chef David Petraeus hat während einer Konferenz mit bemerkenswerter Offenheit erklärt, auf welchem Gebiet die US-Nachrichtendienste in Zukunft noch weitere Informationen gewinnen wollen: Die zunehmende Anbindung von Haushaltsgeräten wie etwa Fernsehgeräten oder Stromzählern an das Internet soll genutzt werden, um weltweit Personenprofile erstellen zu können. Für den immensen Strombedarf des Spionagekomplexes in Bluffdale wird die NSA in der Nähe des Geländes ein eigenes 65-Megawatt-Kraftwerk errichten, dessen jährliche Betriebskosten mit 64 Millionen Dollar angegeben werden. *Hermann Müller*

Überwachung bis ins Privateste

Albtraum Europäischer Haftbefehl

Bundesverfassungsgericht deckte Mängel auf – Probleme auch in Brüssel erkannt

Ein Beschuldigter landet 16 Jahre nach einem Freispruch bei identischer Faktenlage erneut in Haft – was zunächst nach unhaltbaren Zuständen in einer Bananen-Republik klingt, ist durch den Europäischen Haftbefehl auch in Europa wieder Realität: Für den in Großbritannien lebenden Fotografen Graham Mitchell hat sich der 6. März als Albtraum entpuppt. Nachdem er 1995 während eines Portugal-Urlaubs unter der Beschuldigung einer Körperverletzung in Haft genommen worden war, in der er bis zu seinem Freispruch durch den Obersten Gerichtshof Portugals ein Jahr lang blieb, standen im Jahr 2012 erneut britische Polizisten mit einem portugiesischen Haftbefehl vor seiner Tür: In der gleichen Angelegenheit und den Angaben der Menschenrechtsorganisation „Fair Trials International", welche die vorgelegten portugiesischen Papiere prüfte, auch aufgrund der gleichen Faktenlage, die den Obersten Gerichtshof Portugals 1996 zu einem Freispruch veranlasste.

„Fair Trials International" hat inzwischen zahlreiche solcher zweifelhaften Fälle dokumentiert, die aufgrund des im Jahr 2004 in der EU eingeführten Europäischen Haftbefehls zustandegekommen sind. Schlagzeilen machte etwa der Fall eines Beschuldigten, der sechs Wochen in Großbritannien aufgrund eines in Italien ausgestellten Europäischen Haftbefehls im Gefängnis saß. Erst eine öffentliche Kampagne führte dazu, dass die italienische Justiz auf seine Auslieferung verzichtete. Wie sich später herausstellte, war der Beschuldigte schlicht und ergreifend Opfer einer Verwechslung geworden.

Ob sich der Irrtum auch nach Überstellung in italienische Haft noch ohne Weiteres aufgeklärt hätte, ist fraglich. Immerhin ein Drittel der Betroffenen, die im Jahr 2010 Kontakt mit „Fair Trials International" aufgenommen hatten, gaben an, dass sie in ausländischer Haft keinen Zugang zu Dolmetschern oder zu übersetzten Dokumenten hatten.

Die Beispiele sollten keineswegs als britische Sonderprobleme verstanden werden: Bereits im Jahr 2005 hat sich das deutsche Bundesverfassungsgericht mit dem Europäischen Haftbefehl befasst: Die bis dahin geltende gesetzliche Regelung wurde als verfassungswidrig eingestuft, so dass im Jahr 2006 das Gesetz nachgebessert wurde. Die Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht war nicht nur wegen der aufgedeckten juristischen Mängel aufschlussreich, sondern auch, weil sie einen kurzen Einblick gab, wie Vorgaben aus Brüssel im Bundestag unkritisch durchgewinkt werden: Demnach hatten die Abgeordneten im Bundestag nur ein kurzes Zeitfenster von wenigen Wochen, in dem überhaupt auf die Vorgabe aus Brüssel noch Einfluss genommen werden konnte. Diese eingeschränkte Möglichkeit wurde dann noch nicht einmal genutzt. Die damalige FDP-Abgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger räumte ein: „Es gab kaum eine richtige Beratung, weil wir gar nicht gesehen haben, welche Auswirkungen das haben könnte." Der sich ansonsten stets kritisch gebende Hans-Christian Stroebele bekannte, sich „normativ unfrei" gefühlt zu haben: „Europa sagt, das ist bindend, die Bundesregierung sagt, das ist bindend." Resultat war das wieder einkassierte Gesetz.

Stroebele gesteht ein, sich »unfrei« gefühlt zu haben

Trotz der Nachbesserung von 2006 bleibt das Instrument des Europäischen Haftbefehls bis heute fragwürdig: Der Haftbefehl beruht im Wesentlichen auf bloßem Vertrauen, dass in anderen EU-Ländern Rechtsstaatlichkeit gewahrt wird. Diesen Vertrauensvorschuss genießen sogar Länder wie Bulgarien oder Rumänien, deren Rechtssysteme die EU-Kommission regelmäßig bemängelt. Ohne es größer publik zu machen, werden die Probleme im Zusammenhang mit dem Europäischen Haftbefehl selbst in Brüssel erkannt. Ein Papier der EU-Kommission aus dem Jahr 2011 zweifelt zum Beispiel an, ob die Beschwerdemöglichkeit beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte tatsächlich praxistauglich ist. Zum einen muss der Verstoß gegen die Menschenrechte bereits eingetreten sein – das heißt: Betroffene können erst klagen, wenn sie bereits in Haft sitzen. Zum anderen müssen erst alle Klagemöglichkeiten auf nationaler Ebene ausgeschöpft sein. Genauso fragwürdig ist ein anderer Aspekt des Europäischen Haftbefehls: Selbst wenn nationale Gerichte die Meinung haben, dass der im Ausland ausgestellte Haftbefehl zu Unrecht besteht, bleibt er in der gesamten EU zunächst einmal gültig. Sobald der Beschuldigte sein Heimatland verlässt, riskiert er seine Verhaftung. *Norman Hanert*

Mit dem Rücken zur Wand

Kalter Krieg mit dem Westen: Isolation zwingt Lukaschenko zur Kooperation mit Russland

Weißrussland droht der wirtschaftliche Zusammenbruch. Präsident Alexander Lukaschenko schließt jedoch die Augen davor, liefert sich einen Kalten Krieg mit dem Westen und gerät dabei immer weiter in die Fänge Moskaus, ohne dessen Unterstützung das Land längst pleite wäre.

Erst die massive Verfolgung der Opposition, nun ein fragwürdiges Todesurteil und dessen eilige Vollstreckung an zwei jungen Männern, deren Schuld an dem Anschlag in der Minsker U-Bahn im vergangenen Jahr gar nicht erwiesen ist: Nach Sanktionen gegen weißrussische Politiker und Oligarchen, die das System Lukaschenko unterstützen, haben die Länder der Europäischen Union nun solidarisch ihre Botschafter abgezogen, auch Litauen, mit dem Minsk wirtschaftliche Beziehungen im Transitbereich unterhält. Als weitere Maßnahme wurde die Aberkennung der Eishockey-Weltmeisterschaft 2014, die in Weißrussland ausgetragen werden sollte, erwogen.



Frisch aus der Druckerpresse: Ein neuer 200000-Rubel-Schein, umgerechnet knapp 20 Euro wert Bild: pa

Dass EU-Sanktionen nicht wirkungslos sind, bezeugt die Warnung Moskaus. Weil viele weißrussische Betriebe mit der russischen Wirtschaft verflochten sind, sieht der Kreml eigene Interessen durch Wirtschaftssanktionen gefährdet. Belorussland ist zwar in erster Linie als Transitland für russisches Öl und Gas in den Westen wichtig, aber zunehmend geraten auch andere Branchen unter russischen Einfluss. Deren Produkte sind für den Export bestimmt, weshalb Einfuhrverbote sich dann auch auf russische Unternehmen auswirken.

Kritiker glauben, dass Lukaschenkos politisches Überleben ohne Geld aus Moskau bald zu Ende gehen würde. Seinen Wahlsieg hat der Diktator sich teuer erkauft, denn die Wahlversprechen aus dem Vorjahr bescherten dem Land eine Inflationsrate von 108,7 Prozent. Der Zustand der Wirtschaft ist katastrophal. Hilfe aus dem Ausland wird immer dringender benötigt. Lukaschenko beschönigt die Situation mit der Erfolgsmeldung, dass die Inflation seit Anfang des Jahres bei nur zwei Prozent liege. Notenbank-Chef Wladimir Senko ließ dagegen neue 200000-Rubel-Scheine drucken, um die Folgen der galoppierenden Inflation für die Bevölkerung abzumildern. Sie sind nicht einmal 20 Euro wert. Der Leitzins liegt derzeit bei 38 Prozent. Die Nationalbank bezifferte erst vor kurzem die Summe, die Weißrussland im Jahr 2012 für seine Schulden aufbringen muss, auf rund 14 Milliarden Euro, das entspricht 34,6 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts. Im Vorjahr waren es noch 4,7 Milliarden Euro gewesen.

Kein Wunder, dass Geschäfte mit Russland für Lukaschenko immer wichtiger werden. Doch auch der große Bruder in Moskau ist nicht mehr so ohne Weiteres bereit zu helfen. Die Hilfe aus dem Osten ist an konkrete Forderungen geknüpft. Moskau fordert immer drängender die Privatisierung von Staatsbetrieben und beruft sich dabei auch auf Expertenmeinungen des Internationalen Währungsfonds (IWF).

Vergangene Woche wurde Lukaschenko zu einer Konferenz des Rates der Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft in Moskau einbestellt und an die Erfüllung seiner Pflichten erinnert. Lukaschenko hatte im vergangenen Jahr, als das Land schon einmal vor dem Staatsbankrott stand, aus dem Antikrisenfonds der Eurasischen Entwicklungsbank einen Kredit in Höhe von 736 Millionen Euro erhalten.

> Kreditvergabe ist an konkrete Forderungen aus Moskau geknüpft

Die Zahlung der bereits zugesagten weiteren Tranche in Höhe von 329 Millionen Euro, die am 28. Februar hätte zur Auszahlung kommen müssen, blieb aus, weil Minsk eine Liste der zur Privatisierung vorgesehenen Betriebe nicht vorlegen konnte. Noch versucht Alexander Lukaschenko, den Ausverkauf wichtiger Staatsbetriebe hinauszuzögern, obwohl er längst weiß, dass ihm nichts anderes übrig bleiben wird.

Die russischen Investoren werden nicht mehr allzulange warten müssen. Da Lukaschenko aufgrund ständiger Konfrontationen mit dem Westen von dort keine Kredite mehr erwarten kann, ist er auf den eurasischen Kredit angewiesen. Die russischen Oligarchen teilen den Kuchen bereits unter sich auf. Sie sind vor allem an petrochemischen Unternehmen interessiert wie den ölverarbeitenden Fabriken Mosyrskij und Nowopolozkij. Verhandlungen über das Alkaliwerk Belaruskali und die Pipeline Druschba gibt es schon lange. Die Kontrolle über die Gastransitleitung hat Lukaschenko bereits an Moskauer Investoren abgeben. Nun haben die Russen auch die belorussische Telekommunikation ins Visier genommen.

Der Ölkonzern Rosneft lieferte 2011 4,1 Millionen Tonnen Öl nach Weißrussland, das ist eine Steigerung von 46,4 Prozent gegenüber 2010. An der Weiterverarbeitung profitiert der Konzern ebenfalls über seine Beteiligung an weißrussischen Betrieben. Im April wird in Weißrussland nahe der Grenze zu Litauen mit dem Bau eines Kernkraftwerks, das zu großen Teilen aus dem russischen Haushalt finanziert wird, begonnen.

Wenn im Mai Wladimir Putin als Präsident vereidigt wird, dürfte er Druck auf Minsk ausüben, die Bildung der Eurasischen Union unter der Führung Moskaus zu forcieren. Putin war schon während seiner zweiten Amtszeit bemüht, Russlands Großmachtstatus wiederherzustellen. Bislang konnten die Ex-Sowjetländer diesen Ambitionen widerstehen. Weißrussland wird sich dem Würgegriff des Kremls in seiner derzeitigen Lage kaum entziehen können.

Manuela Rosenthal-Kappi

KURZ NOTIERT

Steuerzahler attackieren Bundesbank: Der Präsident des bayerischen Steuerzahlerbundes, Rolf von Hohenau, hat ungewohnt scharfe Kritik an Bundesbankpräsident Jens Weidmann geübt. Die Bundesbank habe es zugelassen, dass sie über das Euro-Zahlungssystem „Target 2“ gezwungen werde, anderen Euro-Ländern die gesamten Kosten der deutschen Exportüberschüsse zu erstatten. Seit 2007 seien so wacklige Forderungen über 865 Milliarden Euro an die EZB aufgelaufen, für die womöglich die deutschen Steuerzahler aufkommen müssten, falls das Euro-System oder einzelne Länder scheiterten. *H.H.*

Falsches Vertrauen: Der Stromkonzern Eon darf die bis zu 50 Jahre alten Kohlekraftwerke Datteln 1 bis 3 und Schamrock in Herne nicht über das Jahr 2012 hinaus betreiben, so das Oberverwaltungsgericht Münster. Das Unternehmen hatte deren Stilllegung 2006 selbst beantragt. Mit dieser Tat hatte es die Akzeptanz für das neue, bisher 1,2 Milliarden Euro teure Kohlekraftwerk Datteln 4 erhöhen wollen. Alt gegen neu, so der Handel. Doch Eon hätte damit rechnen müssen, dass Klagen die Inbetriebnahme des modernen, leistungsstarken Kraftwerkes Datteln 4 verzögern, so der Richter aus Münster. Ob und wann Datteln 4 ans Netz gehen und wie geplant unter anderem die Bahn mit Strom versorgen kann, ist ungewiss, Klagen blockieren die Fertigstellung. *Bel*

Italien mit 38 Milliarden Euro neuen Schulden im Januar: Nach Angaben der Banca d'Italia ist die Staatsverschuldung Italiens zum Ende des Monats Januar mit 1,936 Billionen Euro auf einen neuen Rekordstand gestiegen. Damit liegt sie in etwa genau so hoch wie die Deutschlands, obschon die Wirtschaftsleistung Italiens weit hinter jener der Bundesrepublik zurückliegt. Die staatliche Verschuldung des Landes wuchs allein im Laufe des Januars um 37,9 Milliarden Euro. Unter dem neuen Ministerpräsidenten Mario Monti sollte nach Hoffnung der EU eigentlich mehr Stabilität Einzug halten. *N.H.*

Indien zieht die »Rafale« dem »Eurofighter« vor

Dassault, das weltweit älteste und einzige Familienunternehmen der Luftfahrtindustrie, behauptet sich gegenüber der Konkurrenz

In den Dassault-Flugzeugwerken in Bordeaux-Mérignac kann man mit Unternehmergeist im besten Sinne des Wortes Bekanntschaft machen. Als weltweit einziges Familienunternehmen der Flugzeugindustrie ist Dassault Aviation eine traditionsreiche Firma, die, längst zu den Weltmarktführern zählend, immer noch Mehrheitseigentum der Gründerfamilie ist. Die Firma wurde 1936 vom Ingenieur Marcel Bloch 1936 gegründet. Er weigerte sich, für Hitlers Luftwaffe zu arbeiten, und wurde 1944 nach Buchenwald deportiert, wo er nach einer abermaligen Kooperationsverweigerung aufgehängt worden wäre, hätten nicht kommunistische Mithäftlinge sein Leben gerettet, indem sie seine Personalien mit denjenigen eines Toten austauschten.

Nach dem Krieg wurde er katholisch und übernahm das Pseudonym seines Bruders, eines Generals aus dem gaullistischen Widerstand, „Dassault“. Bloch-Dassault wurde dann einfach Dassault. Der jetzige Firmeninhaber, Senator Serge Dassault, besitzt geschätzt 9,6 Milliarden Dollar. Er ist Hauptaktionär der Zeitungsgruppe „Le Figaro“. Das Firmenlogo, ein vierblättriges Kleeblatt, erinnert an Marcel Dassaults Rettung in Buchenwald, wo der Firmengründer diesen Glücksbringer immer bei sich trug. Der Stolz der Mitarbeiter, Teil der großen Dassault-Familie zu sein, ähnelt dem Esprit de Corps derjenigen, die „beim Daimler schaffe“ oder „BMW-ler“ sind – ein Vergleich, der sich auch in anderer Hinsicht aufdrängt: Der Business-Jet „Falcon“ von Dassault ist zweifelsohne der Mercedes oder der BMW der Lüfte. Doch auch das Mehrzweckkampfflugzeug „Rafale“ (Böe, Windstoß) wird hier unter Geheimhaltung gefertigt. Dass die „Rafale“ zurzeit zu den weltweit besten Kriegsflugzeugen ihrer Kategorie gehört, wird demnächst durch einen „Jahrhundertvertrag“ bestätigt. Nach langen Verhandlungen wurde sie ausgewählt, um die indische Luftwaffe auszurüsten.

Am 31. Januar 2012 bestätigte der französische Staatssekretär für Außenhandel, Pierre Lellouche, dass der „Rafale“ gegenüber dem europäischen „Typhoon“-Mehrzweckkampfflugzeug („Eurofighter“) der Vorzug gegeben wurde. Ähnlich äußerte sich der Geschäftsführer von Dassault, Charles Edelstenne, vorletzten Donnerstag auf der Bilanzpressekonferenz des Unternehmens. Dieser Vertrag, der noch der Unterzeichnung harrt, öffnet dem französischen Flugzeugbauer das Tor zum Export. New Delhi wird 18 Stück der „Rafale“ kaufen, und 108 weitere werden in Indien gebaut. Dieses Geschäft wird Dassault 20 Milliarden Dollar einbringen. „Der Vertrag ist zu 97 Prozent sicher“, erklärte der französische Verteidigungsminister Gérard Longuet. Der Vertrag „wird umfangreiche Technologietransfers einschließen“. Dieser Vertrag ist ein Glücksfall für Dassault. Im letzten Jahr war der Umsatz des Familienunternehmens von 4,187 Milliarden Euro im Jahr 2010 um 21 Prozent auf 3,305 Milliarden Euro geschrumpft. Zukunftsforscher versprachen Edelstenne, dass in den nächsten zehn Jahren 10000 neue Zivilflugzeuge weltweit gebraucht würden. „Leider weiß keiner, wann die berühmten nächsten zehn Jahre anfangen“, so Edelstenne. Dafür ist Dassault mit den vier Typen seines Zivilfliegers „Falcon“ gut gerüstet. Im Jahre 2012 werden 65 „Falcon“, aber nur elf „Rafale“ (an die französische Luftwaffe) verkauft. Daher ist das Geschäft mit Indien so wichtig. Dassault wird nicht der einzige Gewinner sein, auch der Motorenbauer Safran und das Militärelektrotechnikunternehmen Thales sowie die gesamte französische Luftfahrtindustrie gehören zu den Profiteuren. Am „Rafale“-Programm nehmen 500 Zulieferer mit zurzeit 7000 Mitarbeitern teil. Das Jahresergebnis von Dassault war 2011 dank des Tochterunternehmens Thales mit einem Wachstum von zehn Prozent auf 407 Millionen Euro zufriedenstellend, während es um 29 Prozent auf 282 Millionen Euro abgesackt wäre, hätte man sich auf den Flugzeugmarkt beschränkt.



Erfolgsmodell: „Rafale“ von Dassault Bild: Dassault

In Indien stand Dassault im Wettbewerb mit dem „Eurofighter“-Konsortium. Der „Eurofighter“ wird vom Rüstungskonzern EADS (46 Prozent), der britischen BAE Systems (33 Prozent) und der italienischen Alenia/Finmeccanica (21 Prozent) gebaut. Aber selbst nach verlorener Schlacht geben die Engländer nicht auf. Edelstenne setzt deren Schwung und Verbissenheit der französischen Skepsis und Meckerei gegenüber. „Die Engländer ärgern mich, aber ich bewundere sie. Ich bin wie sie“, sagt der 74 Jahre alte langjährige Chef, der die Firma durch die dreijährige Krise hindurch in den sicheren Hafen geführt hat. Die Ausschreibung von New Delhi aus dem Jahre 2007 war eine der wichtigsten, die die dritte Wirtschaftsmacht Asiens je gemacht hat. Im Moment ist sie auf dem Gebiete der Luftverteidigung richtunggebend. Die „Rafale“ und der „Eurofighter“ waren im April 2011 in die engere Wahl gekommen. Die US-amerikanischen Schwergewichte auf dem Gebiet, Boeing und Lockheed Martin, die schwedischen und russischen Firmen Saab und MiG wurden ausgesiebt. Aber der „Eurofighter“ war ein ernsthafter Konkurrent. Nun sieht die Marktlage für Kampfflugzeuge weltweit anders aus. Brasilien scheint kurz davor zu sein, einen „Rafale“-Vertrag zu unterzeichnen und damit seine Zusage gegenüber Staatspräsidenten Sarkozy endlich einzulösen. Nach unbestätigten Medienberichten soll Brasilien auf das US-Mehrzweckkampfflugzeug „Hornet“ verzichtet haben.

Der Pionier des französischen Flugwesens steht nicht nur Flugzeuge her. Er stößt in eine neue Dimension hinein: Kampf- und Aufklärungsmaschinen ohne Piloten. Die Drohnen-Industrie ist für Dassault Aviation ein Markt mit Zukunft. Seine Kampfdrohne „Neuron“ wird von einem europäischen Konsortium mit den Engländern und der Langzeitflieger ohne Piloten „Telemos“ wird auch mit der britischen BEA Systems gebaut. Auf die Frage, warum die Deutschen dabei nicht mitmachen, antwortete Edelstenne: „Im Moment gibt es auf dem Gebiet eine französisch-britische Achse. Große Experten wie Louis Gallois meinen, eine erweiterte europäische Kooperation sei eine gute Sache. Für andere führe sie zum Durcheinander. Wir bauen unsere Maschinen ohne Zuschüsse der Regierung. Aber die Regierung soll da entscheiden“. *Jean-Paul Picaper*

Der Einzeltäter

Von Hans Heckel

Die deutschen und europäischen Reaktionen auf den Massenmord von Toulouse fielen überaus fade und schmallippig aus. Zur pflichtgemäßen Verurteilung von Hass und Gewalt gesellte sich der erwartungsgemäße Hinweis, dass es sich um einen weithin isolierten „Einzeltäter“ handele. Rückschlüsse auf Geisteshaltungen in größeren gesellschaftlichen Umfeldern seien daher unangebracht.

Wie anders bei den Morden von Norwegen. Trotz dort erwiesener Einzeltäterschaft wurde mit der Allzweck-Diffamierung der „geistigen“ Mittäterschaft ein riesiger Kreis der Verleumdeten gezogen, der weit in die Mitte des politischen Spektrums ragt und sogar erklärte Israelfreunde (und zwar gerade wegen ihrer Israelfreundlichkeit) mit einbezog. Ebenso werden die „Zwickauer“ für das politische Verleumdungsgeschäft schamlos ausgeweidet.

In der Gegenüberstellung rundet sich ein Bild, dessen schäbige Grundierung seit langem unübersehbar ist. Terror und Mord interessieren nur, machen nur „betroffen“ über den Tag hinaus, wenn sich polit-strategisch und ideologisch etwas herausholen lässt. Eine Heuchelei, die bloß noch anwidert.

Gaucks Freiheit

Von Christian Rudolf

Die Reise nach Polen war mir eine Herzensangelegenheit“, und man mag es dem Bundespräsidenten der Herzen, Joachim Gauck, wohl glauben. Wie sein Vor-Vorgänger im höchsten Staatsamt eröffnete der frisch Gewählte den Reigen seiner Antrittsbesuche mit einer Fahrt nach Warschau. In der Tat steht ihm das Land im Osten nahe – beziehungsweise dessen Selbstverständnis: Der überzeugte Antikommunist und „Liebhaber der Freiheit“ Gauck begrüßt ein Volk, dem die Knechtschaft immer verhasst war und das in zahllosen Aufständen seinen Freiheitswillen unter Beweis gestellt hat – oft auch da, wo die Grenze zu Unvernunft und Übermut überschritten war.

Der Besuch eines Bundespräsidenten beim Nachbarn, mit dem wir in EU und Nato zusammenarbeiten, ist Normalität, und die polnische Presse hat von der Visite völlig routiniert Bericht erstattet, nicht groß, nicht herausgehoben.

Umso mehr muss Gaucks Aussage erstaunen, an der Weichsel eine „Offenheit und Herzlichkeit“ vorgefunden zu haben, die er „nicht für selbstverständlich“ hielt. Ja, mehr noch, es befremdet, wenn der Besucher von sich aus und ohne aufgefordert zu sein an die „deutsche Schuld“ und die „große Brutalität“ erinnert, mit der Deutsche gegen Polen vorgegangen seien. Die brutale Vertreibung? Der Verlust allen Eigentums? Die rigorose Unterdrückung der deutschen Muttersprache in Volkspolen?

Die knechtische Selbstunterwerfung aus Gefallsucht und das schiefe Geschichtsbild, die hier deutlich werden, wollen so gar nicht zu dem Freiheitspathos passen, das Gauck sonst pflegt.

Kalter Fisch in trübem Wasser

Von Hinrich E. Bues

Einen „ziemlich kalten Fisch“, einen „Technokraten“, nannte Herbert Kremp in der „Welt“ den CDU-Spitzenkandidaten für die Landtagswahl in NRW am 13. Mai, Norbert Röttgen (46). Der stets in grauen Anzügen auftretende Bundesumweltminister mit den bereits ergrauten Haaren erinnert viele mehr an die Männer von der Zeit-Sparkasse aus Michael Endes Märchen „Momo“ als an einen zukünftigen Landesvater.

Diese Rolle spielte Johannes Rau, der dreimal die absolute Mehrheit für die SPD gewann, mit Brillanz. Sein Motto „Wir in NRW“ war zwar inhaltsleer, aber auf diese Weise vermittelte der Ministerpräsident eine Identifikationsfigur, die eine irrationale Zustimmung erzeugte. Die Bürger des Landes übersahen dabei, dass die SPD-Matadore Rau, Clement und Steinbrück in ihren Amtszeiten an der Spitze des Landes über 50 Milliarden zusätzliche Schulden aufhäuften. In 39 Jahren SPD-Regierung an Rhein und Ruhr (und in 23 CDU-Jahren) wurde der Schuldenberg angehäuft, der nun Hannelore Kraft zur „Schuldenkönigin“ macht, wie Röttgen etwas garstig plakatierte.

Vom grünstichigen Röttgen ist kein Sparen zu erwarten

Die Subventionskultur in NRW, dem einstigen industriellen Herzen Deutschlands, erinnert fast an griechische Verhältnisse. Die Metropolen des Ruhrgebiets melden Rekordstände an Schulden und Arbeitslosigkeit und fordern nun einen „Soli“ für ihre maroden Finanzen, Straßen, Fabriken und Gebäude.

Man darf gespannt sein, wie nun die Wahlkämpfer auf die Schreckensnachricht von General Motors reagieren. Die Amerikaner wollen wohl bis 2014 das verlustbringende Werk in Bochum mit 5000 Mitarbeitern schließen. Damit würde dort der wichtigste Arbeitgeber zusammenbrechen. Für die „mütterliche Wärme“, die Hannelore Kraft als Landesmutter ausstrahlt, werden sich die Menschen nichts kaufen können. Die weitere unmäßige Verschuldung des Landes ist in Zeiten von Schuldenbremsen obsolet. Wer von den Parteien wird sich trauen, in NRW die Botschaft von „Blut, Schweiß und Tränen“ auszurufen?

Von den rot-grünen Linken ist nichts zu erwarten. Allein im gescheiterten Haushaltsentwurf wollten sie drei Milliarden zusätzliche Schulden aufnehmen. Norbert Röttgen weiß dagegen genau, warum er sich nicht vorschnell von der Berliner Bühne verabschieden mag. Der Mann, der sich selbst als Reservekanzler für die Nach-Merkel-Ära sieht, machte mit der Energiewende den Grünen schöne Augen. Die von ihm betriebene Grünifizierung der Christdemokraten ist innerhalb der konservativen Wählerschaft und der Wirtschaft unbeliebt und bei den Linken unglaubwürdig. Ob Röttgens Parteifreunde wie Ex-Integrationsminister Armin Laschet oder der Fraktionschef Karl-Josef Laumann bessere Pläne in der Tasche haben, verraten sie bisher nicht. Sollte sich Bayern tatsächlich mit seiner Forderung durchsetzen, weniger Geld in den Länderfinanzausgleich einzuzahlen, wäre NRW direkt betroffen.



Technokrat oder ein „grauer Herr“ entsprechend der Zeitdiebe im Märchen „Momo“?: Norbert Röttgen wird am 13. Mai bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen gegen Landesmutter Hannelore Kraft antreten.

Bild: pa

Moment mal!



Ach, Broder!

Von Klaus Rainer Röhl

Kennen Sie Henryk M. Broder? Das M. im Namen wird nie ausgeschrieben und ist sein Markenzeichen wie der Schnauzer von Günther Grass. Henryk Marcin Broder ist ein ehrenwerter Mann. Ein begabter Journalist und begnadeter Satiriker dazu. Seit zehn Jahren hat er auch noch eine eigene Internet-Seite und die ist oft besonders lesenswert. Sie heißt, in Anspielung auf Ronald Reagans Wort von der Achse des Bösen, „Achse des Guten“. Abgekürzt „achgut“.

Henryk M. Broder schreibt sehr lesenswerte Texte. Er publiziert sie in allen Blättern des Landes von ultra-konservativ bis schräg links. Ein Kämpfer gegen das Unrecht, auf den man sich verlassen kann, erbarmungslos gegen Unrechtssysteme von rechts und links, unbestechlich durch Cliquen und Seilschaften. Der schimpfstarke und wortreiche Polemiker aus der Schule des Thersites und dem Geschlecht Tucholskys, nach dem Krieg in Kattowitz geboren, nach eigener Verortung deutscher Jude und Fremder im eigenen Land, schrieb sich in den letzten vierzig Jahren von winzigen Schmuddelblättchen ganz nach oben. Heute schätzen alle großen Redaktionen seine bissigen Schmähreden gegen die Pharisäer jeglicher Couleur. Das ist die gute Nachricht.

Vergesst Auschwitz!, ruft Broder, sorgt euch um das heutige Israel!

Leider hat der Autor so guter Texte schon lange auch einen Tick, besser gesagt, eine Neigung zu halluzinativen Wahrnehmungen entwickelt. In seinem Kopf hat sich die Idée fixe festgezurrt, alle Deutschen seien Antisemiten. Wohlgemerkt alle. Da diese Behauptung ja erkennbar absurd ist und nicht mal die allerschwärzesten Statistiken solches behaupten, versucht Broder, den Antisemitismus aus uns herauszukitzeln wie die RAF einst den Polizeistaat. Alles ist antisemitisch – auch das Gegenteil. Selbst der Satz „Meine besten Freunde sind Juden“ ist nach Broder ein klarer Beweis für Antisemitismus. Augstein war antisemitisch, Alice Schwarzer ist es. Die Bevölkerung: latent antisemitisch. Es hilft uns, der „gojischen Seite“ (Originalton Broder) nichts. Wohin wir uns auch wenden, wir treten in eine von Broder aufgestellte Falle.

Jetzt hat der erfolgreiche Satiriker ein Buch herausgebracht mit dem gar nicht satirischen Titel „Vergesst Auschwitz!“ Hier verlässt den Witzigen aller Witz und es kommt blasse Angst zum Vorschein, offen und glaubhaft. Angst und Sorge um Israel, um das Land, in dem er als Literat nie Fuß fassen konnte, das er aber als seine Heimat liebt und schützen will. Schützen vor dem Verständnis und der Sympathie der Welt für die von Israel unterdrückten Palästinenser, in Angst vor der nahe bevorstehenden Anerkennung ihres Staates, vor dem Friedensprozess im Nahen Osten. Vergesst Auschwitz! heißt die Botschaft seines Buches an alle Politiker in Deutschland, vergesst die Holocaust-Gedenkfeiern und die Pilgerfahrten nach Buchenwald und Yad Vaschem und unterstützt dafür das jüdische Volk in seinem Kampf gegen die Palästinenser und die mit ihnen sympathisierenden Iraner, die mit Atombomben Israel bedrohen und es nach den Worten ihres Führers Achmadinedschad von der Landkarte löschen wollen. Groß ist die Angst. Und aus dieser kollektiven Angst speisen sich Pläne, die persischen Atomanlagen durch ein Bombardement, notfalls auch mit Atombomben, zu vernichten – ein Plan, den Israels Premier Netanjahu gerade vor zwei Wochen Obama vorstellte. Ohne dessen Begeisterung hervorzurufen, aber auch keine Distanzierung – Obama kann den geschlossenen Block jüdischer Wähler bei der kommenden Präsidentenwahl nicht ignorieren. Aber Angst ist ein schlechter Ratgeber, auch für US-Präsidenten.

Was tun? Am schlimmsten, da hat Broder recht, ist die Verwirrung bei den deutschen Linken. Neujahr 2010 waren es in Hamburg 4000, ebenso in Dortmund; 15 000 marschierten in Frankfurt, in Berlin und anderen deutschen Städten auf. Deutsche Linke, „Antifaschisten“, standen auf der Straße und beschimpften Juden als Faschisten, Schweine, Kindermörder. Gelegentlich waren auch arabische Worte zu hören, die die meisten nicht verstanden: „Tod für Israel“.

Links ist dumm, das haben wir an dieser Stelle schon mehrmals deutlich gemacht. Aber was wird in der Zwischenzeit mit den Menschen im Gazastreifen und in Israel? Jeden Tag hören wir neue Vorschläge: Die Uno solle eingreifen, die EU, die arabischen Länder.

Wie ist unseren jüdischen Mitbürgern mit ihrer berechtigten Sorge um Israel zu helfen? Auf keinen Fall mehr mit der über 67 Jahre lang angewandten Methode, Kritiker Israels einfach Antisemiten zu nennen. Die Behauptung, jemand sei antisemitisch, gehört bis heute zu den verlässlichsten Waffen des „Zentralrats der Juden“. Wird diese Waffe stumpf? Zumindest wird sie unglaubwürdig. Reden wir doch mal Klartext: Palästinenser sind Heimatvertriebene wie Ostpreußen, Schlesier und Sudetendeutsche, die nach drei großen, von der arabischen Seite geführten Angriffskriegen fast ihr ganzes Land an die Israelis verloren haben. Das, was sie jetzt noch ihr Land nennen, sind mehr oder weniger unfruchtbare Landstriche und Flüchtlingslager, die zu großen Betonstädten ausgewuchert sind. Sie haben nie Gelegenheit gehabt, sich wie unsere Vertriebene zu integrieren. Warum spricht niemand bei uns darüber? Warum nennen wir die sechs Meter hohe Mauer, die das ganze Land zerschneidet, meistens Schutzzaun und vermeiden das Wort Mauer?

Israel, die offene Flanke des Westens, gehört eher in die EU als die Türkei

Israel braucht keine Mauer, sondern Hilfe. Behandeln wir Israel endlich als das, was es am liebsten sein möchte: als ein normales Land, als einen wichtigen Partner Europas. Israel ist nach der Herkunft seiner Bewohner ein europäisches Land, die aus den USA stammenden Einwanderer haben ebenfalls europäische Wurzeln. Sie haben eine ähnlich strukturierte Wirtschaft, sie lesen die gleichen Bücher und sehen die gleichen Filme wie Franzosen, Deutsche und Polen, selbst die kurzlebigen Idole der Pop-Kultur der Jugend sind die gleichen. Und an dem unvermeidlichen „Song-Contest“ im Mai nimmt seit vielen Jahren ganz selbstverständlich auch Israel teil. Die im Land geborenen Israelis, die sich stolz Sabras nennen, fühlen sich als Erbauer und Nutznießer einer hochentwickelten Zivilisation, umgeben von einer von religiösem Fanatismus beherrschten, Jahr für Jahr noch weiter verelenden arabischen Bevölkerung. Deren Wirtschaft sie mit aufbauen und deren Bewohner sie integrieren könnten.

Israel gehört weit eher in die EU als die Türkei. Israel hat als einziges Land in der Region eine funktionierende Demokratie. Eine Demokratie freilich mit einem schon lange ausufernden militärischen Machtapparat, der jeden Ansatz von Verständigung im Keim erstickt, wie auf der anderen Seite die Hassprediger und Terroristen jeden Ansatz von Vernunft im Gaza-Streifen unterdrücken. Israel braucht jetzt, mehr denn je, nicht blinde Philosemiten, sondern Freunde. Und als Freunde sagen wir ganz offen: Israel ist seit langem die offene Flanke des Westens im Kampf gegen den militanten Islamismus. Ein großer Teil des Zulaufs für den Terrorismus und dessen außergewöhnliche Steigerung in den letzten Monaten basiert auf der israelischen Besatzungspolitik in dem von ihm eroberten Land.

Die Angst vor dem Friedensprozess im Nahen Osten ist überholt. Broders polemische Abrechnung mit unserer „Erinnerungskultur“ ist richtig, sein Antisemitismus-Tick aber schadet seiner Sache und dem Land, um das er sich sorgt.

Farben und Atmosphäre Ostpreußens

»Ich übertrage das Gefühl«: Ein Rundgang durch die Lüneburger Eduard-Bischoff-Ausstellung mit Kustos Jörn Barfod

Noch bis Ostern stellt das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg die Bilder des Malers Eduard Bischoff aus. Von 1915 an konnte er ein halbes Jahrhundert lang an der Staffelei seinen innersten Impulsen farbigen Ausdruck verleihen. Ostpreußische Motive und Landschaften kehrten in seinen Gemälden beständig wieder. Der 1890 in Königsberg geborene Maler gehört zu den führenden Künstlern Ostpreußens im 20. Jahrhundert. Bischoff verlor nicht nur die Heimat, sondern erlitt das Schwerste, das einen Künstler treffen kann: Der Krieg vernichtete einen Großteil seiner Originale. Dass er zu Unrecht in Vergessenheit geriet, belegt die Ausstellung seiner ausdrucksvollen Bilder.

Das Zitat, das den Titel der ganzen Ausstellung bildet, stammt aus einem Brief des Malers von 1961: „Wenn ich zum Beispiel vor einer Kirche in Italien meine Staffelei aufstelle, dann male ich doch nicht ihre Architektur, sondern ich übertrage das Gefühl, das sie mir gibt oder in mir wachruft.“

Diese Beschreibung eines Malvorganges lässt sich eindrucksvoll an den verschiedenen Bildern in der Ausstellung nachvollziehen. Das früheste Werk ist ein Selbstbildnis als Soldat von 1915, ein ernst und skeptisch aus dem Bild blickender junger Mann in Uniform, der mit seinen 25 Jahren schon alle Schrecken des Krieges gesehen hat. Es ist verbunden mit einer Widmung an einen seiner Lehrer der Kunstakademie, die Bischoff, 1890 geboren, ab 1910 in seiner Vaterstadt Königsberg besuchte. 1914 musste er dann in den Krieg ziehen.

Bei einem Lazarettaufenthalt lernte er seine spätere Frau Gertrud kennen. Sie ist auf einem großen Portrait zu sehen: eine vor einem Kindergrab kniende Frau in schwarzer Trauerkleidung. 1921 war das erste Kind aus der Ehe des Malers bald nach der Geburt gestorben. Mit verlorenem Blick und leicht gebeugt ist sie ein ergreifendes Bild für den Ausdruck einer stillen, tiefen Trauer. Es entspricht aber der positiven und gläubigen Grundhaltung des Malers, dass neben dem Verweis auf das kleine Grab, auf dem schüchtern blaue und weiße Blüten stehen, auch eine Hand nach oben weist.



Aus dem Frühwerk: Bischoffs „Frau am Grabe“ (1921) Bild: LO

Im Laufe der 20er Jahre wird die Hand Bischoffs lockerer, die Pinselstriche werden schneller und die Farbe kommt in großer Vielfalt zu ihrem Recht. Nach den Phasen, wo noch der Stil der deutschen Impressionisten in Bischoffs Malweise spürbar ist, kommt die freie Suche in den 20er Jahren. Hier steht neben Eindrücken einer Paris-Reise auch der Spätstil des in Königsberg damals sehr bewunderten Lovis Corinth als Inspirationsquelle dahinter.

Es spricht für Eduard Bischoffs großes Talent, dass er bereits früh zur Wandmalerei hinzugezogen wird. Entsprechende Aufträge, die der freischaffende Künstler selbst vom ersten Entwurf bis zur Ausführung allein bewältigt, zum Beispiel für die Stadthalle Insterburg, beginnen in den späten 20er Jahren. Diese Arbeit mag auch dazu geführt haben, dass die Formen Bischoffscher Figuren und Bildgegenstände fester, die Farben wieder konzentrierter und dunkler werden. Er entwickelt eine noch größere Sicherheit in der Form. Man darf hierbei nicht übersehen, dass Königsberg in künstlerischer Hinsicht ab 1925 sehr fortschrittlich war, als mit Fritz Burmann ein Vertreter der Neuen Sachlichkeit Akademielehrer wird (bis 1935). Sein Nachfolger wurde 1936 Eduard Bischoff.

Für diesen ernsten Stil kann stellvertretend das Doppelbildnis der Kinder des Malers angesehen werden: Vor dunklem Raum stehen, als Dreiviertelfiguren gemalt, der Sohn links, schräg rechts dicht vor ihm die Tochter, beide in eng umschlossener Außenform. Licht und Schatten werden wirkungsvoll gegeneinander gesetzt, wie helle und dunkle Farben. Selbstbewusst blicken sie den Betrachter ernst an.

Die Schaffensjahre bis 1944 sind heute nicht mehr mit sehr vielen Originalen zu belegen, zuviel ging bei Kriegsende 1945 in Ostpreußen unter. Für die Kennzeichnung der künstlerischen Entwicklung Bischoffs mag beispielhaft eine große Figurenkomposition von 1948 stehen. In diesem Jahr begann der Neuanfang nach der Flucht aus Königsberg an einem ersten Wohnort im Westen Deutschlands, in Holxen bei Uelzen. „Legende“ ist der Titel der Darstellung dreier Reiterfiguren, eines stehenden männlichen Akts mit weißem Pferd und zwei Jagdhunden, als St. Hubertus gemeint, einer dynamischen Gewandfigur mit Schwert vor einem schwarzen Pferd stehend als Sankt Georg und rechts einem Reiter mit auffallendem roten Matelumhang auf einem braunen Pferd als Heiliger Martin. Die drei Heiligen stehen vor einer flachen grünen Landschaft mit Bäumen, die einen romantisierenden Charakter zeigt, wie er für Bischoffs Landschaftsmalerei seit den 30er Jahren allmählich typisch wurde.

> Tradition der Kunstakademie nach Westen vermittelt

Zugleich steht dieses Werk am letzten großen Wendepunkt im Leben des Künstlers, der durch seinen Königsberger Kollegen Franz Marten die Gelegenheit erhielt, in Gelsenkirchen auf dem Künstlerhof Halfmannshof ein Atelier zu bekommen. Hier konnte er, auch von der Lehrverpflichtung der Akademie befreit, sich seiner Malerei noch einmal ganz widmen. Die schon bald ankommenden Aufträge stellen neue, große Herausforderungen dar, und neue Reisemöglichkeiten bringen weitere künstlerische Anregungen.

Unter den neuen Eindrücken und mit der Erfahrung aus vier Jahrzehnten Malereischaffen entwickelte Bischoff seit den frühen 50er Jahren einen freieren Stil, breiter im Strich, farbiger in der Palette, großzügiger in der Formreduktion. Aus Kompositionen der Zeit seines Wirkens in Ostpreußen, die er als Skizzen, Fotos und aus der Erinnerung vor Augen hat, schafft er neuerlich kraftvolle Werke mit Themen aus seiner Heimat.

Bischoff schlug einen kulturgeschichtlichen Bogen von Ostpreußen in die junge Bundesrepublik. In dieser Funktion liegt eine weitere Bedeutung des Künstlers, die Kunst aus einem der Ostgebiete in die neu entstehende Kunstszene Westdeutschlands mit einzubringen. Eduard Bischoff blieb bis gegen 1970 tätig, seit 1962 war er in Soest ansässig. Dort verstarb er im Januar 1974.

Derzeit ist offen, ob und wenn ja, wann noch einmal eine solche umfangreiche Retrospektive einer der namhaftesten ostpreußischen Maler des 20. Jahrhunderts stattfinden kann.

Ein Großer wie Rembrandt

Im Zeitalter der Nationalstaaten vergessen: Der einstige »Trendsetter« Abraham Bloemaert als Wiederentdeckung im Schweriner Museum

Rosa, Zitronengelb, eine ganze Bandbreite an Grüntönen, dann wieder leuchtend kräftiges Rot und Blau: „Der Bloemaert-Effekt! Farbe im Goldenen Zeitalter“ – so der Titel der Schweriner Ausstellung – verfehlt seine Wirkung nicht. Wer meint, die niederländischen Maler des 17. Jahrhunderts gut zu kennen, wird im Staatlichen Museum Schwerin eines Besseren belehrt. Er wird feststellen, dass ohne Bloemaert der Kanon der großen Namen des Goldenen Zeitalters unvollständig bleibt.

Damit ist der „Bloemaert-Effekt“ ein mehrfacher. Denn noch immer kennen ihn eigentlich nur Spezialisten, den 1566 in Dordrecht geborenen Maler Abraham Bloemaert, der 1591 seine Laufbahn in Amsterdam begann, 1593 endgültig nach Utrecht umsiedelte, sich 1611 an der Gründung der Gilde der Utrechter Maler beteiligte, 1618 Dekan wurde und nach einem langen produktiven Leben im Alter von 84 Jahren starb.

Bloemaerts gesamtes Œuvre umfasst über 200 Gemälde. Die Zahl seiner Zeichnungen wird auf etwa 1500 geschätzt und von seinen Druckgrafiken kennt man heute mehr als 600. Bei den meisten seiner Gemälde handelt es sich um Historienbilder, großfigurige Darstellungen historischer, religiöser, mythologischer und literarischer Themen. Und obwohl die Historienmalerei seit dem 15. Jahrhundert als die wichtigste aller Kunstgattungen galt, war es gerade sie, die dafür sorgte, dass man Bloemaert „vergaß“.

„Denn“, so Gero Seelig, Bloemaert-Experte und Kurator der Schweriner Ausstellung, „seit der Staatenbildung des 19. Jahrhunderts wurde der Kanon der niederländischen Kunstgeschichte auf ‚nationale‘ Stilrichtungen hin getrimmt. Die international orientierte Utrechter Schule, allen voran Bloemaert, schied für diesen Zweck aus, sodass der Erfolg dieser Malerei zur Zeit ihrer Entstehung heute mit großem Erstaunen wiederentdeckt wird. In Wirklichkeit gab es neben Rembrandt kaum einen erfolgreicheren Maler in den Niederlanden als Bloemaert, und während der Spätstil von Rembrandt wenig Nachfolger fand, setzte sich Bloemaerts Stil bis ins 18. Jahrhundert hinein bruchlos fort. Es war der Mainstream.“

> Bloemaerts Stil war früher der »Mainstream«

Nach den monografischen Ausstellungen zu Carel Fabritius (2005) und Nicolaes Berchem (2007) präsentiert das Staatliche Museum Schwerin erneut einen ungewohnten Blick auf das Goldene Jahrhundert. Bloemaerts Werk-Schau ist eine Premiere. Sie ist die erste monografische Ausstellung des Künstlers überhaupt. Nach ihrem Auftakt im Centraal Museum Utrecht ist Schwerin die zweite und zugleich letzte Station.

Danach reisen die 121 Werke, 46 hervorragende, zum Teil riesige Bilder, 31 Zeichnungen, 33 Drucke, fünf Bücher und eine Kasel, die Bloemart als Modell gedient haben soll, zu ihren Leihgebern, Museen und Privatsammlungen in Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Großbritannien, Frankreich, Österreich und den USA zurück. Auch Paris wird aufatmen, wenn Bloemaerts um 1625 gemalte „Allegorie des Winters“ wieder wohlbehalten im Louvre eingetroffen ist. Ebenso die Gemäldegalerie Berlin, die das 115 mal 140 Meter große Gemälde „Amaryllis und Myrtill als Brautpaar“ beigesteuert hat.

Erscheinen einem Thema, Stil und Komposition des Pariser Bildes noch ziemlich vertraut, fragt man sich bei anderen, ob es sich tatsächlich um ein und denselben Maler handelt. Bloemaert hat sich in seiner langen Schaffenszeit vielen Einflüssen unterworfen. Offen für Anregungen, insbesondere seiner Italien-begeisterten Kollegen, entwickelte er einen eigenen Stil vom Manierismus zum Caravaggismus und schließlich zum Klassizismus.

Im Gegenzug übte er als Lehrmeister selber außergewöhnlich großen Einfluss aus. Als solcher hatte er, so schätzt man, etwa 100 Schüler gehabt. Die wichtigsten Meister der Utrechter Schule begannen ihre Laufbahn in seinem Atelier, darunter die Caravaggisten Hendrick ter Brugghen und Gerard van Honthorst, mit dem man übrigens gleich im Obergeschoss des Museums, in der ständigen Ausstellung, Bekanntschaft schließen kann. Aber auch die von der Landschaft Italiens faszinierten Maler wie Jan Both, Cornelis van Poelenburch und Jan Baptist Weenix sowie der deutschstämmige Nicolaus Knüpfer gingen bei Bloemaert in die Lehre. Sie auf einen einheitlichen Stil festzulegen, lag dem Meister dabei fern.



Abraham Bloemaert „Die Anbetung der Könige“ (1624): Wunderbare Premiere Bild: Frank Hormann/dapd

Doch nicht allein die Schüler profitierten vom „Bloemaert-Effekt“. Auch die vielen Kupferstiche nach Bloemaerts Gemälden und Zeichnungen dienten weithin als Anregung und Vorlage und trugen so zu dessen bedeutendem Einfluss bei.

Für interessierte Laien wie Experten empfehlenswert ist dazu der Katalog. Zwölf Rendezvous im Museum mit vertiefenden Blicken auf das Werk (März bis Mai donnerstags 18 Uhr), zwei Workshops (31. März und 5. Mai 11 bis 15 Uhr), eine Familienführung (1. April, 12 Uhr), ein Ferienprogramm (4. April, 10.30 Uhr) und eine Grand Finissage mit Jazz-Konzert (28. Mai, 11 Uhr) ergänzen die Ausstellung.

Helga Schnehagen

Bloemaert-Ausstellung bis 28. Mai im Staatlichen Museum Schwerin, Alter Garten 3, 19055 Schwerin, Telefon (0385) 5958-100 (für Informationen), Internet www.museum-schwerin.de. Geöffnet dienstags bis sonntags 10 bis 17 Uhr, donnerstags 13 bis 20 Uhr, ab 15. April dienstags bis sonntags 10 bis 18, donnerstags 12 bis 20 Uhr.

»Ein fremder und wilder Stamm«

Die Haltung König Friedrichs des Großen gegenüber Ostpreußen war gelinde gesagt ambivalent

Der 300. Geburtstag Friedrichs des Großen ist Anlass für eine Betrachtung über seine Beziehung zu Ostpreußen. Dieser Teil seiner Herrschaft hat ihn nicht besonders interessiert. Zeit seines Lebens hatte er ein gespaltenes, zum Teil widersprüchliches Verhältnis und eine kühle Distanz zu Ostpreußen.

Friedrichs des Großen persönliche Einschätzung von Königsberg und seinen Bewohnern war wenig schmeichelhaft: „Müßiggang und Langeweile sind die Schutzgötter von Königsberg; denn die Leute, die man hier sieht, und die Luft, die man hier atmet, scheinen einem nichts anderes einzuflößen."

Im Jahr 1735 begleitete er seinen Vater, König Friedrich Wilhelm I. Er besuchte unter anderem Gumbinnen und Tilsit. Sein Urteil: „ein wenig anständiger als Sibirien, aber nicht viel". Bei der nächsten Reise, im Juli 1739, zeigte er sich durchaus beeindruckt von der durch seinen Vater erfolgreich betriebenen Kolonisation. Aus Insterburg schrieb er an Voltaire: „Preußisch-Litauen ist die blühendste unserer Provinzen, die Schöpfung des Königs, meines Vaters."

Dem stehen von derselben Reise besonders abwertende Bemerkungen an seinen Freund Jordan gegenüber: „Wären Sie hier, so ließe ich Ihnen die Wahl zwischen dem artigsten litauischen Mädchen und der schönsten Stute von meiner Zucht. Ihre Ehrbarkeit ärgere sich hieran nicht; denn hier zu Lande ist ein Mädchen nur dadurch von einer Stute unterschieden, dass es auf zwei und diese auf vier Füßen geht."



Friedrich hoch zu Ross: Als König besuchte er dreimal Ostpreußen *Bild: akg*

Obwohl er die Absicht hatte, jährlich Reisen in seine, auch entfernt liegende Herrschaftsgebiete zu unternehmen, gab es nur drei Aufenthalte im Gebiet Ostpreußens als König, nämlich 1740, 1750 und 1753.

Während sein Vater Preußen mit besonderer Fürsorge bedacht hatte, verspürte Friedrich keine Sympathie für das, was das Land zu bieten hatte: Wälder und Seen, Pferde, einfache, unkomplizierte Menschen. Er liebte Musik, Philosophie, Literatur und Kunst, die französische Sprache. Nie hat er Kant (1724–1804), der nur zwölf Jahre jünger war, gesprochen oder eines seiner Werke gelesen. Auch andere deutsche Geistesgrößen aus Ostpreußen wie Gottsched (1700–1766), Hamann (1730–1788) oder Herder (1744–1803) erwarben Geltung, ohne dass der König davon Kenntnis nahm. Sein ebenso bündiges wie falsches Urteil lautete: „Mag dies Land auch noch so fruchtbar an Pferden, so gut bestellt, so reich an Bevölkerung sein, es liefert doch nicht ein denkendes Wesen ... Wenn ich lange hier bleibe, verlöre ich mein bisschen Menschenverstand." Aus seiner Einschätzung sprach eine gewisse „voreingenommene Vorstellungsart", wie Jürgen Luh es in seinem Werk „Der Große. Friedrich II. von Preußen" formuliert hat.

Um die aus seiner Sicht bestehenden Defizite zu mildern, unterstützte Friedrich II. bereits 1741 die Königliche Deutsche Gesellschaft zur Pflege von Wissenschaft und Kultur. Im Jahr 1755 gestattete er den Bau eines Theaters in Königsberg. An seine Schwester Wilhelmine schrieb er: „Ich bin dabei, einem fremden und wilden Stamme die Künste aufzupfropfen."

Friedrich besuchte das Land allerdings weder zum 200. Universitätsjubiläum im Jahr 1744 noch im Jubiläumsjahr 1755 zur 500-Jahr-Feier der Stadt.

Immerhin schrieb er 1752: „Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Preußen feinen und gelenkten Geistes sind, dass sie Geschmeidigkeit besitzen. Man beschuldigt sie der Falschheit, aber ich glaube nicht, dass sie falscher sind als andere. Viele Preußen haben gedient und dienen noch mit Auszeichnung sowohl im Heer wie in der Verwaltung. Aber ich würde wider besseres Wissen reden, wollte ich einen einzigen von denen, die ich persönlich kennen gelernt habe, der Falschheit bezichtigen."

Wie wenig Friedrich sich für Preußen engagierte, wird in seinem Verhalten im Siebenjährigen Krieg deutlich. Weil er nicht glaubte, die ferne Provinz gegen die russische Armee verteidigen zu können, zog er den bis dahin mit der Verteidigung betrauten Feldmarschall Lehwaldt ab und überließ damit die Provinz schutzlos den Russen. Die preußischen Behörden, die Geistlichen und alle im Land gebliebenen Amtspersonen leisteten der Zarin den Treueeid. Das musste den König gegen Land und Bevölkerung einnehmen. Die vierjährige Kollaboration bis 1762, als Zar Peter III., ein Verehrer Friedrichs, das Land wieder räumte, hat der Preußenkönig nicht verziehen. Er hat danach Ostpreußen nie wieder betreten. Seine Fürsorge galt nach dem Ende des Krieges 1763 vor allem den neuen Provinzen Schlesien und später Westpreußen. Für ihn war Ostpreußen eine undankbare Provinz, die nur dank seines Vaters kein wüstes Land mehr war. Er sah darin nur eine Einnahmequelle und ein Soldatenreservoir.

> Er verübelte dem Land das Arrangieren mit der Zarin

In seinem zweiten politischen Testament schrieb er 1768: „Die Preußen sind nicht ohne Geist, und es befinden sich unter ihnen solche, die gute Untertanen abgeben, ausgenommen diejenigen, die in der Umgebung von Königsberg wohnen; denn ihre zu weiche Erziehung hat bisher nur Faulenzer hervorgebracht. Ich habe Grund gehabt, mit dem Adel dieses Königreichs ziemlich unzufrieden zu sein; sie waren mehr russisch als preußisch und außerdem aller Niederträchtigkeiten fähig, deren man die Polen zeiht. Jedoch habe ich alles vergessen, nachdem ich sie ihr Unrecht und meine Unzufriedenheit habe fühlen lassen. Das Volk ist nicht bösartig."

Die Zukunft seines Staates sah er nur durch eine Expansion gesichert, möglich durch Erbschaften und Eroberungen, das heißt „Erwerbungen durch das Recht der passenden Gelegenheit". Dabei ging es um die Frage, welche Gebiete am besten zum Staat Friedrich II. passten und ihn am besten arrondieren konnten. Dazu gehörte unter anderem das polnische Preußen. Das Königreich Preußen sei von den anderen Staaten des Königs abgeschnitten und lasse sich im Kriegsfall nicht halten, falls Russland der Gegner sei. Die Expansion geschah durch Annexionen, beginnend 1772 mit der ersten Teilung Polens. Die alte preußische Provinz sollte auf königliche Weisung vom Januar 1773 Ost-Preußen, das akquirierte Gebiet West-Preußen genannt werden.

Ostpreußen als Provinz des von Friedrich II. regierten Staates hatte Teil an allen Maßnahmen, die generell für das Hoheitsgebiet getroffen wurden. Selbst schrieb er: „Der jetzige König wollte, dass die Provinz den anderen nicht nachstände." Allerdings verweigerte er den Ständen im Gegensatz zu anderen Provinzen ein landschaftliches Kreditsystem, die Errichtung einer Landschaft.

Kaum ein anderes Leben und Wirken eines Herrschers seiner Zeit ist so gut dokumentiert wie das Friedrichs, kaum einer hat so viele schriftliche Zeugnisse aller Art hinterlassen wie er. Sein Leben und seine Taten sind unendlich weitgespannt und widersprüchlich. Das gilt auch für sein Verhältnis zu Ostpreußen. Es war korrekt und lieblos.

George Turner

Ein letztes Mal vor dem Ende

Vor 75 Jahren änderte das Groß-Hamburg-Gesetz Preußens Grenzen

Am 1. April 1937 veränderten sich noch einmal Preußens Grenzen in nennenswerter Weise. Da die Grenzverschiebungen vor allem den Großraum Hamburg betrafen, trägt die entsprechende gesetzliche Grundlage vom 26. Januar 1937 den Titel „Gesetz über Groß-Hamburg und andere Gebietsbereinigungen".

Hamburg hatte im 19. Jahrhundert und vor allem nach der Reichseinigung und dem Zollanschluss eine Blütezeit als „Deutschlands Tor zur Welt" erlebt. Die Freie und Hansestadt war dabei über ihre politischen Grenzen hinausgewachsen. Bereits im Ersten Weltkrieg, aber vor allem in der nachfolgenden Weimarer Zeit hatte sich die Hamburger Politik und Verwaltung um eine Anpassung der politischen Grenzen bemüht, war dabei aber am preußischen Nachbarn und dem Föderalismus gescheitert.

Zu einer Wende kam es erst nach der „Machtergreifung" der Nationalsozialisten. Dieses lag zum einen an der Doppelfunktion Hermann Görings als preußischer Ministerpräsident und Beauftragter für den Vierjahresplan. Dieses führte dazu, dass sich der Landesfürst Preußens nicht auf das Betreiben preußischer Kirchturmpolitik beschränken konnte, sondern aus ureigenstem Interesse auch die Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft im Auge haben musste. Insofern musste es auch ihm ein Dorn im Auge sein, dass der Wirtschaftsgroßraum Hamburg durch die politische preußisch-hamburgische Grenze gespalten wurde.

Erleichtert wurde die Grenzverschiebung zudem durch den Zentralismus des Dritten Reiches, dem zufolge die übergeordneten Reichsinteressen Vorrang zu haben hatten vor den Partikularinteressen der Reichsländer. Nach dem Wechsel vom Deutschen Bund zum Deutschen Reich und der Umwandlung vom Kaiserreich zur Republik bewirkte die NS-Machtergreifung weitere Zentralisierungsschübe in Deutschland.

Und die Spitze dieses Zentralstaates stand in der Person Adolf Hitlers auch hinter dem Groß-Hamburg-Projekt. Wie es dazu kam, beschreibt Hamburgs Bürgermeister Carl Vincent Krogmann: „Eine Wende erfolgte, als Hitler die Modelle für die Hochbrücke und eine Landeanlage für Überseefahrgastschiffe vorgeführt wurden, die in der Nähe der Altonaer Grenze gebaut werden sollten. Hitler fragte, warum die Landeanlage nicht weiter westlich geplant sei. Ich erwiderte, das sei Altonaer Gebiet, darüber könne Hamburg nicht verfügen. So dürfen wir nicht denken, entgegnete Hitler, die Trennung von Altona und Hamburg sei ein Unsinn." Anderswo heißt es, dass Hitler die Unsinnigkeit der Trennung von Altona und Hamburg bewusst wurde, als er bei einer Fahrt auf dem Ausflugsschiff „Jan Molsen" vom Hafen aus elbabwärts sich selber ein Bild davon machen konnte, wie sehr das preußische Altona und das selbstständige Hamburg mittlerweile zu einer Einheit verwachsen waren.

> Viele Gesetzesteile haben bis heute Bestand

Es ist bezeichnend für den damals erreichten Stand der Zentralisierung in Deutschland, dass die preußisch-hamburgische Grenzveränderung nicht etwa durch ein preußisch-hamburgisches, sondern durch ein Reichsgesetz geschah. Unterschrieben wurde es von Hitler sowie dem Reichsinnen- und dem Reichsfinanzminister. Als vierte Unterschrift trug es zwar die des preußischen Ministerpräsidenten, aber in dessen Eigenschaft als Beauftragter für den Vierjahresplan.

Hamburgs Arrondierung durch das Groß-Hamburg-Gesetz führte zur Eingemeindung seiner bis dahin preußischen Nachbarstädte Altona, Harburg und Wandsbek sowie von 27 Gemeinden. Allerdings wurde auch vormals hamburgisches Territorium nun preußisch. Zu nennen ist hier vor allem Hamburgs alte Exklave an der Elbemündung Cuxhaven. Im Saldo vergrößerte sich Hamburgs Fläche von 415 auf 745 Quadratkilometer und die Einwohnerzahl stieg von 1,19 Millionen auf 1,68 Millionen.

Wie der Titel des dieser Arrondierung zugrunde liegenden Gesetzes bereits erahnen lässt, betraf es auch andere Gebietsbereinigungen. Das Ziel war es dabei insbesondere, historisch gewachsene, aber verwaltungstechnisch widersinnige Exklaven im norddeutschen Raum zu beseitigen. Der Artikel II über „andere Gebietsvereinigungen" betraf außer Preußen auch die Flächenländer Mecklenburg und Oldenburg, begann aber mit einer Regelung bezüglich der Freien und Hansestadt Lübeck. Die einstige Königin der Hanse verlor ihre Reichsunmittelbarkeit. Sie wurde der preußischen Provinz Schleswig-Holstein zugeschlagen.

Heute sind die NS-Herrschaft und ihr Zentralismus ebenso Geschichte wie der preußische Staat, aber maßgebliche Bestimmungen des in der NS-Zeit beschlossenen und vor 75 Jahren in Kraft getretenen Groß-Hamburg-Gesetzes haben bis heute Bestand. Hamburg hat im Wesentlichen immer noch die durch das Groß-Hamburg-Gesetz erhaltenen Grenzen. Und Lübeck ist immer noch nicht nur geografisch, sondern auch politisch Bestandteil Schleswig-Holsteins.

Manuel Ruoff

Anti-Schimanski

Der smarte Film-Ermittler Heinz Drache

Landesweit bekannt wurde Heinz Drache als Kriminalinspektor Harry Yates in Francis Durbridges „Das Halstuch". Dieses 1962 ausgestrahlte sechsteilige Kriminalfernsehspiel war mit über 80 Prozent Einschaltquote ein Straßenfeger.

Drache hatte bereits zwei Jahre vorher in dem Edgar-Wallace-Spielfilm „Der Rächer" mit Michael Brixan einen Detektiv gespielt, doch nun war er für den Film auf die Rolle des Ermittlers festgelegt. „Der kultivierte Schauspieler strahlt Durchsetzungsvermögen aus, ohne brutal zu wirken", heißt es zu Recht im „Lexikon der deutschen Film- und TV-Stars". Die von ihm verkörperten smarten Ganovenjäger waren forsch, aber nie ruppig oder burschikos, sondern vielmehr von britischer Eleganz. In dieser Rolle war Drache in einer Vielzahl von Edgar-Wallace-Filmen zu sehen.



Heinz Drache *Bild: Archiv*

Nachdem die Edgar-Wallace-Mode abgeebbt war, wurde es ruhiger um den Filmschauspieler Drache. 1985 gab es ein kurzes Comeback als SFB-„Tatort"-Kommissar Bülow. Ganz bewusst wurde hier eine Nadelstreifen tragende und Wein statt Bier trinkende Gegenfigur zum prolligen Horst Schimanski alias Götz George ins Leben gerufen. Der Versuch floppte, nach sechs Folgen war Schluss. Angeblich waren die Drehbücher schuld.

Fernsehen und Kino ermöglichten dem „Inbegriff des Inspektors" und seiner Familie ein Leben in Wohlstand, aber sein Herz hing erklärtermaßen am Theater. Dort war er anders als beim Film nicht auf die Rolle des Ermittlers festgelegt und auch weniger abhängig von Moden und Trends. Der am 9. Februar 1923 in Essen geborene Kaufmannssohn hatte das Glück, dass sein Talent für die Bühne bereits auf dem Gymnasium entdeckt und während seines Kriegsdienstes von verständnisvollen Vorgesetzten gefördert wurde. Nach dem Krieg holte ihn wie viele große Mimen seiner Zeit Gustav Gründgens in sein Ensemble. Am 3. April 2002 starb der Krebskranke an einer Lungenentzündung in Berlin.

M.R.

»Die Staatskasse ist absolut leer«

Am Ende der Regentschaft des »Sonnenkönigs« Ludwigs XIV. war Frankreich de facto pleite

Das „Sonnenkönigtum“ des „Sonnenkönigs“ hatte seinen Preis. Zum Ende der Regentschaft Ludwig XIV. von Frankreich wurden die Schulden seines Staates auf über zwei Milliarden Livre geschätzt. Die jährlichen Zinsen beliefen sich auf 90 Millionen Livre, rund 50 Prozent der Steuereinnahmen mussten also für Zinsen aufgewendet werden.

Grobe Schätzungen über das französische Volkseinkommen Anfang des 18. Jahrhunderts schwanken zwischen 1,2 und 2,4 Milliarden Livre. Gemessen am Volkseinkommen ergäbe sich damit eine Verschuldung zwischen 83 und 167 Prozent – heute würde man von griechischen Verhältnissen sprechen.

De facto war der Staat also pleite, weil auch die zukünftigen Staatseinnahmen bereits als Pfand veräußert worden waren. 1717, also zwei Jahre nach dem Tode des Sonnenkönigs, äußerte sich der Präsident des Finanzrates, Adrien Maurice, Herzog von Noailles (1678–1766), zu der französischen Finanzlage wie folgt: „Die Staatskasse ist absolut leer und die von den Hauptsteuereinnehmern eingegangenen Schulden sind dermaßen hoch, dass sie den königlichen Staatsschatz bis 1718 vollständig aufzehren werden.“

Heute wie damals hatte die Schuldenkrise des Staates bald auch realwirtschaftliche Folgen. Da der Staat kein Geld mehr hatte, seine Gläubiger zu bedienen, konnten die Gläubiger auch nicht mehr die Lieferanten befriedigen; diese wiederum blieben auf ihren Forderungen sitzen. Folglich stiegen die Zinsen auf zweistellige Höhen, Kredite wurden noch teurer, Investitionen noch unattraktiver. Nach und nach geriet das Vertrauen in das „System“ insgesamt ins Wanken. Das wenige Geld, das noch im Umlauf war, wurde lieber gehortet, anstatt es zu investieren, so dass das Geld wiederum knapper wurde; die Preise verfielen und so setzte eine deflationäre Entwicklung ein. Bauern und Adel waren gleichermaßen ruiniert, die Böden in der Landwirtschaft blieben unbestellt und das Handelsvolumen ging drastisch zurück.

Nur ein Grund für Frankreichs Überschuldung: Die teure Hofhaltung seines Königs Ludwig XIV. in Versailles Bild: Artothek

Statt nun in dieser Situation den allgemeinen Bankrott zu verkünden, versuchte man es mit anderen Mitteln, die unschwer an die heutige Euro-Krise erinnern: Am 7. Dezember 1715 gab man neue Anleihen, namens „billets d'état“ aus, machte einen Schuldenschnitt in Höhe von 66 Prozent bei Anleihen von knapp 600 Millionen Livre. Die Verzinsung der langfristigen Anleihen wurde auf vier Prozent gesenkt. Zudem bildete man am 24. März 1716 eine Justizkammer für Steuersünder. Zwar wurde gegen 8000 Personen ermittelt und die Hälfte von ihnen auf Steuernachzahlungen von insgesamt 220 Millionen Livre und zu Gefängnis- und Galeerenstrafen verurteilt, doch auch diese Institution wurde Opfer der verbreiteten Korruption. Die Wohlhabenden erkauften sich derart viele Sonderregelungen, dass tatsächlich nur 95 Millionen Livre Steuern nachgezahlt wurden, zudem in Form der abgewerteten Rentenpapiere. Die flächenmäßige Verfolgung der „Steuersünder“ bremste die Wirtschaft insgesamt aus. Die Handels- und Finanzgeschäfte nahmen ab; das Geld wanderte ins Ausland oder wurde gehortet. Schließlich schloss man die Justizkammer nach nur einjährigem Bestehen im März 1717. Das Vertrauen in die Währung und den Staat war gebrochen und die nach wie vor prekäre Lage rief nach einem Glücksspieler und Finanzjongleur wie John Law, der die Behebung aller Finanzprobleme des Staates innerhalb kurzer Zeit versprach.

Soweit hatte es kommen können, weil die Einnahmen wegen eines korrupten Steuersystems (siehe Kasten) zu niedrig waren und die Ausgaben zu hoch: Zwei Kriege, der Pfälzische Erbfolgekrieg (1688–1697) und der Spanische Erbfolgekrieg (1701–1713) bluteten die französische Volkswirtschaft finanziell aus. Die Kriege verschlangen Unsummen an Geld und ein Großteil der Kosten wurde „auf Pump“ finanziert. In der Zeit des Spanischen Erbfolgekrieges waren die Staatsausgaben von 175 auf 264 Millionen Livre angewachsen. Hinzu kam der extravagante, prunksüchtige Lebensstil Ludwigs XIV., wobei Bauprojekte wie das Schloss von Versailles nur die Spitze des Eisberges bildeten. So lagen die Staatsausgaben im Todesjahr des Königs, als der Krieg bereits beendet war, noch bei 146 Millionen Livre. Und das bei Einnahmen von nur 69 Millionen Livre.

Hinrich E. Bues/ Mareike C. Bues

Die Einnahmequellen

Den Ausgaben des Staates standen im Wesentlichen vier Einnahmequellen gegenüber: erstens direkte Steuern, zweitens indirekte Steuern, drittens Darlehen und viertens der Verkauf öffentlicher Ämter. Jeder Bereich brachte dabei eigene Probleme mit sich und zeigte, dass die absolutistische Monarchie zumindest in finanzieller Hinsicht nicht unabhängig war.

Die Steuerverwaltung in Frankreich war im Laufe der Jahre quasi privatisiert und dezentral organisiert, höchst ineffizient und zudem korrupt geworden. Die Haupteinnahmequelle bildeten direkte Steuern aus einer 1429 eingeführten Abgabe, „taille“ genannt, die wichtigste Einnahmequelle des Staates. Hauptsächlich Bauern mussten diese Abgabe tragen, während für den Klerus und den Adel zahlreiche Ausnahmen galten. Seit 1699 wurde zusätzlich eine Kopfsteuer (capitation) erhoben. Hinzu kam eine prozentuale Einkommenssteuer. Dieser Zehnte (dixième) oder Zwanzigste (vingtième) wurde meist anlässlich außergewöhnlicher Ereignisse wie Kriegen oder Notlagen erhoben.

Diese direkten Steuern wurden von einer Gruppe von Privatiers kassiert, die sich in das lukrative Amt des Hauptsteuereinnehmers eingekauft hatten. Sie durften zwischen 1,7 und 2,5 Prozent der eingetriebenen Steuermenge für sich behalten. Da den Gemeinden Zahlungsfristen von bis zu zwei Jahren eingeräumt wurden und sich damit die Steuereintreibung stets verzögerte, bestand die Aufgabe der Hauptsteuereinnehmer auch darin, den Zahlungsstrom an den Staat konstant zu halten und entsprechend die finanziellen Lücken mit Krediten zu überbrücken.

Indirekte Steuern wurden als Zölle, Umsatzsteuern und Salzsteuern erhoben. Diese Steuern wurden von der Gesellschaft der Hauptfinanzpächter eingetrieben, einem Kartell, das sich ebenfalls aus Privatiers zusammensetzte. Die Finanzpächter zahlten feste Pachtzinsen an den Staat. Überschüsse, die über das geschätzte Jahressteueraufkommen hinausgingen, durften sie behalten, für Fehlbeträge mussten sie aus eigener Tasche aufkommen. Auch diese Finanzpächter gewährten dem Staat bei Bedarf Darlehen, wobei sie zukünftige Einnahmen als Sicherheit erhielten.

Um dem Staat Geld leihen und/oder Verluste ausgleichen zu können, gaben die Finanzpächter wiederum sogenannte billets de ferme aus. Hierbei handelte es sich um ein festverzinsliches Kreditinstrument, das durch die Pachtgewinne gut gedeckt und entsprechend beliebt bei der Bevölkerung war.

Die Finanzpächter und Hauptsteuereinnehmer nahmen in der geschilderten Weise eine Mittlerrolle zwischen Staat und Bevölkerung ein. Je prekärer die finanzielle Lage des Staates war, desto bedeutender wurde die Aufgabe der Kreditbeschaffung durch die Hauptsteuereinnehmer und Gesellschaft der Hauptfinanzpächter. Diese Darlehen bildeten die dritte Einnahmequelle des Staates. In schöner Regelmäßigkeit bedurfte es ihrer – ganz wie in heutigen Zeiten –, weil der Staat über seine Verhältnisse lebte.

Einen vierten Einnahmeposten generierte der absolutistische Staat durch den Verkauf der Ämter in der Finanzverwaltung, womit sich der Staat selbst der Korruption auslieferte. Für die Privatiers, die sich diese Ämter kauften, bedeuteten sie hohe Gewinne. Die faktische Privatisierung der Steuereintreibung bedeutete auch, dass sich das Aufkommen des Staates um den Anteil der Hauptsteuereintreiber und Finanzpächter verminderte. Zudem war das System nicht besonders effizient. Regelmäßig kam es zu erheblichen Verzögerungen. Im Extremfall wurden die Steuerforderungen erst mit sechsjähriger Verspätung gezahlt. Getragen wurde dieses kranke System von den Gruppen der Minister, der Aristokratie und der Finanziers, die miteinander durch ein Netz der Korruption verbunden waren.

H.E.B./M.C.B.

Wo Japan im Zweiten Weltkrieg kapitulierte

Mit der Außerdienststellung der »Missouri« ging vor 20 Jahren die Ära der großen Schlachtschiffe endgültig zu Ende

Anfang des 20. Jahrhunderts begannen die Großmächte ein Wettrüsten um die Vorherrschaft zur See. Die dafür entwickelten Schlachtschiffe wurden immer größer gebaut, mit schwereren Geschützen ausgerüstet und erreichten stets höhere Geschwindigkeiten. Nach dem Ersten Weltkrieg kam es durch die Washingtoner Flottenkonferenz zu einer starken Einschränkung der Neubauten von Kampfschiffen und zur Reduzierung der Flotten. Allerdings umgingen einige Großmächte schon bald das Abkommen; nach der Londoner Flottenkonferenz 1936 wurden weltweit wieder große Schlachtschiffe gebaut.

Die USA begannen 1938 mit der Planung von schnellen Schlachtschiffen mit starker Feuerkraft zur Begleitung von Flugzeugträgern. Die vier Neubauten der sogenannten „Iowa“-Klasse gehörten mit einer Geschwindigkeit von 33 Knoten zu den schnellsten gebauten Schlachtschiffen überhaupt, waren aber auch die letzten ihrer Art. Im Juni 1944 wurde die „Missouri“, Spitzname „Mighty Mo“ als letzte Einheit der „Iowa“-Klasse als „BB-63“ in Dienst gestellt. Es handelte sich um ein großes stolzes Schiff. Mit einer Länge von 270,43 Metern war sie rund einen Meter länger als die „Titanic“. Die Verdrängung betrug zirka 45 000, voll beladen sogar 57 000 Standard-Tonnen. Die Schiffsgröße wurde so gewählt, dass die Schleusen des Panamakanals noch passiert werden konnten und somit ein schneller Einsatzwechsel zwischen dem Atlantischen und dem Pazifischen Ozean möglich war. Die „Missouri“ war neben zahlreichen kleineren Kanonen und Geschützen mit neun Geschützen des Kalibers 16 ausgerüstet, sprich einem Durchmesser von 40,6 Zentimetern. Die Reichweite dieser großen Geschütze betrug 40 Kilometer, damit war die Schiffsartillerie flexibel für Land- und Seeziele einsetzbar.

Im Zweiten Weltkrieg war die „Missouri“ an der Schlacht im Pazifik gegen die Japaner um Iwojima und Okinawa beteiligt, danach wurde sie mehrfach von Kamikaze-Fliegern angegriffen und beschädigt. Nach der Teilnahme an den Angriffen auf Tokio lief die „Missouri“ in die Bucht von Tokio ein, als die Japaner kapituliert hatten. Auf dem Vordeck wurde am 2. August 1945 die Kapitulationsurkunde in Gegenwart der Alliierten unterzeichnet. Der Zweite Weltkrieg war beendet.



Auf dem Weg nach Pearl Harbour: US-Schlachtschiff „Missouri“ Bild: Archiv

Als der Koreakrieg 1950 begann, war die „Missouri“ das einzige noch aktive amerikanische Schlachtschiff, das sofort in die Krisenregion entsendet werden konnte. Später wurde es dann von weiteren, reaktivierten Schlachtschiffen unterstützt. In den verschiedenen Einsätzen im Koreakrieg wurden insgesamt über 7000 Geschosse aus den großen 40,6-Zentimeter-Geschützen abgefeuert.

1955 wurde die „Missouri“ der Reserveflotte zugeordnet, das heißt, nur noch minimal instand gehalten und zur Ausbildung von Reservepersonal genutzt. Erst 1986 wurde sie wieder von Grund auf überholt und brach als „zweite Jungfernfahrt“ zu einer Weltreise in der Endphase des Kalten Krieges auf, um ihre militärische Stärke, unterstützt durch die neue Bewaffnung mit Marschflugkörpern, zu demonstrieren. 1991 wurden im Zweiten Golfkrieg in der Operation „Desert Storm“ dann 28 Marschflugkörper vom Typ „Tomahawk“ gegen den Irak eingesetzt. Nach ihrer Rückkehr nahm sie an der 50-Jahre-Gedenkfeier zum Angriff auf Pearl Harbour teil und wurde noch Schauplatz für den Action-Film „Alarmstufe Rot“.

Am 31. März 1992 wurde die „Missouri“ nach insgesamt 16 Jahren und vier Monaten im aktiven Dienst als letztes Schlachtschiff der „Iowa“-Klasse offiziell außer Dienst gestellt. Die grauen Giganten zur See waren für die Seekriegsführung nicht mehr zeitgemäß. 1998 wurde sie der „USS Missouri Memorial Association“ übergeben, die die „Missouri“ nach Hawaii schleppen ließ. Dort hat die „Mighty Mo“ in Pearl Harbour ihren letzten Bestimmungsort als Museumsschiff gefunden. Das Schiff, auf dem die Japaner am Ende des Zweiten Weltkrieges die Kapitulationsurkunde unterzeichnet haben, liegt passender Weise neben der Gedenkstätte für die „Arizona“, die 1941 beim japanischen Angriff auf Pearl Harbour versenkt wurde, woraufhin die USA in den Krieg eintraten.

2009 wurde die „Missouri“ im Trockendock komplett überholt. Sie ist auch heute noch, 20 Jahre nach der Außerdienststellung, ein Denkmal und Wahrzeichen für die frühere Seekriegsführung und die Bedeutung der US-amerikanischen Flotte. Jährlich zieht sie mehr als 400 000 Besucher in ihren Bann.

Britta Heitmann

Der Zuzug eigener Landsleute wird bürokratisch und gesetzlich behindert

Zu: „Siebenfaches Werben für Russlanddeutsche“ (Nr. 10)

Der Bericht gibt auch Anlass, über das Verhalten deutscher Politik gegenüber unseren Landsleuten aus der früheren UdSSR, der Sowjetunion, zu sprechen.

Nachdem die Wolgadeutschen Schreckliches durchmachen mussten, was viele nicht überlebten, wurden sie schließlich rehabilitiert. Sie durften auch in das Land ihrer Vorfahren zurückkehren. Wenn ihnen die Ausreise früher gelungen war, wurden sie von deutschen Politikern medienwirksam mit großen Worten empfangen.

Aber jetzt begannen plötzlich deutsche Politiker nach einiger Zeit auf einmal ganz im Gegensatz zu ihren vorherigen Reden Schwierigkeiten aufzubauen. Die Regierung setzte bürokratische Hindernisse. Den Zuzug musste man sich noch im Herkunftsland genehmigen lassen. Dort mussten sogenannte Sprachtests bestanden werden, die nicht wiederholbar waren. Hieran nahmen viele schon nicht teil und ein Großteil blieb bei diesen Tests auf der Strecke.

Deutsche Politiker begründen diese Sprachtests als Nachweis, dass man sich zur deutschen Kultur bekannt habe; und das unter einem kommunistischen Regime, in dem sie als Deutsche, zu Staatsfeinden erklärt, aller bürgerlichen Rechte beraubt waren und schwerste Arbeit zu verrichten hatten, ja das Deutschsein verboten war.

Der seinerzeitige niedersächsische Innenminister Heiner Bartling (SPD) forderte eine Begrenzung des Zuzuges dieser Landsleute. Sie sollten nur noch aufgenommen werden, wenn sie nachweisen konnten, dass sie wegen ihrer deutschen Abstammung benachteiligt wurden („Die Welt“, 13. März 2001).

Und auch hier wieder das nach Verschleppung und jahrelanger Zwangsarbeit (Trudarmija, Gulag, unter Kommandanturaufsicht mit ständiger Meldepflicht); eine Rückkehr in die deutsche autonome Wolgarepublik war nicht gegeben. Nach neuer gesetzlicher Regelung können deutsche Eltern nichtdeutsche Kinder haben. Unter Zwillingsbrüdern wurde einer als Deutscher anerkannt, der andere nicht.

Ein weiterer Faktor zur Steuerung des Zustroms war die Bearbeitungsdauer. Während man vorher bei viel größerer Zahl der aufgenommenen Aussiedler ein bis zwei Jahre brauchte, verlängerte sich die Bearbeitung der Anträge auf fünf bis sechs Jahre.

Schließlich wurden die Schwierigkeiten für Deutsche aus Russland so hoch geschraubt, dass im Jahre 2005 nur noch 216 den Test bestanden haben.

Die Bundesrepublik erklärt sich doch wegen des Geburtenrückganges als Einwanderungsland. Aber dem Zuzug eigener Landsleute werden möglichst viele Steine in den Weg gelegt. Dabei handelt es sich hier um überwiegend junge Leute, was besonders interessant sein müsste.

Es ist weit gekommen mit Einigkeit und Recht und Freiheit im deutschen Vaterland.

Ernst Weber, Hannover

Klingt zu friedlich

Zu: „Tod eines Schlichters“ (Nr. 11)

In dem Artikel schildern Sie hervorragend die Zustände im Berliner Bezirk Neukölln und stellen dann zum Schluss die richtige Frage.

Allerdings habe ich einen Kritikpunkt. Rechts neben dem Foto steht: „Einige riefen: „Es gibt keinen Gott außer Allah.“ Das stimmt so nicht! Dazu gibt es genügend Filme auf Youtube. Wenn schon, denn schon, riefen sie „Allah u Akbar“. Das ist ein kleiner, aber feiner Unterschied. Wollten Sie damit verhindern, dass der Leser beim Anblick dieses „Trauerzugs“ Assoziationen bekommt, er so zum Beispiel an die Aufmärsche der Palästinenser im Gaza-Streifen, an Fahnenverbrennungen in Pakistan oder an das Absäbeln von Köpfen Ungläubiger vor laufender Kamera erinnert wird? So ein „Es gibt keinen Gott außer Allah!“ klingt ja fast friedlich wie Bekenntnisse bei einer katholischen Fronleichnamsprozession.

Übrigens bringt Joachim Wagner in seinem Buch „Richter ohne Gesetz“ weitere Beispiele über die Tätigkeit sogenannter islamischer „Friedensrichter“ und wie dadurch der deutsche Rechtsstaat ausgehöhlt wird.

Barbara Gertloff, Fürth

Wein im Alltag

Zu: „Kleiner Zäpfchenstreich“ (Nr. 11)

Nun ist der an sich selbst gescheiterte Kurzzeitpräsident Wulff also weg. Weg? Nein, eigentlich nur woanders, unverdient verabschiedet mit einem Großen Zapfenstreich, dabei begleitet vom unüberhörbaren Protest der Bürger, aber eben auch schon bald fürstlich ausgestattet mit jährlich 199 000 Euro „Ehrensold“ (was für ein Hohn!), einem Dienstwagen mit Chauffeur sowie einem Büro nebst Mitarbeiter und Sekretärin.

Besser kann man den Niedergang von Werten, Tugenden und Moral in Deutschland kaum beschreiben. Herr Wulff mit seiner Mitnahmementalität ist, womöglich als Spitze des Eisberges, beredtes Beispiel dafür, dass zahlreiche Vertreter der politischen Kaste in Sonntagsreden zwar Wasser für das gemeine Volk predigen, selbst aber sogar im Alltag nur Wein trinken. Zynischer geht's nicht!

Guido Schümann, Itzehoe



Foto: Axel Schmidt/dapd

„Man sollte meinen, dass einem Pfarrer das Sakrament der Ehe viel bedeutet“, so *PAZ*-Leser Bernhard Ax: Bundespräsident Joachim Gauck mit seiner Lebensgefährtin vor Schloss Bellevue

Ein Platz für Tiere

Zu: „Tod in der Manege“ (Nr. 10)

Als Neuabonnent bedanke ich mich zuerst einmal für Ihre redaktionelle Arbeit und erfrischend andere – will sagen offenere – Berichterstattung. Einige meiner Bekannten schmökern auch gerne in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*.

Ich bin aber nicht nur Preußen-, sondern auch Natur(schutz)-Freund. Daher mein folgender Korrekturhinweis zu dem Artikel zum Tode von Prof. Dr. Bernhard Grzimek: Die überaus erfolgreiche Sendung hieß nicht „Ein Herz für Tiere“ (wie eine Zeitschrift), sondern „Ein Platz für Tiere“.

Horst Mauer, Vordertaunus

Nicht hingeschaut

Zu: „Die Mär vom preußischen Militarismus“ (Nr. 10)

Natürlich gab es Militarismus in Preußen. In dem Artikel geht der Autor mit keiner Silbe darauf ein, was man eigentlich unter Militarismus versteht. Das ist die Dominanz des Militärischen in Staat und Gesellschaft. Militärische Werte und soldatische Verhaltensweisen durchdringen das Alltagsleben, Kriege werden als Mittel zur Durchsetzung machtpolitischer Interessen als unvermeidbar angesehen. Eben das war charakteristisch für Preußen. Unter Bismarck, auch das ist Preußen, galt die Armee sogar als Schule der Nation. Wer nicht gedient hatte – galt nicht als richtiger Mann. Der Reserveoffizier, eventuell mit Monokel, ja, der war schon was.

Der Autor aber schreibt: „Wer genau hinschaut, wird in klassischen Preußen keinen Anhaltspunkt für ... Militarismus finden.“ Da hat er eben nicht genau hingeschaut. Oder ist er gar selbst ein Militarist, ohne es zu merken?

Dr. Alfred Unterberger, Berlin

Echte Elite

Zu: „Kind des Zeitgeists“ (Nr. 11)

Zu diesem Artikel eine ergänzende Betrachtung: Heutzutage ist oft von Elite die Rede. Gemeint sind damit diejenigen, die sich im öffentlichen Leben in höheren Positionen befinden. Man muss unterscheiden zwischen einer solchen „Elite“ und einer echten Elite. Eine echte Elite zeichnet sich aus durch ein Mehr an Pflichten, ein Mehr an Leistung und ein Mehr an Verantwortungsbewusstsein. Eine echte Elite wird von der großen Zahl des Volkes anerkannt. Die Menschen nehmen sich ein Beispiel an ihr und orientieren sich an ihr.

Friedrich Carl Albrecht, Burgdorf-Ehlershausen

Gauck wird es nicht leicht haben – Muss Respektsperson sein

Zu: „Sold und Ehre“ (Nr. 10)

Der Leitartikel findet meine volle Zustimmung. Ich kann nur betonen, dass Politiker, wenn sie vom Volk akzeptiert werden wollen, hohe moralische Maßstäbe und Anforderungen erfüllen müssen, sie müssen unbestechlich und ehrlich sein und ihre ganze Kraft zum Wohle der Menschen und dem Ansehen des Landes einsetzen. Das gilt auch ganz besonders für Abgeordnete, Regierungsmitglieder und den Staatspräsidenten. Es kann und darf nicht sein, dass Politiker ganz nach Gutsherrenart bei all ihrem Handeln vor allem darauf aus sind, sich recht viele Vorteile zu verschaffen. Was soll man davon halten, dass unsere Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt sich monatlich eine Diätenerhöhung von 850 Euro gönnen wollen? Das zeugt von großer politischer Instinktlosigkeit und wird die Politikverdrossenheit im Land noch größer werden lassen.

Auch der letzte Bundespräsident hätte wissen müssen, dass man sich als Spitzenpolitiker keine Verfehlungen und Vorteilsnahmen leisten darf, weil sie einem eines Tages auf die Füße fallen können, was ja auch prompt geschah.

Inzwischen fand auch der Große Zapfenstreich zur Verabschiedung Wulffs statt. Horst Seehofer würdigte Wulffs nur 20-monatige Amtszeit, indem er betonte, Wulff habe sich um ein weltoffenes Deutschland bemüht und wichtige Impulse für Toleranz, Religionsfreiheit und Menschenrechte gegeben. Das bezieht sich auf Äußerungen Wulffs zu Beginn seiner Amtszeit, als er sagte: „Das Christentum gehört zu Deutschland, das Judentum gehört zu Deutschland und auch der Islam gehört inzwischen zu Deutschland.“

Rein objektiv gesehen kann man das so sagen, kein Wunder bei mehreren Millionen Moslems in Deutschland. Wulff erhielt ja dann auch Zustimmung von moslemischen Würdenträgern. Anderen wiederum gefielen Wulffs Äußerungen weniger. Viele Menschen in Deutschland wollen keine Überfremdung, sie wollen auch keine Multikulti-Gesellschaft. Wobei wir in Deutschland schon wieder aufpassen müssen, dass wir von den politisch korrekten „Gutmenschen“ nicht mit der Faschismus-Keule erschlagen werden, wenn wir Kritik üben an der offiziellen „Hereinspaziert-Politik“ der Bundesregierung.

Ein deutscher Bundespräsident muss eine Respektsperson sein, die hohes Ansehen und Achtung in breiten Volksschichten genießt. Ich denke da unwillkürlich an den alten Generalfeldmarschall des Kaisers, Paul von Hindenburg, Held von Tannenberg, der die Kosakenschwadronen aus Ostpreußen hinauswarf. Leider gab es 1944/45 in Ostpreußen keinen zweiten Hindenburg, der die russische Dampfwalze stoppen konnte.

Bundespräsident Gauck wird es auch nicht leicht haben. Er wird besonders in Mitteldeutschland von vielen abgelehnt. Man meint, er rede zwar viel von Freiheit, sei aber für die Hartz-IV-Gesetze, für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan und hätte erst im Herbst 1989 den Schutz der Kirche verlassen und sein Herz für die Opposition entdeckt. Auch meint man, dass einem Pfarrer das Sakrament der Ehe viel bedeutet.

Bernhard Ax, Halle

Leckerbissen

Zu: „Moment mal!“ (Nr. 11)

Nachdem ich Klaus Rainer Röhl schon als Student in Göttingen in „konkret“ mit mehr oder (meist) weniger Zustimmung gelesen habe, schlage ich heutzutage als Abonnent der *PAZ* immer zuerst die Seite 8 auf, um zu sehen, ob „Moment mal!“ da ist. Das ist immer ein besonderer Leckerbissen, weil Röhl die wichtigen Fragen der Gegenwart auf den Punkt bringt.

Dr. Hans Georg von Heydebreck, Stadthagen

Tapferes Polen!

Zu: „EU will Polen disziplinieren“ (Nr. 11)

Ein Verband, einst ins Leben gerufen, um ein friedliches Zusammenleben der Völker Europas zu gewährleisten, wird nun zu einem Instrument, mit dem man einzelne Länger knechten kann – es ist eine Schande! Und ich hätte es nicht für möglich gehalten, dass wir einmal auf die Standhaftigkeit Polens setzen müssen, um so unsinnige Vorhaben wie einen angeblichen Klimaschutz zu verhindern. Ich hoffe, dass die polnische Regierung tapfer durchhält!

Jochen Reimar, Berlin

Zeit zur Trauer nehmen

Zu: „Bizarre Trauer“ (Nr. 7)

Auf dem Ostpreußentreffen 2011 in Erfurt hat Erika Steinbach den Goethepreisträger Raymond Aron zitiert: „Der Charakter und die Selbstachtung einer Nation zeigen sich darin, wie sie mit ihren Opfern der Kriege und mit ihren Toten umgeht.“

Egal ob Dresden oder der Soldatenfriedhof in Halbe, zuerst wird heute danach gefragt, ob auch die Rechtsextremen den Gedenktag zu einer Demo nutzen. Fürwahr bizarr, dass an einem 13. Februar in Dresden 6000 Polizisten aufgeboten wurden, um 200 bis 300 Rechte abzuschirmen oder aber von linker Gewaltbereitschaft fernzuhalten.

Wo waren denn die Dresdener an diesem Tag? In einer Großstadt wie Dresden gab es gerade einmal doppelt so viele Trauernde wie Ordnungshüter. Im Bewusstsein, an ein Kriegsverbrechen zu erinnern, das nicht Kriegsverbrechen genannt werden darf, einfach und offen die Dinge zu benennen die vor 67 Jahren passiert sind – das wäre wahre Größe gewesen, auch von einem Ersten Bürgermeister.

Wir Deutschen sollten uns an so einem Tag angewöhnen, auch anderen Nationen den Spiegel vors Gesicht zu halten und uns das Recht und die Zeit zur Trauer nehmen.

Es hätten Hundertausende Trauergäste sein müssen, die auf den Straßen der betroffenen Innenstadt und an der Elbe der Opfer gedacht hätten, da wären 200 oder 300 Rechte hoffnungslos verloren gewesen.

Andreas Weiß, Berlin

Protestieren Sie!

Zu: „Kohls fataler Irrtum“ (Nr. 9)

Dass in unserem Land etwas faul ist, spüren viele Bürger schon seit langem. Dass aber unser Land von einem Bankrott ernsthaft bedroht ist wegen der unverantwortlichen Maßnahmen des Chefs der Europäischen Zentralbank und gewissenloser Regierungen südeuropäischer Staaten, diese Nachricht wird viele überraschen. Leider trifft unseren Bundestag auch eine gehörige Mitschuld, indem er der Bundeskanzlerin zu lange kritiklos und blind gefolgt ist.

Jetzt hilft uns nur noch energischer Widerstand gegen die Blindheit und Naivität unserer Politiker. Desgleichen müssen wir einigen der Euro-Staaten signalisieren, dass wir es satt haben, weiterhin den Zahlmeister zu spielen. Diese meinen, wir haben keine andere Wahl. Die Wirklichkeit sieht anders aus.

Es gibt gottlob den Computer, der jedem, der wissen will, was los ist, Auskunft erteilt, der jedem erlaubt, seinem Abgeordneten mitzuteilen, was er will. Der ihm Auskunft gibt über wichtige Zusammenhänge, über die die landläufige Presse nur unzureichend berichtet. Es geht um den ESM-Vertrag und um unsere Zukunft.

Der Computer bietet eine billige und zuverlässige Quelle der Information. Die Internet-Adresse lautet: www.abgeordneten-check.de. Und bedenken Sie bitte: Ohne unseren Protest ändert sich totsicher gar nichts.

Rudolf H. Doblin, Osterholz-Scharmbeck

Ehrlicher werden

Zu: „Schulpolitik in der Sackgasse“ (Nr. 10)

Ist es nicht erschreckend, dass wir nach über 40 Jahren immer noch die gleichen Probleme haben? Dabei ist es ganz einfach. Jeder Mensch ist wichtig, sollte gleich viel wert sein in unserer Gesellschaft! Leider möchten nur ganz wenige diese Wahrheit leben. Sie werden gezwungen durch Vorgaben, ihre Talente und Begabungen zu verschweigen. Somit passen alle schön ordentlich in viele kleine Schubladen. Wir schreiben, reden und nur wenige packen es an! Bin sehr neugierig, wie lange dies noch so weiter gelebt wird. Ich wünsche mir, dass die Menschen wieder ehrlicher zu sich und zu anderen werden.

Patricia Salberg, Berlin

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 13 – 31. März 2012

MELDUNGEN

Aufrüstung geplant

Königsberg – Die Ausrüstung der im Königsberger Gebiet stationierten russischen Truppen soll grundlegend modernisiert werden. Das teilte der Kommandierende General des westlichen russischen Militärbezirkes, Generaloberst Arkadij Bachin, mit. Bis zum Jahr 2020 ist geplant, insgesamt sieben Zehntel der militärischen Ausrüstung im Königsberger Gebiet zu erneuern. Noch in diesem Frühjahr werden im Königsberger Gebiet Raketenabwehrsysteme vom Typ S-400 „Triumph“ stationiert, mit denen man den augenscheinlich gegen Russland gerichteten Rüstungsprogrammen der USA im östlichen Europa begegnen will. Die Marine in Königsberg soll ab diesem Frühjahr zwei moderne Atom-U-Boote vom Typ 955 sowie vier Kriegsschiffe übernehmen. Beim Heer der Exklave sollen 100 in Russland hergestellte gepanzerte Fahrzeuge des zum Fiat-Konzern gehörenden italienischen Nutzfahrzeugherstellers „Iveco“ eingeführt werden. *T.W.W.*

Enzyklopädien der Verwaltung

Königsberg – Die Königsberger Gebietsverwaltung hat eine offizielle „Große Enzyklopädie der Kaliningrader Oblast“ herausgegeben. Das Werk behandelt in etwa 2500 Artikeln die Geschichte des Königsberger Gebietes zwischen 1945 und 2010 und wurde in mehr als vierjähriger Arbeit von über 50 Autoren erstellt. Der einzige behandelte deutsche Ostpreuße ist der Königsberger Pastor Hugo Link, der bis zu seiner Vertreibung im sowjetisch besetzten Königsberg als Seelsorger wirkte. Zeitgleich gab die Gebietsverwaltung eine Enzyklopädie der „Kleinstädte in der Kaliningrader Oblast“ heraus, die im Gegensatz zum erstgenannten Werk auch die Zeit vor der sowjetischen Besetzung aufgreift. *T.W.W.*

SAS bietet neue Flüge an

Königsberg – Die skandinavische Fluggesellschaft SAS bedient jetzt wieder die Linie Kopenhagen–Königsberg. Ein Flugschein für die einfache Strecke kostet dabei gut 100 Euro in der Economy-Klasse. Flüge werden zunächst jeweils mittwochs angeboten. Für die Zukunft wird eine Erhöhung der Flugfrequenz angestrebt. *T.W.W.*

Rohrbruch im Staatsarchiv

Königsberg – Im Königsberger Staatsarchiv hat es einen Wasserrohrbruch gegeben. Dabei wurde eine bisher unbekannte Anzahl an Dokumenten aus sowjetischer Zeit beschädigt. Bereits im Jahre 2006 war es im chronisch unterfinanzierten Staatsarchiv zu einem Wasserschaden gekommen. Damals wurden über 1500 Dokumente zerstört. *T.W.W.*

Kampf für ein Stück altes Königsberg

Mit dem Oberrollberg 2/4 ist eines der letzten älteren Häuser aus der Vorkriegszeit vom Abriss bedroht

Die offizielle Internetseite der Königsberger Stadtverwaltung lässt einen Abriss des in der Altstadt stehenden Gebäudes befürchten. Doch es regt sich Widerstand unter den Bewohnern.

Das Gebäude ist Ende des 18. Jahrhunderts erbaut worden und liegt in einer Ecke Königsbergs, in der sich die Atmosphäre und das Kolorit des alten Königsbergs erhalten haben. Heute sind in dem Gebäude, an dem seit Jahrzehnten keine Reparaturen mehr durchgeführt wurden, die Büros einiger Firmen, aber auch von Nichtregierungsorganisationen (NGO) untergebracht. Als der Leiter einer dieser Organisationen

Widerstand seitens der Mieter

über die offizielle Internetseite der Stadtverwaltung davon erfuhr, dass das Gebäude zum Verkauf an möglichst einen Investor angeboten wird, hat ihn dieses zutiefst beunruhigt. Wenn ein einzelner Käufer das Haus erwerben würde, wäre nämlich damit zu rechnen, dass dieser es nicht restaurieren, sondern eher abreißen lässt, um ein Grundstück in bester Lage im Stadtzentrum für eigene Zwecke nutzen zu können.

Die Vertreter aller im Oberrollberg [Copernicusstraße] 2/4 untergebrachten NGOs beschlossen deshalb, sich für den Erhalt des Gebäudes einzusetzen, indem sie beantragten, es in die Liste der zu erhaltenden Architekturdenkmäler aufzunehmen. Ein neuer Eigentümer müsste dann die Richtlinien des Denkmalschutzes einhalten und sich zum Erhalt des Gebäudes in seiner ursprünglichen Form verpflichten. Ein Abriss wäre damit nicht mehr möglich.

Daraufhin dementierten die Abgeordneten des Kreisrates der Stadt Königsberg das Gerücht, dass das alte Königsberger Gebäude abgerissen werden solle. Die Abteilung der staatlichen Denkmalschutzbehörde bei der Regionalregierung beteuerte, es sei schon seit langem vorgesehen, das Gebäude unter Denkmalschutz zu stellen, und deshalb auch die eine Akte mit den notwendigen Dokumenten erstellt worden. Nun ist geplant, das Haus von Spezialisten aus Moskau oder St. Petersburg begutachten zu lassen. Wenn sie ihre staatliche kulturhistorische Expertise erstellt haben, soll die endgültige Entscheidung über den Zustand und den Wert des Hauses fallen.



Oberrollberg 2/4: Zu den Mietern des Hauses gehören neben Firmen auch Nichtregierungsorganisationen

Bild: Tschernyschew

Der Kulturbeauftragte des Gouverneurs ging noch einen Schritt weiter. Er regte an, nicht nur das eine Gebäude, sondern auch die angrenzenden Nachbarhäuser aus der Vorkriegszeit unter Denkmalschutz zu stellen.

Der Oberrollberg, in dem das Haus steht, liegt in einem der ältesten Stadtteile der Altstadt, deren Besiedlung bereits im 14. Jahrhundert begann. Auf der Anhöhe in der Nähe des Pregels entstanden Häuser und später auch die Straße Oberrollberg. Der Stadtteil wuchs schnell und war im 19. Jahrhundert fast vollständig mit kleinen Häusern bebaut, die von Zeit zu Zeit umgebaut wurden.

Einige Historiker glauben, dass sich unter dem Gebäudefundament noch Kellerräume oder Reste noch älterer Häuser befinden, die von kulturhistorischem und stadtgeschichtlichem Interesse sein könnten.

Jurij Tschernyschew

Neuer Rektor für Universität in Allenstein

Ryszard Górecki will die Forschung und die Naturwissenschaften fördern

Der Professor Ryszard Górecki ist für eine Amtszeit von vier Jahren zum Rektor der Ermländisch-Masurischen Universität (UWM) in Allenstein gewählt worden. Eine Zäsur ist nicht zu erwarten. Vielmehr erklärte der Frischgewählte, der dieses Amt bereits von 1999 bis 2008 ausgeübt hat, sein Interesse an einer Zusammenarbeit mit seinem Vorgänger, dem Professor Józef Górniewicz.

Von den 3000 Mitarbeitern und 30 000 Studenten der UWM waren 400 zur Wahl zugelassen. Die Hälfte der Wahlberechtigten stellte die Gruppe der Wissenschaftler mit Professorentitel oder einer Habilitation. Rund ein Viertel machten die übrigen in Forschung und Lehre tätigen Wissenschaftler aus. Der Rest der Stimmberechtigten entfiel auf die Studentenschaft sowie das technische- und Verwaltungspersonal. Nach einem langwierigen Verfahren gewann Górecki bereits im ersten Wahlgang mit knapper Mehrheit. Im Anschluss an seine Wahl stellte er sein Führungsteam vor und schlug vor, seinen noch bis Ende September im Amt verbleibenden Vorgänger mit einer Ehrenstelle im Senat sowie der Stelle eines Sonderberaters an der Hochschule zu versorgen. Górniewicz lehnte dieses jedoch ab und bekundete vielmehr seinen Willen, sich künftig ausschließlich Aufgaben im Bereich der Forschung und Lehre zu widmen.

Sodann präsentierte der neu gewählte Rektor seine Pläne und Vorhaben für die Weiterentwicklung der einzelnen Fakultäten. Mit der Begründung sinkender Bewerberzahlen für ein Studium sprach er sich für eine Stärkung der Forschung auf Kosten der Lehre aus. Des Weiteren sprach er sich für eine Förderung der Naturwissenschaften aus. Insbesondere sollen zukunftsorientierte Studiengänge wie Humanmedizin, Biotechnologie, Ernährungs-

Knappe Mehrheit im ersten Wahlgang

wissenschaften und Ingenieurwesen gefördert werden als Fachrichtungen, deren Absolventen in der Volkswirtschaft im In- und Ausland am schnellsten eingesetzt werden können. Als wichtige Maßnahme zur Karriereförderung der Hochschulabsolventen betrachtet Górecki die Vermittlung von Fremdsprachenkenntnissen. Auf einem Treffen während der Wahlkampagne unterstrich er die Wichtigkeit von Englisch als erster und Deutsch als zweiter Fremdsprache, wobei er die Sprache des direkten westlichen Nachbarn für besonders wichtig hält. Die Verbesserung der Kenntnis dieser Sprachen soll unter anderem durch das Engagement der entsprechenden Lehrstühle für englische und deutsche Philologie sowie den weiteren Ausbau des Fremdsprachenunterrichts erreicht werden.

Des Weiteren stehen auf der Agenda einige wichtige Bauvorhaben, die teilweise noch in der Planung, teilweise bereits vor der Ausführung stehen. In erster Linie sollen neue Gebäude für die Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaftlichen Fakultäten errichtet werden. Dafür müssen zunächst hohe Zuschüsse gewonnen, eventuell auch Kredite aufgenommen werden. Nach der Fertigstellung eines neuen Baukomplexes im vergangenen Jahr, in dem das Informatikzentrum für die gesamte Region untergebracht ist, der Instandsetzung der Untersuchungshalle für Ernährungswissenschaften und der Übergabe einer neuen Schwimmhalle im Februar dieses Jahres soll damit ein weiterer Schritt in Richtung

Górecki stand bereits von 1999 bis 2008 an der Spitze der Uni

Ausbau dieser wichtigsten Hochschule zwischen Warschau und Danzig getan werden. Mit dem Vorantreiben wissenschaftlicher Untersuchungen und einer zukunftsorientierten Lehrtätigkeit soll der weitere Aufstieg der Universität vorangebracht werden. Eines der Hauptziele sieht Górecki in einer weiteren Rangerhöhung der UWM, die heute zwischen Platz 33 und 35 unter allen Hochschulen in der Republik Polen rangiert. Unter den zurzeit 20 bestehenden Universitäten der Republik, die über ein volles wissenschaftliches Forschungsspektrum verfügen, nimmt die Allensteiner Alma mater einen sehr hohen Platz ein und folgt traditionsreichen Unis wie der Krakauer, Warschauer, Posener, Breslauer, Thorner, Lubliner, Lodzer, Danziger und Kattowitzer. Auch wenn die Allensteiner Uni erst 1999 aus dem Zusammenschluss der früheren Pädagogischen Hochschule, der Landwirtschaftlich-Technischen Akademie und dem Priesterseminar entstanden ist, konnte sie sich mit ihren unverkennbaren Leistungen und internationalem Prestige längst behaupten und inzwischen die Universitäten von Stettin, Bromberg, Grünberg, Oppeln, Kielce oder Bialystok weit abhängen. Der Grund für diesen spektakulären Erfolg liegt vor allem in dem vielfältigen Angebot an Studiengängen und dem hohen Ansehen mehrerer naturwissenschaftlicher Fächer im internationalen Vergleich. Nicht minder um eine internationale Zusammenarbeit und eine damit verbundene Anerkennung sind auch die geisteswissenschaftlichen Fakultäten bemüht. Als sichtbares Zeichen für die engen Kontakte zur Bundesrepublik Deutschland sei eine mit deutschen Theologen geplante Tagung genannt, die im September dieses Jahres an der Fakultät für Theologie der UWM stattfinden wird.

Grzegorz Supady



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

sie ist schon eine Wissenschaft für sich, die ostpreußische Namenskunde. Nicht nur die drei- oder viermaligen Umbenennungen, dazu noch in andere Sprachen, machen Schwierigkeiten. Es kommt noch die Unleserlichkeit alter Urkunden hinzu, die in deutscher Schrift gehalten sind. Und jetzt macht sich immer mehr bemerkbar, dass manche Namen nur mündlich weitergegeben wurden, und die Nachgeborenen können nicht mehr enträtseln, wo ihre Vorfahren herkommen. Da beginnt das Suchspiel mit allen möglichen Irrungen und Verwirrungen, und schließlich heißt es: Ostpreußische Familie hilf! Und sie tut es, wenngleich es auch bei ihr manche Holzwege gibt. Aber *wie* sie es tut, mit welcher Mühe, welchem Eifer, welcher Akribie – das ist schon bewundernswert.

Blättern wir da einmal als Beispiel die „Suchfrage **Elfi Damian**“ auf. Die 90-jährige Hamburgerin hat mütterlicherseits ostpreußische Vorfahren, und wir hatten schon einmal nach deren Herkunftsorten gefragt, leider ohne Erfolg. Dann erschien kurz vor Weihnachten ein Bericht in der *PAZ* über diese agile Ostpreußin als Deutschlands aktivste Wahlkampfhelferin, in dem auch erwähnt wird, dass Frau Damian noch immer den Ort Kanischken sucht, das Heimatdorf ihrer Großmutter. Sie war vor einigen Jahren mit ihrem Sohn nach Ostpreußen gereist und sie hatte nach diesem und weiteren Orten geforscht, aber die Suche erwies sich als mühsam und führte lediglich zu Teilergebnissen. So erwähnte unsere Redakteurin **Manuela Rosenthal-Kappi** in dem Bericht, dass Frau Damian weiter nach „Kanischken“ sucht, denn sie will trotz ihres hohen Alters noch einmal nach Ostpreußen reisen, die Spurensuche gibt ihr keine Ruhe. Das ließ unsere Leserinnen und Leser auch nicht ruhen, sie suchten mit, aber der Ort „Kanischken“ war nirgends zu entdecken. Also gab es Vermutungen: Es könnte sich bei dem Geburtsort ihrer Großmutter um „Kallnischken“ im Kreis Pillkallen handeln, der 1938 in Hohentann, Kreis Schloßberg umbenannt wurde, so meinte Herr **Klaus Walter Perkuhn**. Andere Zuschriften wiesen auf Kanitzken, Kreis Marienwerder hin. Diesem Ort galt auch ein mehrseitiger Beitrag von Frau **Margot Jäger** aus Bad Oldesloe, der das schönste Beispiel für „Familienhilfe“ ist. Frau Jäger legte nicht nur einen Lageplan des Dorfes Kanitzken vor, das 1938 in Kunkenau umgetauft worden war, sondern auch eine eingehende Dokumentation über den 400 Seelen zählenden Ort mit einer Auflistung aller Gehöfte und Häuser mit den Namen der Besitzer und Bewohner sowie Aufnahmen, darunter von einem einzigartigen Vorlaubenhaus, dem letzten seiner Art in der Marienwerder Niederung. Frau Damian hätte also mühelos das Haus ihrer Großeltern ausmachen können, wenn ... ja, wenn Kanitzken das gesuchte Kanischken gewesen wäre – war es aber leider nicht. Wie es sich herausstellte, hatte Herr Perkuhn Recht: Kallnischken/Hohentann ist es. Aber ich werde Ihren Beitrag, liebe Frau Jäger, als Musterbeispiel für mithelfende und mitdenkende Familienarbeit bewahren. Und es könnte ja durchaus sein, dass sich jetzt jemand aus Kanitzken/Kunkenau meldet, weil es der Heimatort seiner Vorfahren ist.



Internierte des dänischen Flüchtlingslagers Silkeborg-Bad

Bild: privat

Aber Frau Damian hat noch ein anderes Problem: Sie sucht Angaben über das Gut Sarken bei Lyck, das auch in ihrer Familiengeschichte eine Rolle spielt, denn der Großvater musste als 17-Jähriger den Ort verlassen. Besonders erfreut wäre sie über Aufnahmen von dem Gut. Trotz ihres hohen Alters will die rege Hamburgerin in diesem Jahr noch einmal nach Ostpreußen reisen, denn die Heimat ihrer Großeltern lässt sie nicht mehr los. (Elfi Damian, Malhaus 20 in 22159 Hamburg, Telefon 040/6433312.)

Auch Herr **Siegfried Westermann** aus Sankt Augustin will im Juni eine Reise in das südliche Ostpreußen machen, ebenfalls auf „großmütterlichen“ Spuren, denn seine Großmutter **Anna Charlotte Weiß** wurde in Adamsheide, Kreis Osterode geboren. Dort will er nun versuchen, etwas über seine Ururgroßeltern Weiß zu erfahren, und deshalb trug er seinen Wunsch vor, Ostpreußen aus dieser Gegend kennenzulernen, die ihn beraten könnten. Und es hat geklappt, schon kurz nach der Veröffentlichung in unserer Kolumne. Ein Leser meldete sich bei ihm und konnte ihm gute Informationen geben, auch einen für Herrn Westermann besonders wichtigen Hinweis auf einen in Liebemühl lebenden Bekannten, der mit seinem Wagen deutsche Besucher zu ihren gewünschten Zielen fährt und sich schon bei mancher Spurensuche als hilfreicher und kundiger Begleiter erwiesen hat. Außerdem bekamen wir einen sehr interessanten Hinweis auf eventuelle in Westdeutschland lebende Verwandte von Herrn Westermann, dem augenblicklich nachgegangen wird.

Welche Stolpersteine es bei der Ahnensuche geben kann, hat Frau **Karin David** aus Dreggers zu spüren bekommen. Und wieder handelt es sich um die Großeltern mütterlicherseits, allerdings geht es neben korrekturbedürftigen Ortsangaben hauptsächlich um einen ungeklärten Familiennamen. Diese verzwickte Situation können wir vom Schreibtisch aus natürlich nicht lösen, aber vielleicht wissen unsere Leserinnen und Leser Wege, wie Frau David weiterkommen kann. Es geht um den Geburtsnamen ihrer Mutter **Helene Anna**, der einmal mit Fritzler und dann mit **Wolski** angegeben ist. Diese unterschiedlichen Namen sind aus zwei Urkunden ersichtlich. Die eine ist die Heiratsurkunde von Frau Davids Onkel **Hans Fritzler**, Bruder ihrer Mutter, der am 25. Oktober 1940 auf dem Standesamt Amtshagen die Wirtin **Frida Millnat** heiratete. Als Eltern des Mannes sind **Johann Fritzler**, *1874 in Skaisgirren und **Anna Dalisda**, *Januar 1880, angegeben, die am 1. Juli 1907 auf dem Standesamt Birkenmühle (Mehlkehmen) geheiratet haben. Das sind also die Großeltern von Frau David, aus deren Ehe neben dem Sohn Hans auch die Tochter Helene Anna hervorging. In dem zweiten Dokument, der Sterbeurkunde von Frau Davids Mutter **Helene Anna Klagge**, ausgestellt am 14. Juni 1993 vom Standesamt Wankendorf, steht allerdings ein anderer Geburtsname vermerkt: Wolski. Als ihr Geburtsort wird Kalkhöfen, Kreis Ebenrode, genannt. Da aber Helene Anna am 29. September 1918 geboren wurde, muss es sich um das damalige Aschlauken, Kreis Stallupönen handeln. Vielleicht trugen diese anscheinend nicht überlieferten alten Ortsnamen dazu bei, dass Frau David in ihrer Suche nach dem richtigen Mädchennamen ihrer Mutter bisher nicht weiter kam. Die Frage aber bleibt: Wie kommt Helene Anna zu dem Namen Wolski? Um eine voreheliche Geburt kann es sich ja nicht handeln, da zu der Zeit die Eltern bereits elf Jahre verheiratet waren. Frau David erklärt, ihr sei immer erzählt worden, dass ihre Mutter aus Erbschaftsgründen adoptiert wurde und deshalb den Namen Wolski annehmen musste. Ob, wo und wann diese Adoption stattgefunden hat, ist unbekannt. Vielleicht können hierzu Familienforscher, die sich vor allem mit dem Kreis Stallupönen/Ebenrode beschäftigt haben, oder ehemalige Mehlkehmer Hinweise geben? (Karin David, Dorfstraße 6b in 23845 Dreggers, Telefon 04550/985637, E-Mail: karin-david@web.de.)

Bei dem Suchwunsch von Herrn **Eduard Backensfeld** gibt es zum Glück keine irreführenden Orts- und Namensangaben, dafür fehlen leider genaue Zeitangaben, was die Sache auch nicht leichter macht. Herr Backensfeld, der durch einen ehemaligen Klassenkameraden angeregt wurde, eine Familienchronik zu schreiben, stieß schon zu Beginn auf erhebliche Lücken, welche die mütterliche Linie betreffen. Seine Großeltern haben zeitweise in Königsberg gewohnt, wie auch einige alte Fotos belegen. Um da weiterzukommen, nahm Herr Backensfeld an einem Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen teil und erhielt dort den Rat, sich an die Ostpreußische Familie zu wenden – was er ja nun tat. Sein Großvater Dr. jur. **Hugo Reichelt**, *9. April 1868 in Sczyglowitz in Oberschlesien, war zeitweilig als Regierungsdirektor im Kirchen- und Schulamt in Königsberg tätig. Seine Großmutter stammte ebenfalls aus Schlesien, sie wurde am 28. August 1885 in Neiße geboren. Das Ehepaar hatte fünf Kinder: **Hermann**, **Gertrud**, **Ingeborg**, **Werner** und **Annemarie**. Durch die ständige Versetzung ihres Vaters wurden sie alle in verschiedenen Städten geboren. Die Jahre, die die Familie Reichelt in Königsberg verlebt hat, lassen sich nicht bestimmen, es müssen die Mittzwanziger gewesen sein, denn etwa 1929 wurde Dr. Reichelt nach Münster versetzt. Herrn Backensfelds Mutter Gertrud hat wohl in Königsberg herrliche Kindertage verlebt, sie schwärmte ihr Leben lang von den wundervollen Sommern in Ostpreußen. Einige ihrer Geschwister müssen in Königsberg zur Schule gegangen sein, vielleicht gibt es noch ehemalige Mitschüler, die sich an die Reicheltskinder erinnern. Das sind alle Angaben, die Herr Backensfeld machen kann, viel ist es wirklich nicht, aber vielleicht findet unsere Ostpreußische Familie auch für dieses noch sehr lückenhafte Mosaik einige Steinchen. (Eduard Backensfeld, Eichenallee 12 in 41469 Neuss, Telefon 02137/2269.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede — Bild: Pawlik

Sehr schnell und sehr froh über meinen Beitrag in Folge 10 über die in Dänemark internierten Flüchtlinge hat sich Frau **Brigitte Havertz** bedankt. Sie teilt uns mit, dass sie bereits einige „tolle Gespräche“ führen konnte. Leider gab es aber bisher keine Information zu den abgebildeten Lagerinsassen, aber wir wollen weitersuchen. Deshalb heute ein neues Foto mit der alten Frage: Wer erkennt sich, seine Familienangehörigen oder andere Lagerbewohner auf diesem Foto? (Brigitte Havertz, Büchelstraße 22 in 42855 Remscheid, Telefon 02191/5923487.)

Und nun komme ich auf ein Schreiben von Herrn **Heinz Schön** aus Bielefeld zu sprechen, das mir besonders am Herzen liegt. Herr Schön ist Kriegsblinder und organisiert für den Bund der Kriegsblinden Deutschlands e.V. Kulturprogramme, die vor allem mit Vorträgen und musikalischen Darbietungen gestaltet werden. In jedem Jahr findet im Kursanatorium Hochsauerland, dem Haus der Kriegsblinden in Brilon, eine landschaftlich bezogene Veranstaltung statt. In diesem Jahr steht Ostpreußen auf dem Programm, und Herr Schön ist dabei, die vom 30. Oktober bis 4. November stattfindende Kulturtage vorzubereiten. Er wandte sich nun an mich mit der Bitte, ihm kulturell für Ostpreußen tätige Personen zu nennen, die bereit wären, bei dieser Veranstaltung mitzuwirken. Das Programm ist noch völlig offen, die Hauptinteressen der Veranstalter gelten Referaten über die Geschichte Ostpreußens, kulturellen Vorträgen, Lesungen und mundartlichen Darbietungen mit Gesang und Tänzen. Ja, auch mit Tänzen, denn außer den kriegsblinden Hausgästen nehmen ihre sehenden Begleitpersonen und die Witwen der verstorbenen Kriegsblinden an dieser mehrtägigen Veranstaltung teil. Sie bilden einen besonders aufmerksamen Zuhörerkreis und sind dankbar für jeden Beitrag, der ihnen Wissenswertes auf unterhaltsame Art vermittelt. Auf diesen Ostpreußentagen im Haus der Kriegsblinden durften natürlich die mundartlichen Darbietungen im Vordergrund stehen, die Sprache vermittelt am besten die Eigenarten eines Landes, bietet auch ohne sichtbare Darstellung einen tiefen Einblick in die Volksseele. Einige Mitwirkende haben schon zugesagt, darunter auch der Schauspieler Herbert Tennigkeit, aber fünf Tage „Ostpreußen“ wollen gestaltet sein. Nun gibt es mit Sicherheit in nicht allzu großer Entfernung vom Veranstaltungsort künstlerisch ambitionierte Ostpreußen, die sich auf bestimmte Themen spezialisiert haben und Heimatabende mitgestalten, allein oder in einem Chor oder einer Tanzgruppe. Was wären manche Heimattreffen ohne diese aktiv Mitwirkenden! Diese Protagonisten will ich im Auftrag von Herrn Schön ermuntern, sich an den Ostpreußentagen im Kursanatorium Sauerland zu beteiligen. Unkosten werden selbstverständlich erstattet, über nähere Einzelheiten kann Herr Schön Auskunft geben. (Heinz Schön, Bezirksvorsitzender Bielefeld im Verband der Kriegsblinden e.V., Stieglitzweg 3 in 33607 Bielefeld, Telefon 0521/2701671, Telefax 0521/9863937, www.kriegsblindenbund.de)

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Ons lewet Brotke

So wie tohuus schmeckt es am besten

Ein lieber Frühlingsgruß kam zu mir ins Haus, ein kleines gepresstes Veilchensträußchen aus dem Garten von Frau **Christel Glindemann** in Meine. Als Dank für meine „trautste“ Geschichte „Veilchen vom Litauer Wall“, die Frau Glindemann, nachdem sie im *Ostpreußenblatt* erschienen war, kopiert und an Landsleute geschickt hat, die unsere Zeitung nicht abonniert haben – „oft unverständlich“, wie sie kommentiert. Sie besitzt noch alle Ausgaben, die sie von ihren Eltern übernommen hat, und die sind für sie bewahrte Heimat. Und wecken immer wieder Erinnerungen, so dass sie selber zur Feder greift und aufschreibt, wie das Leben daheim in Mallenuppen, Kreis Darkehmen (Gembern, Kreis Angerapp) gewesen war. Christel, eine geborene **Perplies**, erzählt im heimatlichen Platt, weil sie sich auch über meine Ohm-Willem-Geschichte gefreut hat, und übersandte mir ihr Vertellke über das Brotbacken daheim und nach der Flucht. Und weckt damit nicht nur bei mir Erinnerungen, sondern auch bei anderen Landsleuten, und deshalb lasst uns über „dat lewe Brotke e bätke plachandre“.

Brotbacken war „Fruenssach“, auch bei der Familie Perplies, obgleich Urgroßvater und Großvater Bäckermeister in Darkehmen gewesen waren. „Min Opa wär nich gern Bäcker. He freid dänn ook e Buerdochter on koarter Hand ward de Bäckerie verkofft on e Buerhoff en Mallnuppe jekofft.“ Frau Glindemann erzählt dann, wie der Teig für das Grobrot aus Roggenschrot zubereitet wurde. „Am Oawend vär dem Backdach wurde der Suerdechstop (Sauerteigtopf mit etwas Teig vom letzten Backen) ute Spieskoamer jehoalt, fresch angesetzt (mit Wasser, Schrot und Sauerteig) on dänn tojedeckt oppem Herdrand tom Goahne warmjestellt.“ Am anderen Morgen wurde im großen Brottrog angeteigt mit Schrot, Wasser, Salz und dem aufgegangenen Sauerteig. Und dann begann die schwere Arbeit: „Et ward jekneet bes de Händ blank weere vom Deech. De wurd dänn möttem Brotdook tojedeckt on annem warme Platz jestellt tom Goahne. So noa dree Stund wurd wedder jekneet und de Brotkes jeformt.“ Ja, das war Schwerstarbeit für die Frauen, und ich kann verstehen, dass meine Urgroßmutter behauptet haben soll, sie bekäme lieber ein Kind als einen Trog Brot auszukneten! Nachdem die Brote geruht hatten, wurden sie auf einen „Schuwer“ gelegt und in dem großen Küchenherd in der gemauerten Backröhre, die mit Holz geheizt wurde, stundenlang gebacken. Vorher war in jeden Laib der erste Buchstabe des Namens von einem lieben Menschen, an den man gerne dachte, eingedrückt. Wenn noch genug Hitze im Ofen war, wurden noch Fladen, Stritzel und „Kuckel“ gebacken. (Nach den letzten Resten, dem „Nachschrapselchen“, jieberten immer die Kinder. Dieses Wort übertrug sich in kinderreichen Familien auf die Allerjüngsten. Auch ich war einmal so ein Nachrapselchen!)

Weiter zur Familie Perplies. Brot, Wurst und Rauchfleisch wurden dann auch in eine große Milchkanne gesteckt, als es auf die Flucht ging. Die Familie lebte davon, bis sie den Fluchtwagen stehen lassen musste und allein mit den Pferden weiterzog. Wie kostbar war damals und in den folgenden Hungerjahren ein Stück Brot. „So mancher hät enne größte Not das Beede on Danke jelehrt dorch e Stöckke Brot!“, schreibt Christel Glindemann in einem Gedicht. Und als sie endlich eine feste Bleibe und sogar einen Herd hatten, wurde wieder Brot gebacken – dank der auf den abgeernteten Feldern gestoppelten Ähren. Die ausgepulten Körner wurden in der Kaffeemühle gemahlen. Die war eine der ersten Anschaffungen, denn zum Kaffeekochen wurde Gerste gebrannt und gemahlen. Wenn das Mehl nicht reichte, wurde der Teig mit Kartoffeln gestreckt. Und weil auf dem kleinen Herd die Schüssel mit dem Teig zum Warmstellen keinen Platz hatte, wurde sie in Opas Pelzweste eingewickelt. Not macht eben erfinderisch. Aber lassen wir Christel Glindemann zu Ende erzählen:

„On so ging et emmer e betke wieder. Dat Brotbacke ward jemoakt wie tohuus. Als Omas Hände es nich mehr schaffde to kneete, hät mine Mutter fär ons jebacke, bis noah langer Tied ook ehre Händ meed wurde. Doa wär de Reej an mie, emmer noah de ole Oart on Wies. Joa, on nu wölle mine Händ ook nicht mehr so. Eck frei mi oawer, datt das Backe wieder jeiht, denn ons Dochter on ehre Familie backe ook Brot, bloß e bätke andersch. Mie schmeckt min Brotke ut Schrot, Woater, Sold on Suerdeech emmer noch am beste ...“

Schließen wir diese liebevoll für unsere Ostpreußische Familie aufgeschriebene Erinnerung an das Brotbacken mit dem Spruch, der tohuus gesagt wurde, wenn die Laibe – mit drei Kreuzen versehen – im Ofen waren und Gottes Segen erbeten wurde: „Dat Brot es em Oawe, de leewe Gottke es boawe“!

R.G.

Wir gratulieren ...

ZUM 101. GEBURTSTAG

Waldhof, Luise, geb. **Stankewitz**, aus Montzen, Kreis Lyck, am 7. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Nickel, Hildegard, geb. **Kessler**, aus Lyck, Danziger Straße 46, am 5. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Pidun, Wilhelm, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 6. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Nolte, Annemarie, geb. **Schrubba**, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 3. April

Woelke, Helene, geb. **Wolff**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 1. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Beinert, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 2. April

Boguschewski, Waltraut, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 7. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bernotat, Ernst, aus Ebenrode und Prostken, Kreis Lyck, am 7. April

Hennings, Waltraud, geb. **Wiesenberg**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Böhm, Eleonore, geb. **Maaß**, aus Lyck, am 2. April

Boehm, Paul, aus Podangen, Kreis Wormditt, am 6. April

Liebe, Dorothea, aus Friedeberg, Kreis Elchniederung, am 6. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bielert, Else, geb. **Sylla**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 7. April

Buttkus, Otto, aus Ruckenfeld, Kreis Elchniederung, am 8. April

Karkossa, Anna, geb. **Fortunewitz**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 7. April

Kläwer, Liesbet, geb. **Wendel**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. April

Kowalzik, Willi, aus Höhenwerder, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Meyer, Hildegard, geb. **Eckstein**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

Morzeck, Hedwig, geb. **Marklein**, aus Stuthenen, Kreis Heiligenbeil, am 3. April

Sickmann, Martha, geb. **Pawlowski**, aus Langenhöh, Kreis Lyck, am 8. April

Wellerdt, Emil, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 8. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Börschel, Ruth, geb. **Engelen**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 6. April

Brzoska, Walter, aus Ulleschen, Kreis Neidenburg, am 4. April

Girgsdies, Bruno, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 6. April

Joswig, Hedwig, geb. **Zapka**, aus Montwitz, Kreis Ortelsburg, am 2. April

Komaschewski, Hildegard, geb. **Juckschat**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 101, am 4. April

Makowka, Berta, geb. **Lojewski**, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 2. April

Neureiter, Hildegard, aus Hainau, Kreis Ebenrode, am 8. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Apfelbaum, Hedwig, geb. **Pillath**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Bauermeister, Irmtraut, geb. **Norkeit**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 3. April

Burzlaff, Christa, geb. **Zomm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. April

Deter, Friedel, geb. **Kalweit**, aus Großpreußenweit, Kreis Gumbinnen, am 8. April

John, Edelgard, aus Mointhienen, Kreis Ortelsburg, am 2. April

Lochner, Anna, geb. **Müller**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 4. April

Mahsalski, Edith, geb. **Thierbach**, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, am 2. April

Reimer, Gerhard, aus Schönwiese, Kreis Elchniederung, am 3. April

Timm, Adolf, aus Medenau, Kreis Samland, am 6. April

Zimmek, Lieselotte, geb. **Lehnert**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 3. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Broßeitis, Elsbeth, geb. **Barsuhn**, aus Kirschen, Kreis Elchniederung, am 8. April

Domnick, Charlotte, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 4. April

Dyck, Hella, aus Lyck, Prostker Vorstadt, am 4. April

Götze, Elfriede, geb. **Milewski**, aus Soffen, Kreis Lyck, am 5. April

Hardt, Ida, geb. **Hahn**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. April

Hess, Martha, geb. **Goetzke**, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. April

Hoffmann, Heinrich, aus Deumenrode, Kreis Lyck, am 4. April

Janiak, Gisela, geb. **Knapp**, aus Rossitten, Kreis Samland, am 4. April

Janz, Kurt, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 5. April

Kleimann, Martha, geb. **Itzek**, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 7. April

Klöhn, Margarete, geb. **Szielenkewitz**, aus Willkassen, Kreis Treuburg, am 6. April

Müller, Herta, geb. **Lange**, aus Schalben, Kreis Samland, am 8. April

Potapski, Elfriede, geb. **Lange**, aus Fuchshagen, Kreis Ebenrode, am 5. April

Rauch, Gertrud, geb. **Snoppek**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 5. April

Richter, Ursula, geb. **Brandstäter**, aus Ebenrode, am 2. April

Saborowski, Ida, aus Hornheim, Kreis Neidenburg, am 8. April

Tempel, Edelgard, geb. **Meißner**, aus Heiligenbeil, Am Sportplatz 15, am 4. April

Wolff, Wolfram, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 3. April

Wollenberg, Ursula, geb. **Scholz**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, am 6. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Anke, Gerda, geb. **Neumann**, aus Seerappen, Kreis Samland, am 7. April

Billmeyer, Elfriede, geb. **Zittlau**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 2. April

Böhm, Helmut, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 3. April

Brinsky, Hans, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 3. April

Dams, Horst, aus Grünwiese, Kreis Elchniederung, am 6. April

Deiß, Hildegard, geb. **Woykoss**, aus Keipern, Kreis Lyck, am 4. April

Dombrowski, Walter, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 2. April

Flasdick, Annemarie, geb. **Killburger**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 137, am 7. April

Greulich, Ursula, geb. **Krueger**, aus Groß-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. April

Handwerker, Rudolf, aus Hallenfelde/Steinbrück, Kreis Goldap, am 31. März

Hartmann, Lothar-Willi, aus Tapiau, Königsberger Straße, Kreis Wehlau, am 5. April

Heidenblut, Dorothea, geb. **Woywod**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 5. April

Hentzschel, Roland, aus Sprindlack, Groß Balzershof, Kreis Wehlau, am 4. April

Hübner, Rosa, geb. **Schönfeld**, aus Genslack, Neu Zimmau, Kreis Wehlau, am 6. April

Kanschick, Waltraud, geb. **Flach**, aus Raschen, Kreis Ebenrode, am 2. April

Kirstein, Karl-Heinz, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 8. April

Kulessa, Marga, geb. **Reinoß**, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, am 7. April

Marchlowitz, Willi, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 4. April

Neitz, Otto, aus Ebenrode, am 4. April

Oberpichler, Lieselotte, geb. **Hochmann**, aus Raineck, Kreis Ebenrode, am 4. April

Peltzer, Irene, geb. **Falk**, aus Gelitten, Kreis Treuburg, am 5. April

Possel, Gerda **von**, geb. **Perschel**, aus Fischhausen, Kreis Samland, am 7. April

Preuß, Reinhold, aus Neidenburg, am 3. April

Putzki, Gerda, geb. **Plaar**, aus Wehlau, Krumme Grube, Kreis Wehlau, am 4. April

Scharnowski, Erich, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 8. April

Schlakat, Hilde, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 2. April

Schlegelberger, Elfriede, geb. **Matern**, aus Königsberg Pr., An den Birken 3, am 24. März

Schweikart, Elfriede, geb. **Kirchberg**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 3. April

Surmeyer, Herta, geb. **Blasko**, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 3. April

Wenk, Elfriede, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Aichholzer, Helga, geb. **Komossa**, aus Lyck, am 8. April

Bach, Karl, aus Lyck, am 4. April

Baumgart, Rudolf, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Beck, Sigurd, aus Reuß, Kreis Treuburg, am 4. April

Braag, Siegfried, aus Wehlau, Freiheit, Kreis Wehlau, am 3. April

Brandt, Gerda, geb. **Wolff**, aus Goldbach Nord, Kreis Wehlau, am 4. April

Brinkmann, Siegfried, aus Frauenfließ, Kreis Lyck, am 7. April

Danowski, Kurt, aus Langheide, Kreis Lyck, am 8. April

Evert, Wera, geb. **Brothun**, aus Neidenburg, am 8. April

Falkuss, Waltraud, geb. **Czerulla**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Freitag, Gerda, geb. **Krause**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. April

Garnies, Lothar, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit und Königsberg Pr., am 5. April

Gesewsky, Manfred, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 7. April

Glanz, Lisbeth, geb. **Glogsties**, aus Aschpalten, Kreis Elchniederung, am 2. April

Greschkowitz, Hans, aus Ortelsburg, am 6. April

Grigo, Freimut, aus Lisken, Kreis Lyck, am 4. April

Hageleit, Magdalena, geb. **Dzeike**, aus Poppendorf, Poppendorf Siedlung, Kreis Wehlau, am 7. April

Kniep, Klaus, aus Schuggern, Kreis Ebenrode, am 1. April

Kollhoff, Elfriede, geb. **Hemke**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 3. April

Krüger, Günter, aus Groß-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 3. April

Kuhr, Willi, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 5. April

Kupski, Helmut, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Kutrieb, Ernie, aus Davidshof, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Loesch, Helmut, aus Germau, Kreis Samland, am 5. April

Maszerim, Kurt, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 4. April

Meyer, Hildegard, geb. **Bludau**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 4. April

Milewski, Walter, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 2. April

Pauliks, Helene, geb. **Littek**, aus Neu Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 6. April

Pichlo, Otto, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 4. April

Pinger, Josef, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, am 8. April

Plath, Erika, geb. **Seidel**, aus Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 7. April

Plogsties, Gerhard, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 4. April

Rietenbach, Fritz, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, am 5. April

Ristau, Edith, geb. **Salewski**, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 6. April

Rosenwald, Christa, geb. **Kowalkowski**, aus Groß Skaten, Kreis Wehlau, am 5. April

Saborowski, Horst, aus Klein Strengel, Kreis Angerburg, am 4. April

Sach, Heinz, aus Dorntal, Kreis Lyck, am 6. April

Sack, Alfred, aus Korschen, Kreis Rastenburg, am 5. April

Schade, Siegfried, aus Rauschen, Kreis Samland, am 8. April

Schmidtke, Helmut, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 7. April

Schneidereit, Horst-Waldemar, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. April

Titt, Eva, aus Großwalde, Kreis Elchniederung, am 3. April

Tosenberger, Elli-Eva, geb. **Thiel**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 2. April

Wagner, Hildegard, geb. **Blosat**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 5. April

Walendy, Werner, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 5. April

Weißer, Ursula, geb. **Lohrke**, aus Polennen, Kreis Samland, am 1. April

Wenk, Artur, aus Lissau, Kreis Lyck, am 2. April

Wenz, Helga, geb. **Fietz**, aus Tapiau, Horst-Wessel-Ring, Kreis Wehlau, am 2. April

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

TERMINE DER LO

Jahr 2012

13. bis 15. April: Arbeitstagung der deutschen Vereine in Lüneburg
16. bis 18. April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen im Ostheim Bad Pyrmont
20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
25. bis 28. Mai: Musikseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest in Allenstein
21. bis 23. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont
19. bis 21. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont
5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Glückwünsche nur noch ohne Nennung der Adresse möglich:

Die meisten Landsleute freuen sich, wenn sie ihren Namen auf unserer Glückwunschseite finden. Leider sind jedoch nicht alle damit einverstanden, dass dort auch ihre aktuelle Adresse genannt wird. In letzter Zeit hat es unter Hinweis auf den Datenschutz und das allgemeine Persönlichkeitsrecht mehrere diesbezügliche Beschwerden und sogar eine Eingabe an den Beschwerdeausschuss des Deutschen Presserates gegeben.

Die Rechtslage ist tatsächlich so, dass diese Daten nur veröffentlicht werden dürfen, wenn in jedem Einzelfall das Einverständnis der Betroffenen vorliegt. Diese Vorgabe zu erfüllen würde einen Arbeitsaufwand erfordern, den die Redaktion nicht bewältigen könnte. Um rechtlich auf der sicheren Seite zu stehen, haben wir uns daher schweren Herzens entschlossen, die aktuellen Anschriften der Jubilare künftig nicht mehr zu veröffentlichen. Wir bitten dafür um Ihr Verständnis.

Da wir durch den Wegfall der Adresszeilen mehr Platz auf der Seite haben, freuen wir uns, dass wir nun wieder die Glückwünsche zum 75. Geburtstag aufnehmen können, die zwischenzeitlich aus Platzgründen wegfallen mussten.

Eine Bitte zum Schluss: Da es der Redaktion aus organisatorischen Gründen leider nicht möglich ist, eingehende Post an die Jubilare weiterzuleiten, bitten wir Sie, sich an die jeweiligen Heimatkreisgemeinschaften zu wenden. Ihre *PAZ*

HÖRFUNK & FERNSEHEN

SONNABEND, 31. März, 11.55 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Vor 175 Jahren: Der britische Maler John Constable gestorben.
SONNABEND, 31. März, 15.05 Uhr, Deutschlandradio Kultur: Deutschlandrundfahrt. Sachsen 100 Jahre nach Karl May.
SONNABEND, 31. März, 21.05 Uhr, Arte: John Law. Der Mann, der Papier zu Geld machte.
SONNTAG, 1. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
SONNTAG, 1. April, 16.30 Uhr, WDR: Ostern im Kaukasus.
SONNTAG, 1. April, 21 Uhr, Phoenix: München 72.
MONTAG, 2. April, 18 Uhr, Phoenix: Europas verlorene Generation.
MONTAG, 2. April, 21 Uhr, ARD: Der Sturz. Honeckers Ende.
DIENSTAG, 3. April, 20.15 Uhr, RBB: Hauptstadt der Wildschweine. Stadtjäger bei ihren Pirschfahrten durch Berlin.
DIENSTAG, 3. April, 21.40 Uhr, Arte: Mein Kampf – Geschichte einer Hetzschrift. Doku. Frankreich 2008.
MITTWOCH, 4. April, 20.15 Uhr, SWR: betrifft. „Der Pakt mit dem Panda – Was uns der WWF verschweigt“.
MITTWOCH, 4. April, 21 Uhr, RBB: Die Oder – eine Flussreise.
DONNERSTAG, 5. April, 20.15 Uhr, NDR: mareTV – Die Flensburger Förde.
FREITAG, 6. April, 14.30 Uhr, BR: Vineta – Versunkene Stadt.
FREITAG, 6. April, 16 Uhr, ARD: Vision – Aus dem Leben der Hildegard von Bingen.
FREITAG, 6. April, 20.15 Uhr, RBB: Die Flucht (1/2) – 22 Uhr, (2/2).
FREITAG, 6. April, 20.15 Uhr, Arte: Karol – Ein Mann, der Papst wurde (1/2) – 21.45 Uhr (2/2).

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Wieczorek, Gerda, geb. **Orlowski**, aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 2. April

Wiese, Edith, geb. **Samulowitz**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 5. April

Zacher, Irmgard, geb. **Hundrieser**, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 2. April

Zielenski, Ernst, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 7. April

ZUM 75. GEBURTSTAG

Burdinski, Ruth, geb. **Kilimann**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Freitag, Erwin, aus Heiligenbeil, Donau-Ring 63, am 1. April

Helling, Helga, geb. **Zimmermann**, aus Puppen, Kreis Ortelsburg, am 3. April

Kruck, Gerhard, aus Markshöfen, Kreis Ortelsburg, am 4. April

Lewandrowski, Lotty, geb. **David**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, am 7. April

Neumann, Renate, geb. **Bombien**, aus Sorgenau, Kreis Samland, am 4. April

Preuß, Hans-Hermann, aus Weepers, Kreis Mohrungen, am 7. April

Schimkat, Siegfried, aus Bruchhöfen, Kreis Ebenrode, am 2. April

Wetzel, Erika, geb. **Lutz**, aus Bludau, Kreis Samland, am 6. April



Zerulla, Werner, aus Schwalgendorf, Kreis Mohrungen, und Ehefrau Ruth, geb. **Vogt**, am 31. März

Gedenktag und mehr

CDU/CSU-Bundestagsfraktion lädt Sprecher ein

Auf Einladung von Klaus Brähmig MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und Deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, nahm der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Stephan Grigat, an einer Sitzung der Gruppe in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais in Berlin teil. Grigat stellte den Unionsabgeordneten Struktur und Ziele der LO vor. Im Anschluss gab es einen vertieften Meinungsaustausch. Besprochen wurden die Themen Zwangsarbeiterentschädigung, Gedenktag für Vertriebene, Staatsangehörigkeitsfragen und die Unterstützung der Deutschen Volksgruppe in Ostpreußen. Brähmig sicherte der LO Unterstützung zu. Einigkeit bestand darin, die Zusammenarbeit zu vertiefen und dieses erste Treffen dieser Art regelmäßig zu wiederholen. *EB*

Freundlicher Empfang: (v. l. n. r.) Prof. Egon Jüttner, Sven Oole, Stephan Grigat, Klaus Brähmig, Stephan Mayer Bild: privat

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesvorstand – Sonnabend, 31. März, Stuttgart: 9.45 bis 18 Uhr, Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart: **Landesfrauentagung.** Der Vormittag der Frauentagung ist zum großen Teil der Arbeit der Gruppe gewidmet, mit Berichten über die kulturelle Frauenarbeit in Baden-Württemberg sowie über die Arbeit der Landesverbände der Ostpreußen und der Westpreußen. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einem Dia-Vortrag von Karla Weyland „Unsere Alleen und der deutsche Wald“, einem Ost- und Westpreußen-Quiz und einem DVD-Film „Vom Gold des Nordens – uralte Sagen und dunkle Wälder“. Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen.

Lahr – Donnerstag, 12. April, 18 Uhr, Gasthaus Zum Zarko, Schillerstraße 3: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Orangerie: **„Eine besondere Reise nach Königsberg und Nordostpreußen“.** Frau Sieber aus Ansbach berichtet von ihrer Reise im Sommer 2011.

Hof – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Restaurant am Kuhbogen: Monatszusammenkunft. Thema: **Adebar, der weiße Storch. Wahrzeichen von Ost- und Westpreußen. – Bericht von der Monatszusammenkunft am 10. März** im Restaurant Altdeutsche Bierstuben. – In Vertretung des 1. Vorsitzenden Christian Joachim übernahm Kulturreferent Bernd Hüttner die Führung durch die monatliche Zusammenkunft der Gruppe. Nach Ankündigung von Vereinsmitteilungen, besonders der gelungenen Ausstellung zur Geschichte der Flüchtlinge und Vertriebenen im neuen Museum Bayerisches Vogtland, Hof, und der Gratulation an die gewesenen Geburtstagskinder, hielt Bernd Hüttner einen ausführlichen bebilderten Vortrag zum Gedenken an den 300. Geburtstag von Friedrich dem Großen. Friedrich II. wurde am 24. Januar 1712 in Berlin geboren und starb am 17. August 1786 in Sanssouci, Potsdam. Genannt der „Alte Fritz“, Preußischer König 1740 bis 1786. Der Vortragende brachte in eindrucksvoller Weise mit einem ausführlichen Rück-blick den Anwesenden die bewegende Lebensgeschichte des Preußenkönigs nahe. Aus der reichen Schriftenauswahl wurden auch einige Anekdoten vorgetragen. Großer Beifall war der Dank für diesen besonderen Vortrag. Mit gemeinsam gesungenen Liedern und kleineren Vorträgen aus der Gruppe ging der unterhaltsame Nachmittag zu Ende. Bernd Hüttner dankte den Anwesenden für die Aufmerksamkeit und wünscht einen schönen Frühlingsbeginn.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 20. April, 19 Uhr, Gasthof Hotel zur Post, Bahnhofstraße 7, Gunzenhausen: **Gemeinsames Essen mit Königsberger Klopsen.** Anschließend Spielfilmvorführung aus Anlass des 300. Geburtstages von Friedrich dem Großen mit Otto Gebühr als Friedrich.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



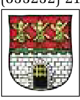
Wehlau – Sonntag, 1. April, 15 Uhr, „Lindengarten“, Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Lothar Hamann, Telefon (030) 7712354.

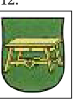


Lyck – Sonnabend, 7. April, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479. Frauengruppe – Mittwoch, 11. April, 13.30 Uhr, „Die Wille“, Wilhelmstraße 115, 10962 Berlin: Frühling in Ostpreußen. Anfragen bei Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 15. April, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.

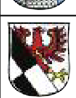




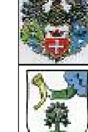
Pillkallen / Schlossberg, Stallupönen / Ebenrode – Dienstag, 17. April, 14 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Frühlingsfest. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg bei Helga Rieck, Telefon (030) 6596822, für Stallupönen / Ebenrode bei Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.

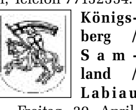


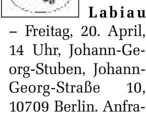




Angerburg / Darkehmen / Goldap – Donnerstag, 19. April, Oase Amera, Borussiastraße 62, 12103 Berlin: Zauberland zwischen Meer und Haff. Anfragen bei Marianne Becker, Telefon 77132354.







Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 20. April, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



Bartenstein – Sonnabend, 21. April, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1–3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 31. März, 10 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg (nahe S-Bahnstation Stadthausbrücke oder U 3, Station Rödingsmarkt): Ostermarkt der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften. Der Ostpreußenstand im zweiten Stock ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten und Literatur aus der Heimat vertreten. Auch ist in der Cafeteria für das leibliche Wohl gesorgt.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat um 14.30 Uhr im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 739 26 017.

Hamburg-Harburg – Sonntag, 22. April, 11 Uhr, St. Johanniskirche, Bremer Straße 9, Hamburg-Harburg: **Ostpreußischer Heimatgottesdienst.** Es predigen Propst Jürgen F. Bollmann und Pastor Ludwig Fetingis aus Plikiai/Litauen. An der Orgel: Tomasz Harkot, Solistin: Frau Gassewitz. Im Anschluss laden wir ein zum Gespräch im Gemeindesaal bei Tee, Kaffee und Gebäck. Verwandte, Freunde und Interessierte sind herzlich eingeladen.

KREISGRUPPE



Insterburg – Mittwoch, 4. April, 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin: Monatstreffen der Gruppe. Mit fröhlichen Liedern und Versen, Gedichten erwarten die Teilnehmer das nahende Osterfest. Mit einem Bericht über das 30jährige Treffen der heimattreuen Insterburger in Bad Pyrmont. Gäste und Mitglieder sind herzlich willkommen.



HESSEN

Vorsitzender: Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Landesgruppe – Die LG Hessen hat am vergangenen Wochenende einen **neuen Vorstand gewählt**. Neuer Landesgruppenvorsitzender ist Wolfgang Warnat, Robert-Koch-Weg 5, 35578 Wetzlar, Telefon (06441) 204 39 99.

Darmstadt – Besuch beim Ministerpräsidenten. –Ministerpräsident Volker Bouffier hatte die Vertreter der hessischen Landsmannschaften und des Bundes der Vertriebenen (BdV) in die Staatskanzlei nach Wiesbaden eingeladen. Neben dem Ministerpräsidenten gehörten Sozialminister Stefan Grüttner, die Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) in Hessen und stellvertretende Bundesvorsitzende, Alfred Herold, und Kultusstaatssekretär Dr. Herbert Hirschler in Vertretung von Ministerin Dorothea Henzler sowie die bisherige Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung, Gudrun Osterburg, der einladenden Regierungsdelegation an. An der Veranstaltung hatten auch die kommissarische Landesvorsitzende der LOW und Landesobfrau für Westpreußen. Waltraud von Schaewen-Scheffler (Kassel), und ihr Stellvertreter als Obmann für Westpreußen, Dieter Leitner (Pfungstadt/Darmstadt), teilgenommen. Durch die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Dieter Schetat, Vorsitzender der LOW-Kreisgruppe Wiesbaden, begann die Veranstaltung etwas später. Stefan Grüttner dankte zunächst Alfred Herold für seine konstruktiv-kritische Begleitung und wünschte weiterhin gute Gespräche. Die Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf sei „ein gutes Scharnier zwischen der Landesregierung und den Vertriebenenverbänden gewesen“. Mit großem Vergnügen habe man 2011 beim Hessentag den Preis „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ verliehen – ein neues Kapitel der öffentlichen Darstellung. Vielfaltige Initiativen seien auf den Weg gebracht und weiterentwickelt worden. Zeitzeugen haben an Jüngere Geschichtliches zur Vertreibung vermittelt. Ausstellungen und Heimatmuseen seien unterstützt und Leistungen eingebracht worden. Grüttner schloss seine Betrachtungen mit dem Wort: „Hessen wäre nicht dort, wo es heute ist, ohne die Leistungen der Vertriebenen und Spätaussiedler.“ Alfred Herold dankte für die bewundernswerte Arbeit von Gudrun Osterburg. „Die Zukunft gehört den Handelnden und nicht den Klagenden“, schloss er seine Würdigung. Ziegler-Raschdorf dankte Herold für das gute Verhältnis zum BdV in der Vergangenheit. Sehr gefreut habe Herold sich über Bouffiers Ausführung, dass der BdV ein integraler Bestandteil des Hessentages geworden sei. Dass die Kulturarbeit des hessischen BdV erfolgreich gewesen sei und man Verknüpfungen zum Deutsch-Europäischen Bildungswerk mit grenzüberschreitender Arbeit knüpfen konnte, sei Ministerpräsident und Landesregierung zu danken. Sie hätten materielle und ideelle Unterstützung geleistet. Die Landesbeauftragte berichtete, der Hessische Museumsverband in Kassel habe den Auftrag, die Heimatstuben zu erfassen und ein Konzept über die weitere Nutzung vorzuschlagen. Die Regierung wolle trotz finanzieller Schwierigkeiten die fünfzig Heimatstuben in Hessen mit einem Zuschuss von je 500 Euro unterstützen. Ihre Exponate sollen fotografiert und inventarisiert werden, damit nichts verloren geht. Beim diesjährigen Hessentag in Wetzlar soll nachmittags eine Sprechstunde eingerichtet und eine Ausstellung über die Königsberger Diakonissen sowie zum Preisträger „Flucht, Vertreibung, Eingliederung“ gezeigt werden. Ministerpräsident Bouffier berichtete, dass die Russlanddeutschen eine Änderung des Vertriebenengesetzes zugutekommt, weil sie nun mit ihren Familien zusammenkommen können. Nach dem Regierungswechsel in Baden-Württemberg und seinem Rückzug aus der Vertriebenenarbeit ist Hessen nun das einzige Land in der Bundesrepublik, das den Flüchtlings- und Vertriebenenverbänden finanziell und immateriell hilft. Für die hessische Regierung sei dies nicht nur eine formale Angelegenheit, sagte der Ministerpräsident. Der Geschichtsunterricht soll forciert und die Integration der Aussiedler fortgeführt werden. Ziegler-Raschdorf sah die sorgsame Vertriebenenarbeit im Vordergrund und „nicht die große Trommel“.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Ihr Dank galt den Staatsministern Henzler und Grüttner sowie Alfred Herold, der „weit über Hessen hinaus Stimme der Vertriebenen“ sei. Seine Mission sei noch lange nicht beendet. „Zukunft braucht Herkunft.“ Staatssekretär Dr. Hirschler berichtete, dass ein gemeinsames Lehrerprojekt mit dem Hessischen Sozialministerium und einer Stiftung am 1. Januar dieses Jahres begonnen habe und ein Kerncurriculum im Fach Geschichte ab August verbindlich sei. Aller Voraussicht nach würden die zwanzig teilnehmenden Lehrer später in den Schuldienst aufgenommen werden können. Er ging auch auf die digitalen Medien im Schuldienst und das Zeitzeugenprogramm ein. Er wolle auch in den nächsten Jahren gern die Gespräche mit den Vertretern des BdV und den Landsmannschaften fortführen. Aktuelle Themen sprachen einige Vertriebenenvertreter an, so zu der Härtefallregelung, den Zeitzeugen- und Multiplikatorenprojekten. Über das Deutsch-Europäische Bildungswerk wurde informiert und über die Kulturarbeit in Hessen. Der Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft bat den Ministerpräsidenten, die Republik Tschechien zu besuchen. Viele der heutigen hessischen Bürger hätten ihren Ursprung in dem Land. Abschließend zog die Landesbeauftragte eine positive Bilanz des Neujahrsgesprächs und dankte allen für das gemeinsame Engagement zum Wohle der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen.

Gießen – Freitag, 13. April, 15 Uhr, Mohrunger Stube, Kongresshalle Gießen: Monatsversammlung der Gruppe. Erika Schmidt hält eine Lesung aus dem Buch „Katjuscha und ihre Folgen“ von Joachim Albrecht. Der Untertitel „Königsberg im Januar 1945 und das Rettungsschiff Wullenwever“ geben vorweg bereits Kunde von der schwierigen Zeit der Flucht und auch der Zeit der Nachkriegsjahre. – Der Freundeskreis der Gruppe hatte einen Sprung über den deutschen und auch den europäischen Raum gemacht und landete in Thailand, einem Land, eingebettet zwischen Hinterindien und China. Die Grenznachbarn sind Birma, Laos, Vietnam und Kambotscha. Der Diavortrag von Viktor Kastenmayer vermittelte in bunten Bildern das Leben im fernöstlichen Raum. Ein Land von doppelter Größe Deutschlands. In der Hauptstadt Bangkok sprudelt das Leben. Fahrräder und alle Arten von Rikschas bevölkern die Straßen. Fertigessen am Straßenrand von thailändischen Frauen frisch zubereitet. Im ländlichen Gebiet wird Reis, Pfeffer, Baumwoller, Zuckerrohr und Tabak angebaut. Von den sehr hohen Kokospalmen ernten speziell abgerichtete Äffchen die Kokosnüsse und werfen sie zu Boden. Sehr beeindruckend sind die vielen Pagoden. Diese turmartigen buddhistischen Tempel findet man allerorts im ganzen Land in bunter Bemalung und mit Gold belegt. Die Vorsitzende Erika Schmidt bedankte sich bei dem vortragenden Freund. Er gab den Teilnehmern einen Blick in einen anderen Kulturkreis.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Göttingen – Die Gruppe führte am 3. März ihre **Jahreshauptversammlung (JHV)** durch, zu der 57 stimmberechtigte Mitglieder erschienen waren. Nach der Begrüßung und Eröffnung durch den 1. Vorsitzenden Werner Erdmann erfolgten die Totenehrung, die Berichte der Vorstandsmitglieder und der Kassenprüfer. Die Wahl des neuen Vorstandes durch den Versammlungsleiter, den Ehrenvorsitzenden Alfred Wermke, ergab folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender wie bisher Werner Erdmann, 2. Vorsitzender neu, Adolf Kloss, Kassenwart neu, Gustav-Adolf Müller, Schriftführer neu, Dirk-Dieter Harling, Beisitzer wie bisher und neu, Peter Rogge, Julius Brigant, Erwin Seidler. Nach dem Ausblick auf die geplanten Veranstaltungen 2012 – unter anderem eine Ostpreußen-Fahrt vom 16. bis 24. Juni, die Feier eines ökumenischen Gottesdienstes mit Kranzniederlegung am Ehrenmal im Durchgangslager Friedland und die Adventsfeier am 2. Dezember in der Vereinsgaststätte „Zur Linde“ in Göttingen-Geismar – durch den 1. Vorsitzenden Werner Erdmann erinnerte der 2. Vorsitzende Adolf Kloss an das „Preußenjahr 2012“, den Geburtstag Friedrichs II. des Großen am 24. Januar 1712. Die Würdigung des Chefredakteurs Dr. Jan Heitmann in der *PAZ* Nr. 3 vom 21. Februar wurde vorgetragen. Die Jahreshauptversammlung endete mit dem gemeinsamen Singen des Ostpreußen-Liedes „Land der dunklen Wälder“. Es folgte das traditionelle „Grützwurst“-Essen.

Hannover – Bericht von der Jahreshauptversammlung. – Die Jahreshauptversammlung fand am 9. März statt. Als Gast konnte die Gruppe Otto von Below begrüßen, der in Vertretung von Dr. Barbara Loeffke die Veranstaltung besuchte. Nach der ordnungsgemäßen Durchführung der Jahreshauptversammlung, die keine Änderung ergab, überreichte von Below die Silberne Ehrennadel der LO an Luise Wolfram (siehe Bericht). Im Anschluss daran berichtete Otto von Below über die Arbeit der Landesgruppe und danach hielt Luise Wolfram einen Vortrag zum Thema „Bleibt Königsberg unter Kaliningrad verschüttet?“

Osnabrück – Freitag, 20. April, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bad Godesberg – Mittwoch, 18. April, 17.30 Uhr, Stadthalle Bad Godesberg, Erkerzimmer: Die Gruppe trifft sich zum Stammtisch.

Düsseldorf – Fahrt zur ZOOM-Erlebniswelt in Gelsenkirchen. Ein einzigartiges Konzept ermöglicht den Besuchern unvergessliche und hautnahe Naturerlebnisse. Die unterschiedlichen Landschaften und Vegetationsgebiete dreier Erdteile sind originalgetreu nachgebildet. Bei einer spannenden Führung vermittelt ein Ranger sein Wissen.

Ennepetal – Donnerstag, 19. April, 18 Uhr, Heimatstube: Monatsversammlung mit Panhas und Bratkartoffeln.

Essen – Freitag, 20. April, 15 Uhr, Gastronomie St. Elisabeth, Dollendorfstraße 51, 45144 Essen-Frohnhausen: Vortrag von Herrn Hoffmann „Die Dohle, Vogel des Jahres 2012“.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

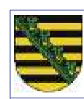


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Donnerstag, 19. April, 15 Uhr, Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz: Heimatliche Kaffeestunde der Damen. – Jeden Freitag, ab 13 Uhr, Café Oase, Schönhorststraße 16, 55116 Mainz: Die Gruppe trifft sich zum Kartenspielen.

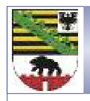
Neustadt a.d. Weinstraße – Sonnabend, 14. April, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Filmvortrag zum Thema „Der Orden in Ostpreußen“. In dem Filmbeitrag werden Ordensburgen im Ermland und Masuren besucht.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Mittwoch, 18. März, 10 Uhr, Treffpunkt Apotheke an der Zentralhaltestelle in Chemnitz: Treffen der Wandergruppe. – Freitag, 20. April, 13 Uhr, Leipziger Straße 167: Treffen der Frauengruppe. – Jeden Montag, 16 Uhr, Leipziger Straße 167: Der Kulturkreis Simon Dach trifft sich unter der Leitung von Ingrid Labuhn zur Chorprobe. – **Veranstaltung vom 10. März.** – Anlässlich der großen Zerstörung vieler deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg lud der Landesvorsitzende der LOWP Alexander Schulz zu der am 10. März stattfindenden Veranstaltung „Trümmerfrauen aus Ostpreußen“ nach Chemnitz in den Platner Hof ein. Der Einladung folgten viele Teilnehmer aus verschiedenen Vertreibungsgebieten des Zweiten Weltkrieges. Unter den geladenen Gästen waren auch Mitglieder des Sächsischen Landtages und der CDU. Peter Wolf, Vorsitzender der BdV-Gruppe Leipzig, hielt einen interessanten Vortrag über bombardierte deutsche Städte und deren große Verluste an Menschen sowie Hab und Gut. Diese Vernichtung der Heimat brachte viel Leid und Entbehrungen über die Menschheit, besonders Frauen und Mütter litten, denen ihre Männer und Söhne nicht zur Seite stehen konnten, weil sie diese im Krieg verloren hatten. Der Krieg führte neben Flucht und Vertreibung, Verlust der Heimat, kaputten Städten und Dörfern und Entbehrungen auch zu einem Neuanfang für alle. Besonders den Frauen, die auf sich allein gestellt, als Trümmerfrauen leben mussten, gebührt Hochachtung und Dank. Ohne ihren unermüdlichen Einsatz und damit Anerkennung in ihrem neuen Zuhause wäre bestimmt der Wiederaufbau und die Neueingliederung aller Vertriebenen nicht so schnell vorangegangen. So eifrig wie damals leisten auch heute noch viele vertriebene Frauen uneigennützige ehrenamtliche Tätigkeiten in den jeweiligen Vereinen. Als Dankeschön für diesen Einsatz zeichnete der Landesvorsitzende, Alexander Schulz, alle anwesenden Frauen mit einem kleinen Blumensträußchen oder einer Rose aus. Chemnitz ist das neue Zuhause der Gruppenmitglieder. Auch diese Stadt wurde im Zentrum zu 90 Prozent in Schutt und Asche gelegt. Zu diesem bewegenden Thema hielt der Stadttürmer a. D., Stefan Weber, einen hintergründigen und lebendigen Dia-Vortrag: „Chemnitz einst und heute.“ Es war eine Freude für alle, ihm zuzuhören und zuzusehen, die Bilder bewegten innerlich. Als Dank für seinen erbaulichen Bericht überreichten ihm die Ostpreußen einen kleinen mit Bernstein verzierten Kurenkahn, der von Schülern angefertigt wurde. Der krönende Abschluss dieses erlebnisreichen Tages war wieder einmal der musikalische Auftritt des Männerchores aus Venusberg/Erzgebirge. Dieser Chor spricht mit seinem Repertoire alle an und animiert beim Klang ostpreußischer und anderer deutscher Weisen zum Mitsingen. Wie bereits am Anfang sangen die Teilnehmer gemeinsam zum Abschied Heimatlieder von Ost- und Westpreußen. Dieser 10. März wurde von allen gelobt und war ein schönes Erlebnis zum Gedenken an die Heimat „Ostpreußen“. – Anlässlich des 300. Geburtstags des Königs Friedrich II. hat die Gruppe in ihrer Veranstaltung im Februar an diesen Preußen erinnert. Friedrich der Zweite war besser bekannt als Friedrich der Große oder auch als der „Alte Fritz“. Von Historikern wird der junge König Friedrich II. als Phänomen gesehen, der das ganze Gegenteil seines Vaters zu sein scheint. Ein Erlass jagte den anderen, alle erstaunlich, alle fortschrittlich. Die Minister sollen gute Laune haben und niemanden drangsalieren, die Folter soll abgeschafft, die Prügelstrafe gemildert und Kindesmörderinnen nicht mehr ertränkt werden. Kornkammern wurden für die Armen geöffnet, Zeitungen gegründet, die Zensur teilweise aufgehoben und – ein jeder soll nach seiner Façon selig werden. Das Regiment der Langen Kerls wurde aufgelöst und an andere Regimenter verteilt. Ein Opernhaus wurde in Auftrag gegeben. Friedrich rief führende Philosophen und Schriftsteller nach Berlin. Voltaire trat später ebenfalls in seine Dienste. Europa war beeindruckt von der intellektuellen, aufgeklärten, kunstliebenden, ja fast heiteren Hofhaltung des neuen Königs. Aber dieses Bild strahlte nur eine kurze Zeit. Über den rasch folgenden Kriegen trat es in den Hintergrund. Unsere Kulturgruppe zeigte spielerisch in einigen schönen Theaterdarstellungen Episoden im Leben des Königs. Ingrid Labuhn verstand es wieder einmal, wichtige Szenen und Aussprüche im Leben des Alten Fritz herauszuarbeiten und uns zu Gehör zu bringen. Als Gast in der Kulturgruppe spielte die bekannte Flötistin Irene Popp die Querflöte. Barbara Ruppert begleitete das Programm am Klavier. Alle gemeinsam sangen wir das Lied „Die Gedanken sind frei“. Die Regierung Friedrich II. war ein Kontrastprogramm, Bedingungsloser Gehorsam und Staatsräson, Toleranz und Gerechtigkeit. Viele unserer ostpreußischen Vereinsmitglieder wünschten sich, dass unsere heutige Regierung sich an Ansprüchen von Friedrich den Großen erinnern möge. Zum Beispiel: „Eine Regierung muss sparsam sein, weil das Geld das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, dass jeder Einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen, aber es ist nicht gerecht, dass er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muss.“ Auch folgendes Zitat hat heute noch Gültigkeit wie vor 300 Jahren: „Man müsste es dahin bringen, dass sich alle Menschen des Fanatismus und der Intoleranz schämen.“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Dessau – Montag, 16. April, 14 Uhr, Krötenhof: Veranstaltung zum Thema Osterbräuche.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Bericht von der März-Runde. – Gisela Brauer begrüßte die März-Runde der Ost- und Westpreußen. Sie freute sich, nach Krankenhaus- und Reha-Aufenthalt wieder in diesem vertrauten Kreis zu sein. Der Nachmittag hatte das Thema „Frühlingserwachen“. Katharina Makarowski berichtete dazu und las „Frühling in Ostpreußen“ aus dem Sensburger Heimatbrief. Gisela Brauer erinnerte an Ostern in der Heimat. Sie las ihre kleine Geschichte, wie ein Stadtkind den Ostermorgen auf dem Bauernhof ihrer Verwandten erlebte. Die Teilnehmer berichteten von weiteren Osterbräuchen in der Heimat und von der Feldarbeit im Frühjahr.

Buchvorstellung in Berlin: Mittwoch, 4. April, 19 Uhr, im Gemeindehaus der Herz-Jesu-Gemeinde, Schönhauser Allee 182 (rechter Seitenflügel, hinterer Eingang, 1. Etage), 10119 Berlin, Prenzlauer Berg, wird Norbert Stein seine Chronik „Kinder, Ihr sollets bey mir gut haben!“ der Wanderungen Salzburger Emigranten vorstellen.

Ein rauschendes Fest

Gute Laune bei Bärenfang und Heimatklang

Es war ein rauschendes Fest – das Frühlingstreffen der Ostpreußen am 3. März im Anklamer Volkshaus. Die Halle war mit Forsythien, frischem Tannengrün, den Fahnen und Schildern aller 40 ostpreußischen Heimatkreise geschmückt. Der BdV-Vorsitzende Manfred Schukat begrüßte fast 600 Landsleute und Gäste. Der Vormittag begann mit einem Konzert des Posaunenchors Bansin. Das geistliche Wort zum Tag sprach Pfarrer Siegfried Barsch aus Züssow über die Passions- und Osterzeit. In der folgenden Totenehrung wurde besonders des kürzlich verstorbenen Dr. Karl Nehls gedacht, der vor 21 Jahren die Landsmannschaft Ostpreußen in Anklam mitbegründete und BdV-Ehrenmitglied war. Der Anklamer Vize-Bürgermeister Dr. Detlef Butzke lobte in seinem Grußwort, dass der BdV in Anklam vor allem Verständigung und Versöhnung mit Polen, Tschechen und Russen praktiziert. Festredner der Veranstaltung war Dr. Fred Mrotzeck vom Historischen Institut der Universität Rostock, der die Geschichte der Vertriebenen in Mecklenburg-Vorpommern erforscht. Der ausgewiesene Kenner thematisierte auch die „Ilja-Ehrenburg-Straße“ in Rostock – benannt nach einem sowjetischen Propagandisten, der offen zum Mord an allen Deutschen aufrief. Solch ein Straßenname verträgt sich schlecht mit einer Ehrenbürgerschaft für den Bundespräsidenten Joachim Gauck. Es folgte das Gedenken der Bombardierung von Swinemünde am 12. März 1945 mit über 20000 Opfern, darunter vielen Flüchtlingen aus Ostpreußen. Zur Feier des Tages wurden die Gäste mit einer Saalrunde Bärenfang überrascht. Mit dieser ostpreußischen Spezialität stießen die Besucher auf das Wohl einiger Geburtstagskinder an. Nach dem Mittagessen mit Königsberger Klopsen erfreute das Fritz-Reuter-Ensemble Anklam die Ostpreußen mit einem bunten Strauß von Revue- und Volkstänzen, spanischer Folklore und Musik der 20er Jahre. Inzwischen war aus dem fernen Gumbinnen [Gussew] der russische Kant-Chor angekommen. Ein Achsschaden an einem der Kleinbusse hätte den Auftritt fast verhindert. Unter der Leitung von Tatjana Matwejewa boten die Sängerinnen und Sänger ein mehrstündiges Programm russischer, internationaler Volkslieder und geistlicher Choräle, aber auch deutscher und vor allem ostpreußischer Volks- und Heimatlieder. Dafür erhielten sie stürmischen Beifall. Beim Ostpreußenlied „Land der dunklen Wälder“ fassten sich die Landsleute und der Chor spontan an den Händen. Die ungeteilte Anerkennung aller galt auch wieder den 40 ehrenamtlichen Helfern und Mitarbeitern des BdV Anklam, die mit der festlichen Dekoration, dem Einlass, der Essenausgabe, dem Büchertisch und dem Verkauf von Bärenfang und Getränken für einen harmonischen Verlauf sorgten. *Friedhelm Schülke*

Gut besucht: Frühlingsfest in Anklam Bild: Schülke

Gedenken an Gründer der Gruppe



In Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von

Gerhard Steffen

* 17. April 1927 in Braunsberg/Ostpr. † 18. März 2012 in Oberursel

Gerhard Steffen war von 1986 bis 1999 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Braunsberg und von 1986 bis 1995 Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen.
2006 wurde er zum Ehrenbürger der Stadt Braunsberg ernannt.

In Würdigung seiner hervorragenden Verdienste um Ostpreußen hat die Landsmannschaft Ostpreußen Gerhard Steffen im Jahre 1994 das Goldene Ehrenzeichen verliehen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen

Gottfried Hufenbach Stellv. Sprecher

Stephan Grigat Sprecher

Friedrich-Wilhelm Böld Schatzmeister



Die Kreisgemeinschaft Braunsberg e.V.
trauert um ihren Ehrenvorsitzenden

Gerhard Steffen

der am Sonntag, dem 18. März 2012,
im Alter von 84 Jahren in 61440 Oberursel verstorben ist.

Herr Gerhard Steffen war 15 Jahre Kreisvertreter
der Kreisgemeinschaft Braunsberg e.V.,
der mit Erfolg und Umsicht, diese geleitet und geführt hat.

Wir haben ihm viel zu verdanken, denn er hat in den letzten Jahren seines Vorsitzes
die Kontakte zu seiner Heimatstadt Braunsberg
und sein Kreis mit viel Hingabe gepflegt.

Wir werden Ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Die Beisetzung erfolgt in der Heimat,
er wird in der Kirche zu Pettelkau seine letzte Ruhe finden.

Für die Kreisgemeinschaft Braunsberg e.V.
Manfred Ruhnau, Kreisvertreter und den Beisitzern
53757 Sankt Augustin, Bahnhofstraße 35 B



Jesus Christus
der Erlöser der Welt
hat seinem Diener

Gerhard Steffen

Komtur des päpstlichen Silvesterordens

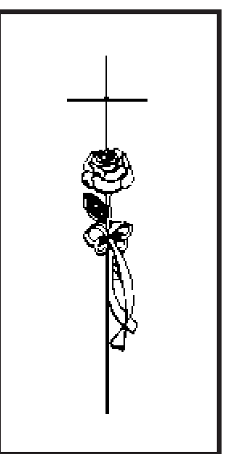
∗ 17. 4. 1927 Braunsberg (Ostpreußen)
† 18. 3. 2012 Oberursel (Taunus)

den ersehnten Frieden
und ewige Heimat geschenkt.

In tiefem Schmerz, großer Dankbarkeit
und christlicher Hoffnung nehmen wir Abschied.
Edith Steffen
M. Amanda (Angela Steffen) CSC
Regina Steffen
Ronald und Hildegard Ernst, geb. Steffen
mit Annabel, Dominik und Johannes
Bernhard und Gabriele Steffen
mit Jonathan und Naomi
und Verwandte

Freiherr-vom-Stein-Straße 24 A, 61440 Oberursel

Freunde und Bekannte sind eingeladen zur Teilnahme am Requiem in der Liebfrauenkirche zu Oberursel am 28. 3. 2012 um 19.00 Uhr.
Der Verstorbene wird am 3. 4. 2012 in der Kirche von Pettelkau/ Pierzchaly in seiner ermländischen Heimat beigesetzt.



Nach einem arbeitsreichen Leben entschlief heute mein geliebter Mann
und mein lieber Vater, unser Schwager und Onkel

Karlheinz Poredda

* 12. 1. 1920 † 18. 3. 2012

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied:
Deine Carola
Carl-Wilhelm und Andrea
und alle Anverwandten

Hipstedt, den 18. März 2012

Die Trauerfeier fand am Freitag, dem 23. März 2012, um 13.00 Uhr
in der Friedhofskapelle zu Hipstedt statt; anschließend Beisetzung.

Bestattungsinstitut Windhorst, Hipstedt, Telefon 0 47 68 - 4 52

Ein langes und freudvolles Leben hat sein würdiges, friedliches Ende gefunden.



Charlotte Wanda Schramm

geb. Gardeick

∗ 20. Mai 1920 Schakendorf, Kreis Elchniederung † 17. März 2012 Jülich

Aus unserem Leben bist du gegangen,
in unseren Herzen bleibst du.
Bruder Heinz Gardeick mit Ehefrau Inge
Schwägerin und Schwager
Nichten und Neffen mit Familien

Kondolenzadresse:
Olaf und Anita Gardeick, Dr.-Halbsguth-Straße 6, 52428 Jülich





Im 88. Lebensjahr verstarb in kurzem Leiden, nach glücklicher Jugend in Ostpreussen und einem guten Leben in Speyer

Erika Kensy

(geb. Skauradzun)
Meisterin der ländlichen Hauswirtschaft

geb. 18. 11. 1923 Ellerau, Ostpreussen gest. 19. 3. 2012 Speyer, Pfalz

In tiefer Trauer und Dankbarkeit
Helmut
Rainer mit Ann-Elisabeth

Die Trauerfeier fand am Dienstag, 27. 3. 2012, um 13.00 Uhr in der Trauerhalle in Speyer statt.



Ich träume, und der geliebte Mensch ist mir nahe,
ich erwache und bin allein.

Klaus Danneberg

∗16. März 1933 Osterode / Ostpreußen † 21. März 2012 Neuss

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von ihm.
Erika Danneberg, geb. Herbst
Jochem und Carola Danneberg
Enkel, Urenkel
und Anverwandte

41464 Neuss / Rhein, Rheydter Straße 31

Die Trauerfeier zur Einäscherung wurde am Mittwoch, dem 28. März 2012, um 11.00 Uhr in der Kapelle des Neusser Hauptfriedhofes, Rheydter Straße gehalten. Die Urnenbeisetzung fand zu einem späteren Zeitpunkt in aller Stille statt. Anstelle zugedachter Kranz- und Blumenspenden bitten wir um eine Zuwendung an den Förderverein des Johanna-Etienne-Krankenhauses Neuss e.V. (Palliativ-Station) auf dessen Konto-Nr. 340 067 bei der Sparkasse Neuss, BLZ 305 500 00. Stichwort: Klaus Dannenberg.



AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

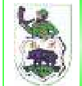
Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Bericht über die erste Sitzung 2012 des erweiterten Vorstandes der Kreisgemeinschaft Angerburg am 25. Februar in Rotenburg / Wümme – Die Vorstandssitzung stand im Zeichen der zentralen Themen, die schon im letzten Jahr die Arbeit des Vorstandes bestimmt hatten. Zum einen ist es die Aufgabe der bisherigen Arbeits-, Archiv- und Ausstellungsräume und der über eine Zwischenlösung verwirklichte Umzug in das Dienstgebäude des Landkreises Rotenburg / Wümme am Weicheler Damm 11. Zum anderen gilt die Aufmerksamkeit des Vorstandes dem Erhalt der Unterlagen der Kreisgemeinschaft, der Heimatkreiskartei, den Anschriftenlisten und der Gratulationskartei. Ohne den Bezug des Heimatbriefes ist die Arbeit für die Kreisgemeinschaft nicht denkbar. Steigende Bedeutung hat auch die Mitarbeit im Kreistag und im Vorstand. Wir müssen uns alle anstrengen, vor allem Jüngere für die Mitarbeit im Vorstand zu gewinnen. 2013 werden die Angerburger Tage im Zeichen der Wahlen für den Kreistag stehen. Es wäre schön, wenn dem Vorstand Vorschläge für die personelle Zusammensetzung des Kreistages gemacht würden. Jeder Vorschlag muss von zehn Personen, die diesen Vorschlag tragen, unterzeichnet werden. – Die **Vorstandssitzung** war satzungsgemäß einberufen worden und der Vorstand war beschlussfähig. Als Gäste konnte der Vorstandsvorsitzende Kurt-Werner Sadowski die Herren Twiefel, Hachmöller und Meyer von der Kreisverwaltung und Ludmilla Mischok, Frauke Rosin und Günther Kuhn für den erweiterten Vorstand begrüßen. Sadowski dankte den Herren für die den Angerburgern großzügig gewährte Gastfreundschaft und für die personelle und technische Unterstützung der 54. heimatpolitischen Tagung. In den Dank schloss er die Kreisverwaltung für die Hilfe beim Umzug in das schöne neue Haus am Weicheler Damm mit ein. Er dankte Twiefel dafür, dass er den Angerburgern immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden hatte. In seinem Grußwort wies Hachmöller darauf hin, dass im Rahmen der organisatorischen Veränderungen für die Kreisgemeinschaft Angerburg jetzt die Stabsstelle Kreisentwicklung zuständig sei. Der Zeitplan für diese Umstellungen sehe vor, dass bis zum Herbst alles abgeschlossen sein sollte. Für die Pflege der Patenschaften wird künftig Herr Meyer zuständig sein, der erstmals an einer Vorstandssitzung der Angerburger teilnahm. Dankbar erwähnte Sadowski, dass Brigitte Junker die Vitrinen-Tische und Vitrinen-Schränke ausgeräumt, alle Bilder abgehängt und genauso wie die Bücher aus der „von-Sanden-Vitrine", die Schulemann-Plastiken und etliche Textilien in Umzugskartons verpackt habe. Durch die Reduzierung der Ausstellungsfläche war es notwendig geworden, für die nicht unbedeutenden Exponate ein wissenschaftlich fundiertes Ausstellungskonzept zu entwickeln, das dem Anliegen der Angerburger gerecht würde. Für die Gestaltung und Präsentation der Ausstellung hatte die Kulturwissenschaftlerin Ulrike Taenzer ein Rahmenkonzept erarbeitet. Die Kosten für die Umsetzung werden etwa 3000 Euro betragen. Nach eingehender Diskussion stimmte der Vorstand dem Konzept und der Übernahme der Kosten einstimmig zu. Da das Angerburger Archiv Teil des Rotenburger Kreisarchivs ist, ist Frau Kudick gegenüber Frau Mischok weisungsbefugt. Herr Sadowski hob hervor, wie stark gerade Frau Mischok in der letzten Zeit auch in Vorbereitung auf den 3. März, der Einweihung des Dienstgebäudes, eingespannt war. Sadowski dankte Frau Junker für die Vorbereitung der 54. heimatpolitischen Tagung (Lösung der technischen Voraussetzungen, Absprachen mit der Catering-Firma, Regelung der Transportfragen, Reservierungen, Erstellen der Teilnehmerlisten, Verkauf der Essenmarken, Büchertisch etc.). Sadowski hatte Pressemitteilungen an sieben Zeitungen herausgegeben. In Hinblick auf die 58. Angerburger Tage am 8./9. September stellte Sadowski fest, dass die polnischen Gäste nur alle zwei Jahre an den Angerburger Tagen teilnehmen. Da sie 2011 in Rotenburg / Wümme waren, kommen sie jetzt erst 2013 wieder. Nach schriftlicher Zusage stehen die Räumlichkeiten der Theodor-Heuss-Schule zur Verfügung. Bürgermeister Eichinger hat als Gastredner zugesagt. In diesem Zusammenhang wurde auch über künftige Gastredner/innen nachgedacht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im nächsten Jahr in Niedersachsen Landtagswahlen sein werden. Die Kranzniederlegung am Gedenkstein an der Angerburger Eiche wird wie immer vor der Kreistagssitzung stattfinden. – Die **Busfahrt wird nach Tiste** zur Moorbahn führen und Kaffee und Butterkuchen werden im Heimathaus in Sittensen bereitgestellt. Die Kosten für die Busfahrt ändern sich nicht. Der Vorstand stimmte einstimmig dem Vorschlag von Lm. Sadowski zu, den Sonnabend mit einem 75-minütigen Dia-Vortrag von Bernd Naumann zu gestalten. Der Termin 23./24. Februar 2013 für die 55. heimatpolitische Tagung wird beibehalten. Besprochen wurden auch die Erfahrungen mit dem Versand des Angerburger Heimatbriefes Nr. 148 zu Weihnachten und der Transparenz der entsprechenden Versandbestimmungen. Es darf nur ein Überweisungsträger beigelegt werden, erlaubt ist die Aufnahme von Veranstaltungsprogrammen, sofern sie keine Preise enthalten, Glückwünsche dürfen nur ohne Nennung der Anschrift aufgenommen werden oder mit ausdrücklicher Zustimmung der betreffenden Person, ein Lesezeichen als Beilage ist nicht möglich. Der Angerburger Heimatbrief Nr. 149 wird Ende Mai erscheinen. Die Betreuung der Internetseite gestaltet sich auch dank der guten Zusammenarbeit mit Herrn Kukis problemlos. Ausführlich diskutiert wurden die Nutzungsmöglichkeiten des Internetauftritts. Die Schatzmeisterin berichtete, dass 2011 sich Einnahmen und Ausgaben ohne die zusätzlichen Ausgaben für das Deutschlandtreffen ausgeglichen hätten, so aber ein Minus zu verzeichnen sei, das sich jedoch tragen lässt. Der Haushalt für 2012 entwickelt sich in dem prognostizierten Rahmen. Es wurde wie immer sparsam gewirtschaftet und die Kreisgemeinschaft verfügt über eine stabile finanzielle Situation. Sadowski dankte Frau Junker für ihre gute und umsichtige Arbeit als Schatzmeisterin. Herr Twiefel übergab an dieser Stelle Herrn Sadowski die Bescheide über die Zuschüsse des Landkreises. Die Arbeit in der Geschäftsstelle wird durch Buchbestellungen und Buchversand, durch Ahnenforschung, Auskünfte und Anschriftenänderungen stark belastet. Die Archivarbeit umfasst auch 20 000 Bände des Instituts und 3000 Bände der ostdeutschen Bibliothek. Herr Kuhn schilderte das Verfahren zur Aktualisierung und die seit 1994 EDV-gestützte Arbeitskartei. Etwa 27 000 Eintragungen stehen zur Verfügung. Eine wesentliche Stütze der Arbeit der KG sind die Gratulationslisten. Geburtstagsgratulationen werden zum 70., 75., 80. Geburtstag und dann jährlich verschickt. Er wies auf die Bedeutung der Dorfsprecher für seine Arbeit hin. Sadowski dankte Lm. Kuhn für die so ungemein wichtige Arbeit. Frau Rosin stellte fest, dass die Arbeit mit der Anschriftenliste problemlos funktioniere. Berichtet wurde auch über folgende **Aktivitäten in und um Angerburg**: Die Medikamentensendung am 16. Januar durch Studienrat a. D. Harmsen, die Tschernobylhilfe Rotenburg / Wümme, ergänzt durch die KG Angerburg an die Bruderhilfe der LO, eine mögliche Medikamentenmitnahme bei der Fahrt vom 31. Mai bis 8. Juni 2012 nach Angerburg, die Fortsetzung der humanitären Hilfe der Kreisgemeinschaft für die Sozialstation und die Deutsche Gesellschaft Mauersee, Johanniter und Johanniterförderverein, die von uns finanziell unterstützt werden, die Einweihung eines Gedenksteines auf dem Janeller Friedhof in Benkheim und der in diesem Jahr stattfindende Schüleraustausch mit Schülerinnen und Schülern aus Angerburg und dem Rats-Gymnasium in Rotenburg / Wümme. Abschließend gab Sadowski noch folgende Termine bekannt: 23. bis 25. September Geschichtsseminar und 26. bis 28. Oktober Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont, am 29. September findet das von Herrn Schukat organisierte Treffen der Ostpreußen in Schwerin statt. Sadowski ergänzte noch, dass das Buch von Wolf Möller „13 Dörfer" (Kehlen mit Karlshöh und Kehlerwald, Schwenten, Groß Strengeln, Klein Strengeln, Kleinkutten, Kutten, Gembalken, Lindenwiese, Steinwalde, Jakunen, Wiesental Großgarten und Haarschen) in zweiter Auflage verfügbar sei und problemlos verkauft werden dürfte.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Im Bökel 76, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 46 16 13. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 5 70 52. perbandt @kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellvertretender Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 8 42 24. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Konstruktive Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft. – Am Wochenende vom 24./25. März fand im Ostheim Bad Pyrmont die turnusmäßige Kreistagssitzung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil statt. Die Sitzung wurde von einer konstruktiven Arbeitsatmosphäre geprägt, in der die Weichen für die Zukunft unserer Gemeinschaft gestellt wurden. Themen waren unter anderem unser bevorstehendes Kreistreffen, unser Herbstseminar und das geplante Buchprojekt über Flucht und Vertreibung aus unserem Heimatkreis. Geleitet wurde die Sitzung von der Kreisvertreterin Elke Ruhnke. Höhepunkt des ersten Tages war der Gastvortrag von Dr. Fred Mrotzek über die Vertriebenen in Deutschland. Dieser Vortrag wurde mit viel Beifall bedacht. Dr. Fred Mrotzek (geb. 1965) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Uni Rostock und stellvertretender Leiter des Dokumentationszentrums für die Opfer deutscher Diktaturen. Als kulturelle Bereicherung brachte Gerlinde Groß zum Abschluss des ersten Tages einen Vortrag in ostpreußischer Mundart. Zusammenfassend kann von einer erfolgreichen Arbeitssitzung gesprochen werden, die mit dem gemeinsam gesungenen Ostpreußenlied abgeschlossen wurde.

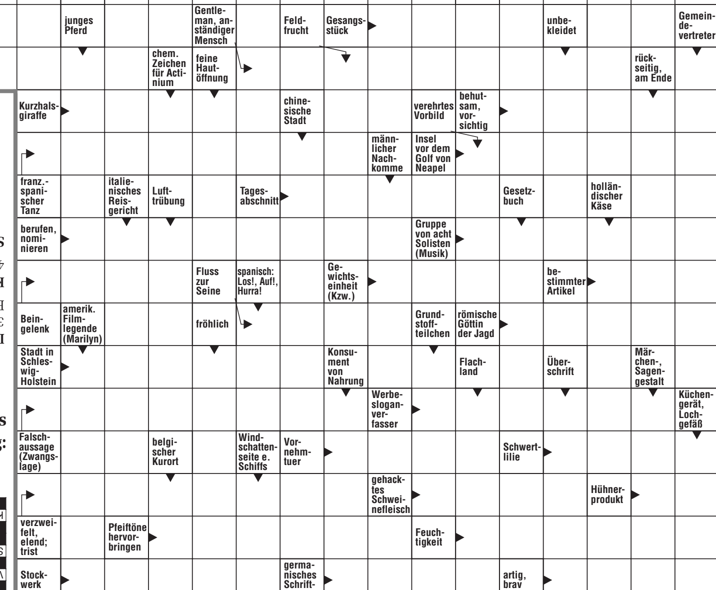


INSTERBURG – STADT UND LAND

Kreisvertreter Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e. V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

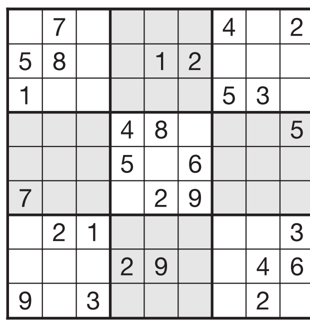
Osnabrück – Sonnabend, 14. April, 14 Uhr, Gaststätte Bürger-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20





Sudoku



	7					4		2
5	8			1	2			
1						5	3	
			4	8				5
			5		6			
7				2	9			
	2	1						3
			2	9			4	6
9		3					2	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Kfz-Treibstoffe.

1 Hauptstadt des Irak
2 fertig, gerüstet
3 Zirkusschauplatz
4 ausgewählte Stelle aus e. Buch
5 unterwürfig, kriecherisch
6 Gelehrtensprache

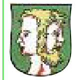
Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine UV-Lampe zur Bestrahlung.

1 Teufelssitz, Ort der Verdammnis, 2 fromme Gestalt bei Wilhelm Busch, 3 Muskelstrang (Mz.), 4 Musikstück, 5 Bratgefäß

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

bräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der „Insterburger Teutonen“ zu einem gemütlichen Zusammensein. Alle aus Insterburg Stadt und Land sind herzlich eingeladen.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

61. Rundbrief. – Kreisvertreter Gerd Bandilla hat am 17. März an alle Kreistagsmitglieder folgenden 61. Rundbrief versandt: „Zunächst muss ich Ihnen die traurige Nachricht mitteilen, dass Kreisausschuss-Mitglied Lothar Jegull (Sarken) am 3. März 2012 nach einer schweren Operation in Warschau verstorben ist. Am Wasserturm in Lyck hat eine Trauerfeier stattgefunden. Die Urne mit seinen sterblichen Überresten wurde seinem Wunsche entsprechend auf dem Friedhof „Am Monker Berg“ in das Grab seines im Jahre 1951 verstorbenen Großvaters beigesetzt. Haupterbe seines Nachlasses ist der Verein der Deutschen Minderheit in Lyck. Lothar Jegull bleibt in unseren Reihen als sehr heimatbewusster Landsmann unvergessen. – Am 27. Januar haben wir unser sehenswertes **Archiv im Hause Elbersufer 20 (ganz in der Nähe des Hagener Rathauses) offiziell eröffnet.** Das Archiv ist am letzten Freitag eines jeden Monats von 11 bis 12.30 Uhr geöffnet. Es kann auch am 1. September (während des Lycker Treffens) in der Zeit von 17 bis 18 Uhr besichtigt werden. – Das Masuren-Seminar Ende Februar in Bad Pyrmont war ein voller Erfolg. Wir werden die Ergebnisse des Seminars dokumentieren. Wer an einer solchen Dokumentation interessiert ist, teile mir das bitte mit. Die Dokumentation wird etwa 5 Euro kosten. Günter Donder hat ein „Kleines masurisches Wörterbuch“ auf Bitte der Kreisgemeinschaft Lyck verfasst. Dieses Wörterbuch, versehen mit einer CD, kann bei Günther Vogel, Krönerweg 7, 29525 Uelzen, zum Preise von 10 Euro erworben werden. Außerdem möchte ich noch einmal für den Kauf unseres Kreisbuches mit 732 Seiten Wissenswertem über den Kreis Lyck werben. Das Buch ist zum Preise von 20 Euro ebenfalls bei Günther Vogel zu bestellen. Nun zu den Veranstaltungen des Jahres 2012: Am 22. April findet das Regionaltreffen Nord im Hotel Hanseatischer Hof in Lübeck statt. Der diesjährige Hagen-Lycker Brief wird wohl Ende Mai erscheinen. In der Zeit vom 19. bis 29. Juli veranstalten die Ortsvertreter Horst Tregel (Rotbach) und Willi Norra (Sareiken) Omnibus-Reisen in den Kreis Lyck. Bei Willi Norra sind noch einige Plätze frei. Die Anschrift von Willi Norra lautet: Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651. Unser Haupttreffen findet am 1. und 2. September in der Stadthalle in Hagen in Westfalen statt. Bitte machen Sie tüchtig Reklame für den Besuch unseres Treffens. – **Karlheinz Poredda verstorben.** Im Alter von 92 Jahren verstarb Karlheinz Poredda, seit dem 7. April 1961 Bürgermeister von Hipstedt (1330 Einwohner) im Landkreis Rotenburg/Wümme. „Ich bin der älteste Bürgermeister der Welt“, so titelte die „Bildzeitung“ am 8. April 2011 aus Anlass seines 50-jährigen Dienstjubiläums. Karlheinz Poredda, der aus Neumalken im Kreis Lyck stammte, wo sein Vater örtlicher Gendarmerie-Wachtmeister war, war ein treuer, heimatbewusster Landsmann.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Stadtgemeinschaft Tilsit, Postfach 241, 09002 Chemnitz, Telefon (0431) 77723.

Nachbarschaftsgespräch – Zu einem Gedanken- und Erfahrungsaustausch trafen sich Vertreter der drei Nachbarkreise Tilsit-Stadt, Tilsit-Ragnit und Elchniederung in Bad Nenndorf. Die alljährlich stattfindenden Zusammenkünfte blicken auf eine gute Tradition zurück, die vor mehr als zehn Jahren durch die damaligen Kreisvertreter Horst Mertineit, Albrecht Dyck und Dieter Sudau ins Leben gerufen wurde. Das Anliegen besteht in der Abstimmung gemeinsamer Bemühungen und in der Optimierung kollegialer Zusammenarbeit. Als besonderer Programmpunkt wurde diesmal das gemeinsame Heimattreffen am 28. April 2012 in Halle/S. behandelt. Erwin Feige vom Vorstand der Stadtgemeinschaft Tilsit erstattete Bericht über den Stand der Vorbereitungen, woran sich eine konstruktive Diskussion anschloss. Es ging um die Sicherung einer hohen Teilnahme und die Propagierung im *Ostpreußenblatt*, um Fragen der künftigen Finanzierung und um die Konzeption für das nächste gemeinsame Treffen im Jahr 2013, dessen Ausrichter die Kreisgemeinschaft Tilsit-Ragnit sein wird. In einem weiteren Punkt behandelte man die vollzogene Fusion der beiden Heimatbriefe der Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Tilsit-Stadt. Es wurde eingeschätzt, dass kein Qualitätsverlust eingetreten ist, sondern dank des Engagements des neuen Schriftleiters Heinz Powils ein Heimatbrief mit hohem Niveau entstanden ist. Für die Tilsiter bedeutet die Zusammenlegung eine weitere Verbesserung, weil sie „Land an der Memel mit Tilsiter Rundbrief“ nunmehr zweimal im Jahr erhalten. Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2012. Die Gesprächsrunde, die vom Kreisvertreter der Elchniederung, Manfred Romeike, moderiert wurde, erzielte eine Reihe zukunftsorientierter Festlegungen und wird im nächsten Jahr weitergeführt.



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz, E-Mail: Eva.lueders@arcor.de.

Nachbarschaftsgespräch und Regionaltreffen – In jedem Frühjahr treffen sich seit vielen Jahren Vertreter der Kreisgemeinschaften Elchniederung und Tilsit-Ragnit sowie der Stadtgemeinschaft Tilsit zu einem sogenannten Nachbarschaftsgespräch. In diesem Jahr verabredete man sich für den 22. März in Bad Nenndorf. Die drei Vorsitzenden und drei weitere Mitglieder der Gemeinschaften besprachen eine Reihe von Themen von gemeinsamem Interesse. Man war einhellig der Ansicht, diese Zusammenkünfte fortsetzen zu sollen mit der Absicht, das Zusammengehörigkeitsgefühl der Ostpreußen beziehungsweise derer, die sich zu Ostpreußen bekennen, ohne dort geboren zu sein, immer wieder neu zu bekräftigen, aber auch im Hinblick auf eine zukünftige Fusionierung der Vereine. Einen vorrangigen Stellenwert in der Aussprache nahm das bevorstehende **Regional- oder auch Nachbarschaftstreffen** ein, das in diesem Jahr zum fünften Mal durchgeführt wird. Es seien hier noch einmal die wesentlichen Daten genannt: Termin: Sonnabend, 29. April, 10 bis 17 Uhr, Tagungsort: Kongress- und Kulturzentrum Halle/Saale, Franckestraße 1. Der Eintritt ist frei, das dargereichte Essen erschwinglich, und es erwartet die Gäste ein buntes Programm, unter anderem mit aktuellen Informationen aus unserer Heimat. In Bad Nenndorf war man zuversichtlich – nicht zuletzt aufgrund diesbezüglicher Anfragen, dass eine beträchtliche Zahl von Landsleuten und interessierten Mitbürgern dem Ruf aus Halle folgen wird.



WEHLAU

Kreisvertreter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden. Telefon (0611) 50 50 98 40, Fax (0611) 50 50 98 41, E-Mail: Werner.schimkat@wehlau.net. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Sonderreise ins nördliche Ostpreußen mit Greif-Reisen vom 26. Juli bis 4. August: Übernachtungen in Schneidemühl (1), Königsberg (7) und Stettin (1). Die Reise der Firma Manthey stellt ein besonderes Angebot dar, weil das Unternehmen 2012 im 40. Jahr Reisen in die Heimat organisiert und zu diesem Jubiläum die Angebote günstig gestaltet hat. Gleichzeitig möchten wir Ihnen die Möglichkeit zur durchgehenden Reise aus dem Herzen des Ruhrgebiets entlang der A2 über Hannover und Berlin geben. Auf diesem Weg können Sie bei Bedarf an unterschiedlichen Orten zusteigen. Reiseleiter ist Willi Skulimma. Reiseablauf: 26. Juli, 6 Uhr Abfahrt Duisburg Hauptbahnhof, West-Eingang, Bochum Hauptbahnhof, Hannover Hauptbahnhof (ZOB), Berlin-Schönefeld, zusätzliche Haltestellen an der Autobahn A 2 zum deutsch-polnischen Grenzübergang nach Schneidemühl zur Zwischenübernachtung, Abendessen und Übernachtung im Hotel „Gromada/Rodlo“. 27. Juli, Frühstück 7 Uhr, um 8 Uhr Weiterreise über Schlochau, Marienburg] zum Fotostopp, Braunsberg [Braniewo] zum polnisch-russischen Grenzübergang nach Königsberg, Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. 28. Juli, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr Tagesfahrt nach Pillau [Baltijsk], über Fischhausen [Primorsk], anschließend zurück nach Königsberg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. 29. Juli, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr Ausflug nach Waldau [Nisowje] über Arnau [Marijno] und Heiligenwalde [Uschakowo], zurück nach Königsberg. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. 30. Juli, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr Ausflug über Labiau [Polessk], Tilsit [Sovetsk], Insterburg [Tschernjachowsk] und zum Gestüt Georgenburg. Rückfahrt nach Königsberg, Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. 31. Juli, Tag zur freien Verfügung. Der Busfahrer erhält seinen gesetzlich vorgeschriebenen Ruhetag. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“ in Königsberg. 1. August, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr Ausflug nach Rauschen [Svetlogorsk], über Palmnicken [Jantarnji], Rückfahrt nach Königsberg, Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“. 2. August, 8 Uhr Frühstück, 9 Uhr Ausflug zur Kurischen Nehrung mit zwei bis drei Stunden Baden, Vogelwarte und Dünen. Abendessen und Übernachtung im Hotel „Kaliningrad“ in Königsberg. 3. August, 7 Uhr Frühstück, 8 Uhr Abreise Richtung Braunsberg zur russisch-polnischen Grenze. Abendessen und Übernachtung in Stettin im Hotel „Panorama“. 4. August, 7 Uhr Frühstück, 8 Uhr Abreise Richtung polnisch-deutschem Grenzübergang. Heimreise auf der Strecke der Hinreise. Reisepreis pro Person im DZ / HP (bei mindestens 30 Personen) 736 Euro, Einzelzimmer-Zuschlag 160 Euro zuzüglich Einfach-Visum Russland 55 Euro. Der Reisepreis beinhaltet alle Übernachtungen im DZ mit Halbpension. Selbstverständlich sind alle vorgenannten Ausflüge im Reisepreis enthalten! Die Gebühren berücksichtigen die zurzeit gültigen Kosten. Erhöhungen und zusätzliche neue Gebühren für das Jahr 2012 sind nicht ausgeschlossen. Fragen und Anmeldungen an Gerd Gohlke, Telefon (04241) 5586 und E-Mail gerd.gohlke@t-online.de oder Greif Reisen – A. Manthey GmbH Rübezahlstraße 7, 58455 Witten, Telefon (02302) 24044, Fax (02302) 25050 E-Mail: manthey@greifreisen.de.

Lötzen – Perle Masurens

Lötzen – die Perle Masurens. Eine kurze illustrierte Stadtgeschichte.“ Seit dem 17. März wird im Lötzener Heimatmuseum, Neumünster, eine Ausstellung der Heimatkreisgemeinschaft (HKG) Lötzen in Zusammenarbeit mit dem Kulturzentrum Ostpreußen gezeigt. 45 Tafeln in deutscher Sprache dokumentieren die Lötzener Stadtgeschichte mit Texten, historischen Bildern und Karten – zum Teil aus dem Lötzener Archiv. Nach Ausstellungsende im Oktober werden die Tafeln für zwei Wochen im Foyer des Neumünster Rathauses gezeigt.

Seit 2005 befinden sich das Lötzener Archiv und die Heimatsammlung an der neunte Adresse ihres Bestehens in der Patenstadt. In einem alten Schulgebäude unweit des Rathauses stehen drei größere Räume für die Präsentation der ständigen Ausstellung zur Geschichte von Stadt und Kreis zur Verfügung. Ab Mai wird die Ausstellung „Lötzen – die Perle Masurens“ in Lötzen, Kasernengebäude 1 in der Feste Boyen, zu sehen sein. Die dortige Dauerausstellung mit zweisprachigen Tafeln ist ein „Geschenk der Kreisgemeinschaft Lötzen an die heutigen Bewohner der Stadt und ihrer Besucher anlässlich des Jubiläums ‚400 Jahre Stadt‘“. Das Stadtjubiläum wird ab Mai (bis in den Sommer hinein) begangen. Eine offizielle Einladung der Bürgermeisterin Jolanta Piotrowska an die HKG, die Patenstädte Neumünster und Querfurt ist ergangen. Sehr zufrieden ist Ute Eichler, Geschäftsführerin der Lötzener HKG, mit der Ausstellung, da die Tafeln über das Kulturzentrum Ostpreußen wissenschaftlich und professionell erarbeitet wurden. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die Geschäftsstelle der Lötzener Heimatkreisgemeinschaft: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 608 3003, Fax: 60890478 E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de. Die Ausstellung in Neumünster ist von März bis Oktober jeden dritten Sonnabend eines Monats von 10 bis 16 Uhr und nach Vereinbarung mit Ute Eichler (040-608 30 03) oder Manfred Kickstein (04326-14 36) in der Brachenfelder Straße 23 (alte Schule am Rathaus), 24537 Neumünster, zu besichtigen. Festung Boyen, ul. Turystyczna 1, 11 - 500 Lötzen [Gizycko], Telefon: +48 (0) 87 4282959. *CRS*

Papier hält länger als Festplatten

Das 20. Jahrhundert war das am besten dokumentierte – Ahnenforschung per Internet-Datenbank

Im digitalen Zeitalter speichert die Welt ihr Gedächtnis auf Festplatten. Texte, Fotos, Aufzeichnungen aller Art – alles platzsparend im Computer verwahrt, doch existent nur noch als Abfolge von Nullen und Einsen. Festplatten sind nicht ewig haltbar und gehen durch häufige Benutzung mit der Zeit kaputt. Physisch vorhandene Fotos, Briefe, Tagebücher, Notizen, überhaupt auf Papier Gedrucktes bleibt und hält über Generationen.

Bei Facebook war es zu lesen. Die 25-jährige Maria aus Kiel wünscht sich Fotos aus gemeinsamen Kindertagen von ihren Freunden zum Geburtstag. Doch das brachte einige geladene Gäste in Bedrängnis. Eine ihrer Freundinnen hatte alle Fotos auf ihrer Computer-Festplatte gespeichert, doch als diese 2009 irreparabel kaputt ging, waren auch die Fotodateien nicht mehr zu retten. Da aber ihre Eltern ganz altmodisch alle Fotos noch auf Papier ausdrucken und in Fotoalben kleben würden, würde ein Besuch dort Abhilfe schaffen, so die 24-Jährige, die mit dieser Aussage allerdings bei ihrem Freund keine Begeisterung auslöste.

Doch zu seiner Überraschung wird der Besuch bei den Schwiegereltern in spe zu einem Erlebnis. Es sind nicht so sehr die Fotos aus der Kindheit seiner Freundin, sondern die alte Kiste mit den Schwarzweißaufnahmen, die den Bundeswehrsoldaten begeistern. Sogar eine Aufnahme vom Urgroßvater Johann seiner Freundin ist dort, die diesen als jungen verwundeten Soldaten im Ersten Weltkrieg 1916 in einem Lazarett zeigt. Alte Briefe und Urkunden finden sich in der Metallkiste und zeugen vom Leben der Vorfahren.

Doch was wird einmal von ihm selber bleiben? Briefe schreibt er nicht, nicht einmal mehr Urlaubspostkarten. Seine gesamte Kommunikation läuft per Telefon und digital über SMS, E-Mail und seit einiger Zeit auch Facebook. Ausgedruckte Fotos besitzt er gar nicht. Nicht mal Sicherungskopien der auf der Computer-Festplatte gespeicherten Fotos gibt es.

Foto: Archiv

Auch der „Spiegel“ sieht in diesen Umgang mit privaten Fotos und Ähnlichem ein Problem. In einem Bericht über das insolvente Unternehmen Kodak, das seit Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Verkauf klassischer Fotokameras und der dazugehörigen Rollfilme sein Geld verdiente, merkte das Magazin an, dass das 20. Jahrhundert wohl das am besten dokumentierte bleiben würde, da heute immer seltener Fotos ausgedruckt und Alben auch für die Nachwelt angelegt würden. Die Leiterin der Zentralen Dokumentation des Deutschen Historischen Museums in Berlin, Brigitte Reineke, sieht das hingegen nicht so. „Wurden früher die Briefe der Großmutter nach deren Tod weggeschmissen“, so Reineke auf *PAZ*-Anfrage, „sichert man heute eher seine digitalen Fotos auf externe Festplatten und hält sie möglicherweise so länger vorrätig als das papierne Gedächtnis früherer Zeiten. Der moderne User speichert seine Daten auch immer mehr in virtuelle Clouds mit unbegrenztem Speicherplatz als zu Hause auf CDs im Schrank.“ Als Deutsches Historisches Museum mit einem Sammelschwerpunkt in der Alltagskultur müsste man sich aber auf die digitalen Medien als Sammlungsobjekte einrichten – darin liege die Herausforderung: „Sammlungserweiterung und -pflege erweitern sich hin zu den digitalen Objekten zusätzlich zu den traditionellen Materialien“, betont die Dokumentarin.

In einem Fall stellt sich die Digitalisierung aber schon jetzt unbezweifelbar als Segen dar: in der Ahnenforschung. Die Internetplattform www.ancestry.com wirbt damit, dass sie die weltweit größte ihrer Art zur Familienforschung sei. Mehr als acht Milliarden historische Dokumente, über 50 Millionen deutsche Namen in historischen Dokumenten, 85 Millionen hochgeladene Fotos und Geschichten und die weltweit größte Sammlung von Familienstammbäumen mit mehr als drei Milliarden Profilen in über 30 Millionen Mitgliederstammbäumen, so preist das seit 2009 an der US-Technologiebörse notierte Unternehmen seine Kapazitäten an. 400 Millionen Dollar Umsatz machte Ancestry 2011 mit der Suche nach Ahnen. 2006 ging das im englischen Sprachraum bisher schwerpunktmäßig agierende Unternehmen zwar auch in Deutschland online, doch erst jetzt werden immer mehr deutsche Dokumente ins Netz gestellt. Im November 2011 wurden erstmals rund acht Millionen Datensätze aus Verlustlisten der deutschen Armeen und der Deutschen Kaiserlichen Marine im Internet zu Recherchezwecken zur Verfügung gestellt. Und seit Ende letzten Jahres arbeitet Ancestry auch mit dem Landesarchiv Berlin zusammen. Das Brandenburgische Landeshauptarchiv in Potsdam stellte bereits Kirchenbuchzweitschriften evangelischer und katholischer Gemeinden, die den Zeitraum von 1700 bis 1874 umfassen, für die Ahnensuche in den historischen deutschen Ostgebieten zur Verfügung. „Besonders Nachfahren aus Pommern, Posen und Schlesien – Gebieten, die für Vertreibung und Flucht der Deutschen stehen – werden hier wertvolle Entdeckungen machen“, so Ancestry, das den Zugang zu seinen Daten in Deutschland für 29,95 Euro für sechs Monate anbietet.

Große Fundgrube für Heimatvertriebene bei US-Datenbank

Wer Vorfahren hat, die in die USA ausgewandert sind, hat allerdings die beste Ausgangslage, um Informationen für seinen bei Ancestry zu erstellenden Familienstammbaum zu bekommen. Namenslisten von US-Volkszählungen der Jahre 1900 bis 1930, Geburts-, Hochzeits- und Sterbelisten, Musterungslisten, Passagierlisten von aus Europa kommenden Einwandererschiffen, Todesanzeigen aus Zeitungen, Zeitungsartikel, Schuljahrbücher, Dorfchroniken und vieles mehr geben über US-Bürger Auskunft. Doch etwas Vorwissen über die eigenen Verwandten sollte man schon mitbringen, sonst verliert man in der Fülle der Daten leicht den Überblick. So führte beispielsweise bei einem Selbstversuch der Verfasserin die Eingabe des eigenen Nachnamens zu unzähligen Namensvettern, die alle in die USA eingewandert sind. Wer davon nun irgendwie in einem Verwandtschaftsverhältnis steht, ist schwer zu ermitteln.

Rebecca Bellano

Die Wiesn-Chefin geht

München ist mehr: »Frau Oktoberfest« warb sogar in China

Mehr als ein Vierteljahrhundert hat sie das Bild Münchens in der Welt mitgeprägt. Den „Mythos München“ verwaltete sie 27 Jahre lang: die „Wiesn“, das größte Volksfest der Welt.

40 männliche Mitbewerber stach Gabriele Weishäupl aus, als sie 1985 im großen Saal des Rathauses ihre Vorstellungen von der künftigen Tourismuswerbung für die bayerische Landshauptstadt entwickelte: Internationalität, Tradition und Brauchtum, Netzwerke und Nachhaltigkeit. Sie arbeitete mit großem Erfolg: 7,4 Milliarden Euro Gesamtumsatz bringt der Tourismus jährlich nach München, er trägt dazu bei, dass München auch für Minderbetuchte erschwinglich bleibt. „Ich hole Touristen für kurze Zeit, das ist auch die Basis für diejenigen, die sich das Leben in München sonst nicht leisten könnten.“

1947 in Passau geboren, besuchte „die Gabi “, wie sie in München liebevoll, aber auch respektvoll genannt wird, das Gisela-Gymnasium der Englischen Fräulein in Kloster Niedernburg, studierte in München Kommunikationswissenschaften, bayerische Geschichte und Politische Wissenschaft, um dann für „Bild“ und den Bayerischen Rundfunk als Lokalreporterin zu arbeiten. Bald wurde die Münchner Messe auf sie aufmerksam, wo sie zur Leiterin der Stabsabteilung Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll aufstieg. Für ihren Leistungswillen spricht, dass sie dort neben dem Beruf den Studienabschluss Magister Artium erreichte und mit dem Thema „Die Messe als Kommunikationsmedium – Öffentlichkeitsarbeit und Werbung einer Messegesellschaft“ promovierte.

Weishäupl wurde in der letzten Zeit vorgeworfen, zu viel für die Wiesn und zu wenig für die übrige Münchner Kultur getan zu haben. Sie argumentiert hingegen pfiffig: „90 Prozent der Tätigkeit des Tourismusamts gelten der Kultur, 60 Prozent aller Touristen kommen wegen der Kultur und schließlich ist die Wiesn Teil der Volkskultur.“ Der Slogan „München ist mehr“ gilt auch Musik, Museen, Schlössern sowie Sport und Einkaufen.

Zehn Euro für eine Maß Bier erwartet



Immer präsent, immer gutgelaunt: Gabriele Weishäupl Bild: xyz

Das Münchner Tourismusamt hat unter Gabriele Weishäupl Vertretungen in den USA, Hongkong, Thailand, Singapur, Brasilien, Indien, Südkorea, in den Arabischen Golfstaaten und natürlich in China geschaffen, wohin Weishäupl bereits 1994 mit einer eigenen Präsentation reiste.

Weishäupl sah man stets in Bombenstimmung, sie engagierte sich überdurchschnittlich für ihr München: Auf dem Christkindlmarkt ließ sie eine Himmelswerkstatt für Kinder errichten. Auf dem Oktoberfest sorgte sie für den Ausschank auch nichtalkoholischer Getränke, die Schaffung einer ruhigen Familienzone, behindertengerechte Zugänge und eine Anlaufstelle für Frauen. Den „maßlosen“ Anstieg der Preise für eine Maß Bier jedoch konnte auch sie nicht stoppen: Ein Erreichen und sogar Überspringen der Unverschämtheitsgrenze von zehn Euro je Liter ausgeschenktem Bier erwartet sie bereits für dieses Jahr. Beim letzten Oktoberfest verlangten die Wirte in den Bierzelten dafür zwischen 8,70 Euro und 9,20 Euro.

Nun geht „Frau Oktoberfest“ in den Un-Ruhestand. Am 1. April gibt die 65-Jährige ihr Amt als Tourismus-Chefin auf. Sie hat noch was vor: Gabriele Weishäupl übernimmt den Ausbau des Oktoberfestmuseums und bleibt zudem Vizepräsidentin des Deutschen Tourismusverbandes. Die Stadt sucht händeringend einen Nachfolger – per Zeitungsannonce.

Norbert Matern/CR

Ein sinnliches Ereignis

Bilbao, die unterschätzte Perle im Baskenland

Bills Ballhaus in Bilbao, das Bert Brecht in den zwanziger Jahren des letzten Jahrhunderts als das schönste auf dem ganzen Kontinent besang, gibt es heute nicht mehr. Vorbei ist es mit den Brandylachen am Tanzboden und dem roten Bilbaomond, der durch das löcherige Dach schien... Pilar, die Studentin der Germanistik, hat Lachtränen in den Augen. Nein, dieses proletarische Flair sei total „out.“ Die am Golf von Biscaya gelegene größte Stadt des Baskenlandes wurde einem radikalen Umbau unterzogen und präsentiert sich heute als eine Metropole der Künste und kulinarischen Genüsse. Die Werften rund um das Hafengelände sind trendigen Wohnhäusern und schicken Hotels gewichen. Aus dem einstigen Schmuddelkind wurde eine strahlende Schönheit, die trotz aller Modernität einen unverwechselbaren Charme besitzt.

Dieser offenbart sich während eines Spaziergangs durch die Altstadt, genauer gesagt durch die „Sieben Straßen“ am rechten Ufer des Ría de Bilbao. Ein prächtiges Haus mit fröhlich bunter Fassade und malerischen Erkern schmiegt sich an das nächste. Üppiger Blumenschmuck quillt über die schmiedeeisernen Balkongitter. In diesen engen Gassen schlägt auch das kulinarische Herz des Baskenlandes. Auf den Theken der unzähligen Bars sind „Pinchos“ – kleine Leckereien – ausgestellt, bei deren Anblick einem das Wasser im Munde zusammenläuft. Hier werden Meeresfrüchte, Schinken, würziger Käse, Salate und scharfe Würste auf großen Tabletts mit ofenfrischem Weißbrot serviert. Da jeder Gastronom seine eigenen Kreationen anbietet, begeben sich die Gäste auf „Wanderschaft“ kreuz und quer durch die Altstadt, um möglichst viele dieser Köstlichkeiten zu probieren.

In einer gemütlichen holzgetäfelten Bar mit fröhlichen „Mitessern“ könnte man sich noch Stunden aufhalten. Doch Pilar drängt zur Eile. Auf die leiblichen folgt jetzt eine Reihe kultureller Höhepunkte. Ein rascher Gang durch das riesige „Museum der Schönen Künste“, das vornehmlich Werke spanischer und flämischer Künstler präsentiert, und man befindet sich auf der Zubizuri-Fußgängerbrücke des Stararchitekten Santiago Calatrava, deren Design an das vom Wind aufgeblähte Segel eines Schiffes erinnert.



17000 Blumen für einen Hund: Puppy-Skulptur Bild: Wikipedia/Didier Descouens

Der größte Schatz in dieser an kühnen Konstruktionen reichen Stadt aber ist das Guggenheim-Museum, ein architektonisches Meisterwerk, dessen verschlungene, übereinander getürmte Elemente aus Glas, Titan und Stein erstaunlich leicht anmuten. Auf einer Ausstellungsfläche von 11000 Quadratmetern werden moderne, zum Teil höchst skurrile Kunstobjekte gezeigt. In diese Kategorie gehört auch die Puppy-Skulptur des amerikanischen Objektkünstlers Jeff Koons vor dem „Guggi.“ Seinem aus 17000 Blumen bestehenden, zwölf Meter hohen Welpen kann man einen gewissen Charme nicht absprechen!

Die letzte Exkursion führt zur einige Kilometer flussabwärts gelegenen Brücke Puente Colgante. Das monumentale stählerne Industriedenkmal wurde Ende des 19. Jahrhunderts von Alberto de Palacio erbaut. Dieser war ein Schüler des berühmten Gustave Eiffel.

Zurzeit findet im Guggenheim Museum eine international viel beachtete Ausstellung statt, die das Œuvre zweier großer Bildhauer des 20. Jahrhunderts unter einen Hut bringt. Der Spannungsbogen zwischen den Werken so verschiedenartiger Künstler wie Constantin Brancusi und Richard Serra wird noch erhöht durch die Verwendung unterschiedlichster Materialien wie Holz, Marmor, Metall, Granit, Stahl und Gummi. Die filigranen Skulpturen Brancusis kontrastieren auf das Reizvollste mit den zum Teil gigantischen Stahlobjekten Serras. Der Besucher sieht sich in dieser Ausstellung mit einem vielschichtigen sinnlichen Ereignis konfrontiert. Die Ausstellung läuft bis einschließlich 15. April.

Uta Buhr



Dimension des Ewigen

Was ist Konservatismus?

Jahrzehnte ist es her, dass Franz Joseph Strauß selbstbewusst erklärt hat: „Die Konservativen marschieren an der Spitze des Fortschrittes!“ Heute wird trefflich darüber gestritten, ob das Charakteristikum „konservativ“ ein Schimpfwort sei. Zu unscharf sind die Konturen. Dies ist mit ein Grund dafür, dass der Konservatismus im politikwissenschaftlichen Diskurs wie auch in der politischen Praxis an Bedeutung verliert. Die jüngsten Diskussionen um den „Berliner Kreis“, um die CDU-Abgeordneten Saskia Ludwig, Erika Steinbach und Wolfgang Bosbach sprechen – wieder einmal – eine deutliche Sprache. Ein großes Manko des Konservatismus besteht darin, dass die Definition seiner Inhalte schwierig ist und noch umstrittener als die der Konkurrenz, als da sind insbesondere der Liberalismus und der Sozialismus.

Felix Dirsch legt in seiner anspruchsvollen wie lesenswerten Sammlung „Authentischer Konservatismus“ durch teilweise schon an anderer Stelle erschienene Beiträge neue Zugänge zum Phänomen Konservatismus frei. Im ersten Teil skizziert er den ewigen Konservatismus, der von Platon bis zu den Neoplatonikern Leo Strauss und Erik Voegelin reicht. Selbst Vertreter der Verhaltensforschung werden in die Erörterungen einbezogen. Der Verfasser zeigt, was diese Traditionslinie auszeichnet: ein transzendentes Fundament – Gott, Familie, Vaterland –, ein realistisches Menschenbild, ein feines Sensorium für katastrophale Entwicklungen sowie Präferenz für Ungleichheit als Gerechtigkeitskriterium. Die Untersuchung unterstreicht die Vorteile des Konservatismus gegenüber anderen politischen Richtungen. Er kann – so die Argumentation – die verschiedenen Bereiche erfassen, in denen sich der Mensch bewegt.

Realistisches Menschenbild

Maßgeblich ist für Dirsch ein Grundsatz, den der 2011 verstorbene österreichische Schriftsteller Gerd-Klaus Kaltenbrunner bereits vor knapp vier Jahrzehnten formuliert hat: „Konservative Theorie nimmt ihren Ausgang vom Menschen und versteht sich als ein Beitrag zur Kunst, ein Mensch zu sein.“ Die Betrachtung der „ewigen“ Dimension des Konservatismus belegt auch anschaulich seine Aktualität, etwa in der Ökologie-Debatte, die vor den „Grünen“ von konservativen Vertretern gestaltet wurde.

Der zweite Teil der Darstellung erörtert die Anschlussfähigkeit des traditionellen Katholizismus – also vor der Zeit der großen Reformen in den 1960er Jahren – an zentrale Lehrsätze des ewigen Konservatismus. Besonders zu nennen ist der Überbau der Philosophie des Zeitlosen, der den einst wirkmächtigen sozialen und politischen Katholizismus überwölbte. Eindrucksvoll erneuerten die abendländischen Diskurszirkel der 50er Jahre nochmals diese Tradition.

Im letzten Teil werden unterschiedliche Aufsätze zum authentischen Konservatismus in der Bundesrepublik präsentiert. Dazu zählen auch Formationen der sogenannten Neuen Rechten, die als in toto verfassungskonform herausgearbeitet wird. Erwähnenswert ist auch die Auseinandersetzung des Verfassers mit der Kulturrevolution von 1968ff. Eine Kritik der realen EU, die die primär wirtschaftliche (statt religiös-kulturelle) Orientierung des Brüsseler Gebildes ablehnt, rundet den Band ab.

Zu beklagen ist an der tiefschürfenden Publikation der hohe Preis. Ein Personenregister hätte den Band aufgewertet. *Konrad Löw*

***Felix Dirsch: „Authentischer Konservatismus. Studien zu einer klassischen Strömung des politischen Denkens“**, Lit, Münster 2012, brosch., 392 Seiten, 59,90 Euro.*

Abstrus und unwirklich

Schauspielerin Petra Nadolny erinnert sich an ihr Leben in der DDR

Nach mehr als zwei Jahrzehnten im Westen hat die Fernseh-Schauspielerin und Parodistin Petra Nadolny einen literarischen Blick zurück auf 28 Jahre DDR geworfen. Herausgekommen ist ein leichter, flotter Roman mit autobiografischem Hintergrund über ihre eigene Jugend in „Honnis Wunderstaat“ mit dem originellen Titel „Alles Neiße, Oder?“ Schönfärberei oder irgendeine Tendenz wird dem kurzweiligen und amüsanten Roman gewiss niemand unterstellen wollen, hingegen spürt man darin jederzeit die Liebe zur Heimat, zur Familie und zur eigenen Geschichte.

Geboren 1960 in Jarmen bei Greifswald in Mecklenburg-Vorpommern, war Nadolny nach ihrer fünfjährigen Ausbildung zur Journalistin kurze Zeit beim „Börsenblatt“ für den Deutschen Buchhandel in Leipzig tätig. 1986 kündigte sie ihre Stelle und stellte einen Ausreiseantrag, worauf sie und ihr Mann Berufsverbot erhielten. 1988 durften beide schließlich mit ihrer kleinen Tochter in die Bundesrepublik ausreisen. Zuvor hatte Nadolny ihre Liebe zum Schauspielerberuf entdeckt, als sie aus der Not heraus mit einer von ihr selbst gegründeten Theatergruppe auftrat. Die Theaterschauspielerei setzte sie in Nordrhein-Westfalen zunächst fort, bis ihre Fernseh-Comedy-Karriere 1997 mit der – später mehrfach preisgekrönten – ProSieben-Serie „Switch Reloaded“ begann.

Sie gab solange nach, bis sie es nicht mehr ertrug

Alles Neiße, Oder? Nein, erklärt Petra Nadolny eingangs, natürlich war weder alles „nice“ noch alles schlimm in der DDR. Vieles war aber so abstrus, dass es ihr mit den Jahren immer unwirklicher vorkommt. Als Tochter eines Filmvorführers und einer Konsumverkäuferin durfte sie studieren, während der SED-Staat den Traum ihrer besten Freundin Christiane von einem Medizinstudium durchkreuzte, weil sie Kind von Akademikern war. In den 70er Jahren fing das Nacktbaden an der Ostsee an, das sich rasch durchsetzte und dann zum gesellschaftlichen Gruppenzwang ausartete. Mütterlicherseits stammt Nadolnys Familie aus Ostpreußen. In Plötz besaßen ihre Großeltern einen Bauernhof, doch der Staat nahm den Bauern das zugeteilte Land wieder ab, als die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPGs) gegründet wurden.

Später muss sich die Autorin auf Druck des linientreuen Staatsbürgerkundelehrers zwischen Konfirmation und Jugendweihe entscheiden. Wie fast alle ihre Klassenkameraden gibt sie nach – was sich später mehrmals wiederholen sollte, so lange bis sie es nicht länger erträgt, in dem von ihr erwählten Beruf als Journalistin alles schönzuschreiben. Wie allen Studienabsolventen wurde ihr von der Universität eine Stelle zugewiesen. Beim „Börsenblatt“ für den Deutschen Buchhandel in Leipzig teilte sie ihr Redaktionsbüro mit einer Arbeitskollegin, die in Leidenschaft für den Staat glühte. Da galt es nun, sich ständig zurückzunehmen. Sie hatte aber keine Lust zur Produktion von Artikeln, die gewohnheitsmäßig die DDR schönredeten, bot sich den Menschen in den Städten doch die Kehrseite dieser Scheinwelt, da die Gebäude in sich zusammenfielen und es überall bröckelte. Ein Freund nahm sich das Leben, ein intelligenter Kopf, der wie sie die Dinge durchschaute, aber dann etwas vollkommen anderes daraus machen sollte. Bald nach ihrem Mutterschaftsurlaub kündigte Petra ihre Arbeitsstelle. Nach der Ausreise 1988 durften sie aber nicht mal mehr ihre Familie besuchen. So strafte der Staat seine Bürger für die ideologische Abkehr. *Dagmar Jestrzemski*

***Petra Nadolny: „Alles Neiße, Oder? Meine Geschichten aus dem Osten“**, Bastei Lübbe, Köln 2011, broschiert, 271 Seiten, 12,99 Euro.*



Misthaufen voller Schätze

»Spiegel«-Redakteur über Chancen und Risiken des Internets

„Das Internet ist ein großer Misthaufen, in dem man allerdings auch kleine Schätze und Perlen finden kann“, bemerkte der deutsch-amerikanische Informatiker Joseph Weizenbaum zu Beginn des Jahrhunderts. Christian Stöcker kennt sie alle, die Perlen und die Misthaufen in der digitalen Welt. Seit Anfang 2011 leitet er das Ressort „Netzwelt“ bei „Spiegel Online“. In seinem Buch „Nerd-Attack!“ berichtet der Journalist von den Anfängen der Internetbewegung. Von ihm stammt der Begriff der Generation C64, jener Jahrgänge, die mit den ersten Heimcomputern und PC-Spielen in den 80er Jahren groß geworden sind. Der 39-Jährige zählt sich selbst zu dieser Generation: „Ich bekam meinen Commodore 64, kurz C64, zu meinem elften Geburtstag, am 1. Februar 1984. Er erhielt einen Ehrenplatz in der Ecke zwischen einem von oben bis unten mit Werbeaufklebern verzierten Buchenkleiderschrank und der Gasheizung auf unserem alten Kinderzimmertisch mit seiner zerkratzten und bemalten Kiefernholzplatte.“

Seitdem hat sich viel getan. Die Entwicklung nahm ihren Lauf vom zunächst nur über Uni-Rechner erreichbaren Internet bis hin zu sozialen Netzwerken und Kommunikationsplattformen wie Facebook, studiVZ und Twitter, Online-Lexika wie wikipedia, Enthüllungsplattformen wie wikiLeaks, Videoportalen wie YouTube oder illegalen Tauschbörsen wie Napster und eMule. Akribisch hat der Autor sowohl die Ereignisse als auch die Debatten recherchiert, ohne in den journalistentypischen Kulturpessimismus oder die Technikgläubigkeit zu verfallen. Von Berufs wegen begreift er das Internet eher als Chance denn als Risiko und versucht, eine Brücke zwischen Technikbegeisterten und Technikverweigerern zu schlagen.

Reiseführer durch Weiten des Netzes

Keine leichte Aufgabe, denn besonders in Deutschland zieht sich ein tiefer Graben zwischen beiden Gruppen. Während die Hippie-Bewegung in den USA das globale Netz für ihre Vorstellungen von einer freieren Welt nutzte, fürchteten die ersten Grünen im Bundestag einen Verlust von Arbeitsplätzen durch die neue Computertechnik. Bis in die 90er Jahre hinein wehrten sich viele Linksalternative gegen jeglichen technischen Fortschritt, so Stöcker. Neue Gefahren wie Cyber-Mobbing, Computerspielsucht, Datenklau durch Hacker-Angriffe oder die Verbreitung von Kinderpornografie scheinen ihnen Recht zu geben. Eine Organisation wie die US-amerikanische Electronic Frontier Foundation (EEF), die die Bürgerrechte im Internet schützt und sich mit Themen wie Zensur im Internet, Überwachung, Software-Patenten und Urheberrechten beschäftigt, fehlt bislang in Deutschland.

„Das Internet ist ein sehr unordentliches, ungeordnetes Ding“, schreibt Stöcker, „das ist lästig und gewöhnungsbedürftig, besonders für Menschen, die Ordnung lieben.“ In seinem Buch gelingt es ihm, mit dem Technikwirrwarr aufzuräumen und auch Laien einen klaren und kritischen Einblick in die Geschichte des Internets zu geben. Nur wer sich aktiv ins Netz begibt – so seine Botschaft –, kann in der digitalen Welt heimisch werden. *Sophia E. Gerber*

***Christian Stöcker: „Nerd Attack! Eine Geschichte der digitalen Welt vom C64 bis zu Twitter und Facebook“**, DVA, München 2011, kartoniert, 320 Seiten, 14,99 Euro.*

Ursprung unserer herrschenden Denkverbote

Stefan Scheil über den von den USA initiierten Elitenwechsel – Gehirnwäsche durch Politikwissenschaft



Stefan Scheil trägt in „Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945“ mit wissenschaftlichem Anspruch und unter detaillierter Anführung bildungspolitischer Entscheidungen und Weichenstellungen die These vor, dass die neudeutsche Elitenbildung nach 1945 ein „Teil der bewussten Siegessicherung“ der Alliierten gewesen sei – wobei er auf die Westmächte, allen voran die USA, wesentlich ausführlicher eingeht als auf die Sowjetunion. Die These ist nicht neu, schon Caspar von Schrenck-Notzing hat in seinem Werk „Charakterwäsche. Die Politik der amerikanischen Umerziehung in Deutschland“, erste Auflage in den 60er Jahren, in diese Richtung argumentiert. Er spricht dort auch von einer „zweiten Entnazifizierung“, die ab 1958/59 in der Bundesrepublik zu beobachten sei, und die auf eine umfangreiche Gesinnungsschnüffelei hinauslaufe, weit über den Kernbestand der üblichen NS-Themen hinaus, schließlich einmündend in die Tyrannis der umfangreich ausgreifenden „political correctness“.

Da diese Tyrannis sehr effektiv ist, lohnt es sich, es erneut aufzugreifen, weshalb das Werk von Schrenck-Notzing das Buch von Stefan Scheil nicht überflüssig macht. Scheil kommt von der Diplomatiegeschichte her und hat in diesem Rahmen bereits Titel vorgelegt, die das besondere Interesse der *PAZ*-Leser erwecken dürften, wie „Logik der Mächte. Europas Problem mit der Globalisierung der Politik. Überlegungen zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs“ und „Fünf plus Zwei. Die europäischen Nationalstaaten, die Weltmächte und die vereinte Entfesselung des Zweiten Weltkriegs“. So stieß er für das hier zu besprechende Buch auf das schon vor Kriegsausbruch vorhandene amerikanische Konzept der „Cultural Diplomacy“, was etwas milder klingt als „Re-Education“, aber eben diese beinhaltet. Es ging darum, „die Deutschen endgültig von der Idee abzubringen, eine souveräne Größe auf dem internationalen Parkett sein zu können“.

Reduzierung auf Zeit der NS-Diktatur

Eine zentrale Rolle dabei, so der Autor, spielte die Etablierung einer neuen universitären Disziplin, der Politologie, mit dem Ziel, die politischen Werte der USA, allen voran die Demokratie, im Bewusstsein der Deutschen endlich unerschütterlich zu verankern. Die Politikwissenschaft diente als „Legitimationswissenschaft alliierter Nachkriegsentscheidungen“. An diesem Ziel hing die ganze Interpretation der bisherigen deutschen Geschichte als einer autoritären Fehlentwicklung, die zwingend zu den Exzessen des Dritten Reiches führte. Hierbei eine interessante Einzelheit: Der Historiker Fritz Fischer, dessen Buch „Griff nach der Weltmacht“ (1961) in diesem Zusammenhang stets zu erwähnen ist, war allerdings 1937 der NSDAP beigetreten – was nicht hinderte, ihn schon im Frühjahr 1947 zum Professor an der Universität Hamburg zu machen.

Zu Recht merkt der Autor hier an, dass die Deutschen die Demokratie nach 1945 keineswegs erst lernen mussten, denn schon das Kaiserreich habe Liberalisierungstendenzen zugelassen, die auch ohne den Ersten Weltkrieg über kurz oder lang zum Wegfall der letzten aristokratischen Machtmonopole geführt hätten. Auch war erforderlich, den Zweiten Weltkrieg als ein Ereignis zu begreifen, das aus aller bisherigen Weltgeschichte vollkommen herausfiel, also quasi ein insulares, außer-historisches Ereignis war, was natürlich eine Zumutung erster Güte für den gesunden Menschenverstand darstellt. Deshalb war das historische Bewusstsein der Deutschen auch beständig durch die Reflexion über den Zweiten Weltkrieg zu bestimmen, natürlich in der selektiven Wahrnehmung von Tatsachen, die die Sieger wenn nicht vorschrieben, so doch suggerierten. Golo Mann, bekanntlich ganz und gar kein NS-Sympathisant, bekam den Lehrstuhl für Politik in Frankfurt nachweisbar deshalb nicht, weil seine Äußerungen anzudeuten schienen, dass die Weltgeschichte sich nicht ausschließlich um die zwölf Jahre der NS-Diktatur in Deutschland drehte.

Golo Mann bekam Lehrstuhl nicht

Damit kommt der Autor auf die zeitgeschichtlichen Ursprünge der Denkverbote zu sprechen, die den öffentlichen Diskurs bei uns immer noch beherrschen. Allerdings geht seine Diktion häufig von historischen Sachverhalten und Beurteilungen aus, die der Leser für gegeben halten muss, die aber besser erst dargestellt und argumentativ entwickelt werden sollten. Damit darf sein vorliegendes Buch auch als Anregung verstanden werden, seine vorhergehenden Werke, die sich mit der Komplexität des Zweiten Weltkriegs befassen und von denen oben zwei angeführt sind, zur Kenntnis zu nehmen. *Bernd Rill*

***Stefan Scheil: „Transatlantische Wechselwirkungen. Der Elitenwechsel in Deutschland nach 1945“**, Duncker & Humblot, Berlin 2012, 275 Seiten, 28 Euro.*



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

Best.-Nr.: 6926 nur € 12,95





E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Eine Tragödie der Vertreibung
Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00





Erika Steinbach
Die Macht der Erinnerung
Geb., 250 Seiten mit farbigen Karten
Best.-Nr.: 7045, € 22,00

*Angebot nur gültig solange der Vorrat reicht.

Preußen-Schlüsselanhänger
Preußenadler im Wappen auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6776, € 4,95



Memelland-Schlüsselanhänger
Mit den Farben und dem Wappen der Stadt Memel
Best.-Nr.: 7111, € 4,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95



Königsberg-Schlüsselanhänger
Stadtwappen Königsbergs auf den Farben Preußens
Oberfläche des Emblems ist emailliert
Best.-Nr.: 6775, € 4,95

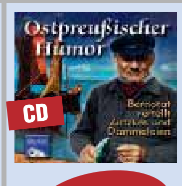


Sonderangebot statt € 25,80 nur € 19,95

Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.
Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789



Ulrich Schacht
Vereister Sommer
Auf der Suche nach meinem russischen Vater
Geb., 221 Seiten,
Best.-Nr.: 7170, € 19,95



€ 9,95

Ostpreußischer Humor
Lieder und Erzählungen aus Ostpreußen
Laufzeit: 35 Minuten
Best.-Nr.: 1709

Walter E. Genzer
Pferd und Reiter im alten Osten



Der Sitz im Sattel weitet den Blick, sagt man von den Reitern. Der Autor, gebürtiger Ostpreuße, hat seinen Blick auf jene Landschaften gerichtet, die in wenigen Generationen vielleicht in Vergessenheit geraten werden, deren Vergangenheit sich jedoch bis heute manifestiert. Damals im Osten – in Ostpreußen, Hinter-Pommern, Posen, Westpreußen und Schlesien – lebten die Menschen mit und von den Pferden. Der Umgang mit ihnen lag ihnen im Blut, sie verstanden die Pferde und die Pferde verstanden auch sie.
Artikel-Nr.: 1566

statt € 24,90 nur noch € 14,95



Der Mythos Ostpreußen
Auf den Spuren der Ordensritter
Ein Film von Wolfang Woiki,
Best.-Nr.: 7108, € 19,95



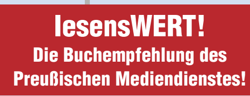
Sommer in Ostpreußen 1942
In einem Bonus-Interview kommt der Erzähler Arno Surminski zu Wort.
Laufzeit: 56 Minuten + 15 Minuten Bonusfilm,
Best.-Nr.: 6981, € 14,95



statt € 24,80 nur noch € 14,95

Eckardt Opitz
Die Bismarcks in Friedrichsruh
21,5 x 28, 144 Seiten, mehr als 100 meist farb. Abb., Lit. Verz.
Best.-Nr.: 4550

PMD Preußischer Mediendienst



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Oliver Rieckmann empfiehlt...

Welche Rolle spielt der junge Mann, der sich mit dem Richter zu einem Gespräch über ein fachliches Problem treffen wollte?
Hanna beauftragt einen Privatdetektiv, Klarheit in die Angelegenheit zu bringen. Dieser dringt immer tiefer ein in ein Geflecht aus rechtlichen und ärztlichen Fragestellungen, das Spezialgebiet des Richters. Am Ende steht die Frage nach dem Wert eines Menschenlebens: Kann ein Mensch ein Schaden sein?
Arno Surminskis spannender Roman spielt an der Nahtstelle, wo die abstrakte Welt der Rechtsprechung auf den Wert eines Menschen trifft. Er zeigt die bewegende, emotionale Dimension eines „Falles“ sowie dessen rechtliche, medizinische und ethische Aspekte.

Geb., 272 Seiten
Best.-Nr.: 7171

Arno Surminski
Tod eines Richters
Roman über ein ungewolltes Kind

„Er hatte es verdient zu sterben“ Eines Abends erhält die Jurastudentin Hanna Bohra einen anonymen Anruf, in dem ihr mit diesem Satz der Tod ihres Vaters mitgeteilt wird. Kurz darauf wird der Tote vor seinem Schreibtisch liegend aufgefunden, doch alles an diesem Fall bleibt mysteriös. Wer kann ein Interesse am Tod des rennomierten Richters im Ruhestand gehabt haben?



€ 19,95

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092

Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

statt je € 29,95 nur noch € 24,95

Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

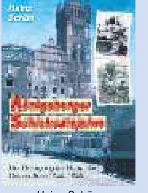


Sonderangebot statt € 24,90 nur € 19,95



Sonderangebot statt € 13,95 nur € 9,95

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…“
Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach
Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050



Heinz Schön
Königsberger Schicksalsjahre
Der Untergang der Hauptstadt Ostpreußens 1944–1945.
Geb., 352 S., davon 32 S. s/w-Abbildungen im Großformat.
Best.-Nr.: 7159, € 25,95

Hermann Pölking
Ostpreußen – Biographie einer Provinz



Ostpreußen ist bis heute ein Mythos. Mehr und mehr erwacht das Interesse auch bei den jüngeren Generationen, den Kindern und Enkeln derjenigen, die selbst noch im Land zwischen Nogat und Memel gelebt hatten, bevor diese Provinz als Folge des Krieges aufhörte, ein Teil Deutschlands zu sein. Dem neuen Interesse kommt der Autor mit einem Buch entgegen, das die Geschichte Ostpreußens nicht nüchternwissenschaftlich aufarbeitet, sondern sie auf ungewöhnliche Weise erlebbar und verständlich macht. Der Autor verwebt unzählige Augenzeugenberichte, Anekdoten und Erinnerungen mit historischen Fakten und Analysen zum Panorama einer mehr als 700jährigen Geschichte. Er schöpft aus über 120 biografischen und autobiografischen Zeugnissen bekannter und unbekannter Ostpreußinnen und Ostpreußen, aus hunderten von Quellen der Heimatliteratur der letzten zwei Jahrhunderte und aus Monographien zu allen Einzelaspekten des Lebens in der Provinz. Das Echolot seines Interesses reflektiert neben dem Politischen auch viel Alltägliches, das er beispielhaft und plastisch beschreibt. Sein Buch ist lokal, regional und – trotz aller sachlichen Distanz – aus den Quellen heraus emotional erzählt, weil es die Nähe zu den Biographien der Menschen sucht.
928 Seiten, 131 Abb., 15 Karten
Best.-Nr.: 7144

€ 29,95

Arno Surminski



statt € 16,95 nur noch € 9,95

Gruschelke und Engelmannke
Geschichten auf ostpreußisch und hochdeutsch Geb., 243 S.
Best.-Nr.: 5990

Eine gewisse Karriere
Erzählungen aus der Wirtschaft, Geb., 167 Seiten
Best.-Nr.: 6835, € 6,95



Winter Fünfundvierzig
oder die Frauen von Palmnicken Geb., 333 Seiten
Best.-Nr.: 7000, € 19,95



statt € 14,95 nur noch € 9,95

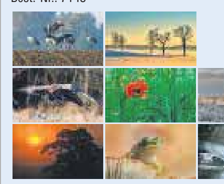
Wolfskinder
(Doku-Klassiker von Eberhard Fechner aus 1990)
Laufzeit: 120 Minuten + 57 Minuten Bonusfilm
Best.-Nr.: 5568



Horst F. E. Dequin
Hermann Balk, der erste Preuße
Das vorliegende Buch ist weniger eine Biographie als die Würdigung des Lebenswerks des ersten Landmeisters von Preußen u. Livland.
Kart., 217 Seiten, mit Abb.
Best.-Nr.: 2354
statt € 20,00 nur € 9,95

Faszination Ermland und Masuren, Kalender

Mit 13 eindrucksvollen Farbfotos im Großformat der Natur in Ermland und Masuren.
Format: 42 x 30,7 cm (im Querformat),
Metall Wire-O-Bindung mit Öse zum Aufhängen.
Bildunterschriften mit technischen (fotografischen) Angaben
Best.-Nr.: 7143

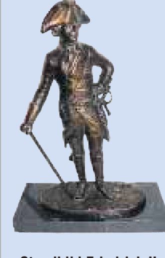


Ab 80,- € Bestellwert erhalten Sie ein Exemplar dieses Kalenders gratis

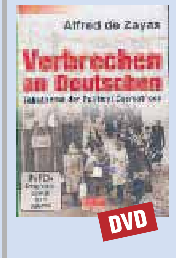
Preußen- Schirmmütze



Preußen- Schirmmütze
Schwarze Schirmmütze in Einheitsgröße mit gesticktem Adler in weiß
Best.-Nr.: 7124, € 14,95



Standbild Friedrich II.
Wunderschöne detailgetreue Darstellung
Metallguß bronziert auf Mamorsockel,
Höhe: 27 cm, Gewicht: 2,4 kg
Best.-Nr.: 4036, € 159,95



Alfred de Zayas:
Verbrechen an Deutschen
Deportation, Zwangsaussiedlung u. ethnische Säuberung
Laufzeit: ca. 92 Min.
Best.-Nr.: 7129, € 9,95



statt € 7,95 nur noch € 4,95

Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Geb., 32 S., mit zahlr. Farbfotos, Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626



statt € 19,00 nur noch € 12,95

Siegfried Henning
Krieg frisst Heimat auf
Lebenserinnerungen eines Ostpreußen, Kartoniert, 416 Seiten mit einigen schwarz-weiß Abbildungen
Best.-Nr.: 3372

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst
Mottelerstraße 7 · 04155 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 3.50*, ab einem Bestellwert von € 80.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

13/12

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:



Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Rassismus unter Weißen

Chatham – Wegen des Vorwurfs, seinen Nachbarn rassisch verfolgt zu haben, ist ein Brite zu drei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt worden. Das Gericht in der Hafenstadt Chatham (Kent) sah es als erwiesen an, dass der Mathematiklehrer Geoffrey Butler einen Deutschen und dessen britische Ehefrau wegen Nachbarschaftsstreitigkeiten über Jahre hinweg mit dem lauten Abspielen von Kriegsreden Churchills und dem Zeigen des „Hitler-Grußes“ gequält habe. *CR*

»Deutsche stehlen Sonne«

Athen – „Sie stehlen uns die Sonne, und wir freuen uns auch noch darüber.“ Mit diesen Worten kommentierte die griechische Zeitung „To Pontiki“ Verhandlungen zwischen Deutschland und Griechenland über den Aufbau von deutschen Solarkraftwerken in Hellas. Das Projekt ist ein erster Baustein eines Programms, das die griechische Wirtschaft wieder flott machen soll. Wie zu sehen ist, stoßen selbst Investitionen auf giftige Ressentiments. *H.H.*

ZUR PERSON

Die Frau im Bunde

Der wertekonservative und deshalb eher Merkel-kritische Flügel der CDU beginnt sich im Berliner Kreis zu institutionalisieren. Vorletzten Donnerstag haben etwa 20 Abgeordnete aus Bund und Ländern bei einer Zusammenkunft eine Dreierspitze damit beauftragt, die Arbeit des Kreises zu koordinieren. Dieser Dreiergruppe gehört außer dem ehemaligen stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzenden des Innenausschusses des Bundestages Wolfgang Bosbach und dem Vorsitzenden des CDU-Bezirksverbandes Württemberg-Hohenzollern Thomas Bareiß auch eine bislang eher weniger bekannte Bundestagsabgeordnete an: **Gitta Connemann**. Die Ostfriesin hatte bereits dazugehört, als Angehörige des Berliner Kreises sich vergangenen Monat mit CDU-Generalsekretär Hermann Gröhe im Konrad-Adenauer-Haus trafen und jener jedweder innerparteilichen Fraktionsbildung eine klare Absage erteilt hatte.



Während Bosbach mit Jahrgang 1952 eher den älteren und Bareiß mit Jahrgang 1975 eher den jüngeren Teil der Bevölkerung repräsentiert, liegt Connemann mit ihren 48 Lenzen fast genau dazwischen. In Ergänzung des Innenpolitikers Bosbach und des Wirtschaftspolitikers Bareiß hat sie eher sozialpolitische Arbeitsschwerpunkte. Nach dem Abitur hat sie eine Lehre als Schuhverkäuferin gemacht und nach dem anschließenden Jurastudium war sie als Rechtsanwältin angestellt. Sie kennt aber nicht nur die Arbeitnehmerseite. So war sie ab 1995 Syndika bei einem Arbeitgeberverband und 2001 hat sie sich als Rechtsanwältin selbstständig gemacht. Das Vorstandsmitglied des Parlamentskreises Mittelstand der Unionsfraktion sitzt seit 2002 für den Wahlkreis Unterems im Bundestag. *M.R.*



Zeichnung: Mohr

Reingefallen

Wer der Glühbirne in den Tod folgt, wie Brüssel die Hausbesitzer reinlegt, und warum die Deutschen bald alle wieder Nazis sein werden / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Da haben wir ja nochmal Glück gehabt: Der Bund will die Solarförderung nun doch nicht so schnell zurückfahren. Um der Solarwirtschaft die Geschäfte zu sichern, wird mehr und länger subventioniert.

Allerdings bleibt die Frage: Wer sind eigentlich „wir“? In der Mehrzahl wohl die chinesischen Solaranlagen-Hersteller, die längst den deutschen Markt dominieren. Und wer subventioniert die nun doch noch ein bisschen länger und stärker? Ja, das sind dann tatsächlich „wir“, die Abnehmer, denen die Großzügigkeit der deutschen Politik direkt auf die Stromrechnung geknallt wird.

Nun wollen wir nicht ungerecht sein: Denn während in Berlin weiter an der Strompreisschraube gedreht wird, hat Brüssel schon einen Plan im Köcher, wie man unsere Rechnung wieder senken könnte, allerdings nur die für Strom, nicht die für Leuchtmittel. Nach dem grandiosen Erfolg mit dem Verbot der Glühbirne soll es nun auch der Halogenlampe an den Kragen gehen. Wenn alles glatt läuft, so heißt es aus dem Umweltbundesamt, dann verschwinden die kleinen Hellmacher Ende 2016 aus den Regalen.

Die Verbannung der Glühbirne ist ja bereits in die Heldengeschichte der Ökokratie eingegangen. Das simple Gerät, das ganz ohne gefährliche Komponenten auskam, wurde durch die komplizierte „Energiesparleuchte“ ersetzt, welche das hochgiftige Quecksilber enthält. Spaßigerweise wurde jene Giftbirne just zu der Zeit durchgepeitscht, als dieselbe EU gerade das Quecksilber-Thermometer verboten hat – wegen der Umwelt- und Gesundheitsschädlichkeit des enthaltenen Stoffes.

Was wohl als nächstes verboten wird? Hat sich in Brüssel eigentlich noch niemand Gedanken gemacht über die verheerende Ökobilanz von Kerzen- und Kaminfeuer, von Grillfesten oder Silvesterraketen? Kerzen und Kamine rußen und stoßen CO_2 aus. In öffentlich zugänglichen Gebäuden gehören sie schon deshalb verboten, weil sie Anwesende und vor allem Angestellte zum Passivrauchen nötigen. Und denkt denn niemand an die Kinder?

Was? Sie halten das für Spinnkram? Das wagen die nie, meinen Sie? Na ja, was hätten Sie gesagt, wenn ich Ihnen vor 30 Jahren Folgendes geschrieben hätte: „In spätestens einer Generation werden die Deutschen ihr gutes Geld für schlechtes weggeworfen haben, und dann werden sie eine Blankogarantie für die Schulden der Staaten und Banken von halb Europa ausstellen.“ Na? Was hätten Sie da gesagt? Sie hätten mich vermutlich gefragt, ob ich irgendwelche Psychodrogen nähme. Und wissen Sie was: Ich hätte mich das auch gefragt. Dem Spruch „Kinder, wir leben vielleicht in verrückten Zeiten“ ist jede ironische Note entwichen. Verrückt heißt heute „alternativlos“.

In der Nordsee treiben jetzt Dieselmotoren die Windräder an – kein Witz!

Die Ersatzleuchtmittel für die Halogenlampen wären nach britischen Schätzungen übrigens etwa achtmal so teuer wie das bisherige Material. Die Leuchtmittelbranche muss gute Freunde haben in Brüssel.

Ach, was soll das Gejammer. Die paar LED- und Energiesparlämpchen werden uns schon nicht arm machen. Das ist offenbar auch den Eurokraten in Brüssel aufgefallen, weshalb sie zum Zweck der Massenenteignung ein ganz anderes Kaliber aus dem Magazin holen. Eine vor langer Zeit aufgestellte Falle soll jetzt zuschnappen: Alle bis 2010 erbauten Gebäude müssen nach dem neuesten EU-Vorhaben ihren Energieverbrauch um 80 Prozent reduzieren.

Das träfe vor allem diejenigen, die bis zu jenem Jahr nach den damals allerneuesten Sparvorschriften gebaut oder aufwendig saniert haben. 2009 nämlich hatte die Politik verordnet, dass der rechnerische „Primärenergiebedarf“ eines Eigenheims nur maximal sieben Litern Heizöl pro Quadratmeter und Jahr entsprechen darf. Nach der geplanten neuen EU-Richtlinie müssen alle 2009 nach der damaligen Vorschrift gebauten Häuser nun so umgebaut werden, dass der Verbrauch auf nur noch 1,4 Liter sinkt.

Nach Berechnungen aus der Immobilienwirtschaft müsste der Besitzer eines Hauses aus den 50ern mehr als 110 000 Euro hinblättern, um das zu leisten. Doch dafür spart er ja auch viel Geld beim Energieverbrauch. Wenn er die Sanierung per Kredit finanziert, dauert es nur 60 Jahre, bis sich die Investition amortisiert hat. Wer also in jungen Jahren in den 50ern gebaut hat und heute so um die 80 ist, der kann zu seinem 140. Geburtstag die Korken knallen lassen – denn von da an spart er jede Menge Geld.

Vorausgesetzt, bis dahin machen ihm nicht die nächsten Verordnungen einen Strich durch die Rechnung, was leider ziemlich sicher scheint. Die letzte Verschärfung der Vorschrift nahm Berlin übrigens zum Anlass, die staatliche Förderung für Wärmedämmung kräftig zu senken.

Diesmal sollte man sie ja ganz streichen. Der Staat hat nämlich andere Probleme zu meistern beim Kampf ums Klima, die ebenfalls teuer werden: Große Windradanlagen auf See kommen nicht ans Netz, weil die vom Bund damit beauftragte holländische Staatsfirma Tennet mit der Anbindung finanziell völlig überfordert ist. Daher hat man eine tolle Idee: Die Kosten für die milliardenteure Anbindung sollen auf die Stromkunden abgewälzt werden, schlägt eine „Expertenkommission“ vor.

Nicht nur das: Nun stehen da sündhaft teure Rotoren im Nordseewasser, die an kein Kabel angebunden sind und die deshalb auch keinen Strom liefern. Damit sich die Lager nicht in der salzigen Seeluft festfressen, müssen daher Dieselmotoren angebracht werden, welche die Mühlen in Gang halten.

Ein bezauberndes Bild: Oben drehen sich die blinkend weißen Rotorblätter durch den Himmel als Symbol für „saubere Energie“ für die „Zukunft unseres bedrohten Planeten“, und unten knattern stinkende Dieselaggregate, die die „Zukunft“ da oben am Laufen halten. Selten kommen sich Wahrheit und Wolkenkuckucksheim so nahe.

Puh, welche Häme! Schon wieder sind wir ungerecht. Denn selbstverständlich sind die Windenergie-Konzerne längst fieberhaft dabei, zumindest die enormen Kosten dieser rotierenden Parodie auf die sogenannte „Energiewende“ in den Griff zu bekommen. Sie haben eigens eine Arbeitsgruppe aus hochkarätigen Experten eingesetzt, um die unabsehbaren Risiken ihrer Hochseerotoren unter Kontrolle zu bringen. Sie ahnen, was herausgekommen ist: Der Vorschlag lautet, „den Ausgleich möglicher Schäden, die … nicht wirtschaftlich versicherbar sind, zu sozialisieren“. Übersetzt: Wenn alles glattgeht, profitieren die Energiekonzerne, wenn etwas schiefläuft, zahlen die Stromkunden oder die Steuerzahler. Die Strommultis sind offensichtlich bei ihren Kollegen von der Finanzindustrie in die Lehre gegangen, denn die Melodie kommt uns doch reichlich bekannt vor.

Wenn wir übrigens nicht alles zahlen, blüht uns Deutschen nicht bloß ein Mahnbescheid, sondern gar die historische Verdammnis. Eugenio Scalfari, „Italiens großer linksliberaler Publizist“ („Die Zeit“), mahnt: „Niemand darf heute vergessen, dass Deutschland für zwei (sic!) Weltkriege und einen Völkermord verantwortlich ist.“ Wenn Deutschland heute den Euro mit seiner Finanzpolitik scheitern lasse, dann wäre das „die vierte Schuld nach den Weltkriegen und dem Holocaust“.

Im Klartext: Entweder ihr Deutsche zahlt, bis ihr vollkommen pleite seid, oder ihr seid Nazis. Nicht Pleitegriechen, Schuldenpolitiker oder Euro-Fanatiker werden schuldig gesprochen, sondern ihr, und nur ihr.

Ganz abgesehen davon, dass solch moralisch-historischer Höchstton aus dem Lande Mussolinis immer besonders apart ankommt, können sich bei Scalfari all jene bedanken, welche hinter dem Euro von Beginn an einen „Dritten Punischen Krieg“ als Wirtschaftskrieg gegen Deutschland sehen wollten. Diese Verschwörungstheorie darf die Aussage des Italieners als Sieg verbuchen.

MEINUNGEN

__Clemens Wergin__ bemerkt in der „Welt“ (23. März) zu den ermordeten jüdischen Kindern von Toulouse und der __Bedrohung von Juden in Europa__:

„Kommt diese Bedrohung von rechts außen, wo der traditionelle europäische Judenhass angesiedelt war, dann schauen wir zum Glück inzwischen weit genauer hin. Was in extremistischen islamischen Milieus an Hetze gegen Juden betrieben wird, findet hingegen kaum Beachtung. Es ist Zeit, dass sich das ändert.“

Im „Focus“ (26. März) rechnet Autor __Michael Miersch__ mit der modischen __Kritik am Kapitalismus__ ab, der sich sogar die Wirtschaftselite hingebe, um mit „Attac zu kuscheln“:

„Die Chronik des Kapitalismus handelt von Versuch und Irrtum, von schöpferischer Zerstörung, Evolution und Fortschritt … Heute schrumpft das Vermögen der Krisenopfer auf ein Niveau, das die Großeltern als angenehm betrachtet hätten. Die Marktwirtschaft schuf wie kein anderes System in der Geschichte Massenwohlstand.“

__Michael Paulwitz__ sieht die __FDP__ in einer __Krise__, die weit über das Unvermögen ihrer Führung hinausgeht. In der „Jungen Freiheit“ (23. März) resümiert er:

„Die ganze FDP als funktionslos gewordenes Anhängsel eines linksgewirkten Parteiensystems ist am Ende. Der wortgewandte Opportunist Lindner ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems seiner Partei, die zu feige ist, eine freiheitliche Gegenposition zum eurorettenden, schuldenverliebten, umverteilungs- und ökosozialistischen schwarz-rot-grünen Mainstream zu beziehen.“

Wieder einmal abgehakt …

Wie sich doch die Bilder gleichen:
Auch nach Wahlen an der Saar
sah den Bläßling man erbleichen –
Liberale sind halt rar.

Selbst die Grünen wirkten blasser,
weil da jemand andrer glatt
das gewohnte Oberwasser
ihnen abgegraben hat.

Besser beim im Trüben Fischen
ist, wie nämlich sich erweist,
der Piratentrupp inzwischen,
unbedarft, verwirrt und dreist.

Gleichfalls war davon betroffen
Oskar, Sahras Knecht und Glück –
das lässt fürchten oder hoffen:
Geht er nach Berlin zurück?

Sieger ist, obwohl kein
Renner,
eine Koalition –
groß genannt und kleinster
Nenner,
wie bekannt im Voraus schon.

Ja, und mögen auch
Parteien
im Programm verschieden sein,
packt man schleunig die
Schalmeien
nach den Wahlen wieder ein.

Denn so ist's im Alltagsleben –
Themen werden anderswo
von ganz andern vorgegeben,
Selbstgewählten sowieso.

Und das klappt in allen Ländern:
Wähler kriegen zwar die Wahl,
doch sie können nix verändern –
und den meisten ist's egal …

Pannonicus